

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 1,10 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Preussland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

besteht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Benennungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Neue Steuerpläne.

II. Die Erhöhung der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer.

Die vielgerühmte Reichsfinanzreform läuft also schließlich, wie im Artikel der Sonntagsnummer dargelegt wurde, auf eine bloße stärkere Belastung des Lebensunterhaltes der breiten Volksmasse durch Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein hinaus, und zwar soll daraus allem Anschein nach ein Mehrertrag von über 200 Millionen Mark herausgeschlagen werden. Außer diesen drei Steuern wurde in Blättern, die gute Beziehungen zu den Regierungskreisen haben, wie z. B. der „Köln. Ztg.“ und dem „Sächsischen Volks-Anzeiger“, auch die Wehrsteuer genannt und der aus dieser zu erwartende Ertrag bereits mit 90 Millionen Mark eingeschätzt, doch scheint man neuerdings dieses Projekt wieder fallen gelassen zu haben, wenigstens bracht diese Tage die „Köln. Ztg.“ die offiziöse Notiz, daß unter den Steuerentwürfen, die demnächst dem Bundesrat zugehen werden, sich die Wehrsteuer nicht befindet. Die Regierung scheint also nachträglich zum Entschluß gelangt zu sein, vorläufig noch die Wehrsteuervorlage zurückzuhalten und mit ihr erst dann herauszurücken, wenn der Reichstag die geplanten Verbrauchssteuern-Erhöhungen nicht betwängeln oder sie in einem Maße einschränken sollte, daß die Erträge aus ihnen weit hinter den erhofften Summen zurückbleiben.

Sicher ist dagegen, daß der Tabak bluten soll. Er ist seit Jahrzehnten ein Objekt, das fast jedesmal, wenn es gilt, neue Steuerquellen zu erschließen, an erster Stelle zum Angriff auszuwählen wird. Als sich nach Entstehung des neuen Deutschen Reiches infolge der steigenden Heereslasten die Notwendigkeit weiterer Vermehrung der Reichseinnahmen ergab, war unter den ersten Verbrauchsgegenständen, die zu weiterer Belastung herangezogen wurden, der Tabak. Durch das Gesetz vom 16. Juli 1879 wurde die bisherige Besteuerung des Tabaks grundsätzlich geändert. An die Stelle der Flächensteuer trat die Materialsteuer (nur für kleine Tabakpflanzungen unter 4 Ar blieb die Flächensteuer bestehen) und zugleich eine beträchtliche Erhöhung der Steuer- und Zollsätze. Die Höhe der neuen inneren Steuer wurde nach dem Gewicht auf 45 M. pro Doppelzentner, für Surrogate auf 65 M. erhöht, der Zollsatz für Tabakblätter aber auf 85 M., für Zigarren und Zigaretten auf 270 M. Doch genigte diese Besteuerung der Regierung keineswegs. Schon drei Jahre später legte sie dem Reichstage den Entwurf zu einem Reichs-Tabakmonopol vor, der aber, wie bekannt, keine Annahme fand. Doch dieser Mißerfolg entmutigte unsere Steuerstrategen nicht. 1893 trat die Regierung an den Reichstag mit dem Vorschlag einer Fabriksteuer heran. Alle Tabakfabrikate sollten danach beim Ausgange aus der Fabrik, je nach dem Werte der betreffenden Sorten, bestimmte Wertabgaben entrichten, und zwar sollte diese Steuer bei Zigarren und Zigaretten 33 1/2 Proz., bei Raub- und Schnupftabak 50 Proz., bei Rauchtobak 60 1/2 Proz. betragen. Es wurde also von den billigeren Tabakfabrikaten eine prozentuell weit höhere Steuer gefordert als von den teureren. Da jedoch für diesen schönen Steuermodus nur die Konservativen beider Fraktionen und die Nationalliberalen zu haben waren, fiel auch dieser Vorschlag ab. Schon im nächsten Jahre legte aber die Regierung in ihrer Versteifung auf die Idee, daß der Tabak unter allen Umständen höhere Erträge bringen müsse, einen neuen Steuerentwurf vor, der die Sätze auf 25 und 40 Proz. vom Werte erniedrigte. In den Kommissionsverhandlungen wurden die Steuerhöhen noch weiter herabgesetzt: für Zigarren je nach dem Wert auf 15-18 Proz., für alle übrigen Tabakfabrikate auf 30 Proz. des Wertes; doch fand der Vorschlag auch in dieser Form keine Annahme, trotz der Versicherung der Regierung, daß sie zur Deckung der steigenden Heeresausgaben auf eine höhere Besteuerung des Tabaks nicht verzichten werde und könne.

Wie weit jetzt die Steuerpläne greifen, ist noch nicht zu erkennen. Zuverlässiges wird man darüber erst erfahren, wenn die neuen Steuervorlagen in Bundesrat zur Beratung gelangen. Nach offiziellen Mitteilungen einiger Blätter soll es sich in der Hauptsache nur um eine besondere Zigarettensteuer handeln. Doch ist diese Mitteilung im höchsten Grade unwahrscheinlich, denn der jährliche Fabrikationswert der in Deutschland hergestellten Zigaretten stellt sich nur auf ungefähr 22 Millionen Mark, zu denen noch für etwa 12 Millionen Mark eingeführte Zigaretten, die jährlich 1 1/2 Millionen Mark an Zoll abwerfen, hinzukommen. Selbst bei starker Mehrbelastung der deutschen Zigarettenfabrikation und Verdoppelung, sogar Verdreifachung des Zolles würde also der Mehrertrag für den Reichsfiskus sich nur auf wenige Millionen Mark stellen — und damit ist dem Reichsfiskusamt nicht gedient.

Es ist demnach ziemlich sicher, daß die Regierung zu ihren Vorzügen aus den neunziger Jahren zurückkehren und eine Fabriksteuer verlangen wird. Ob dabei die Steuer nach dem Wertbetrag oder nach der Gewichtsmenge bemessen wird — vielleicht hat die Regierung sogar eine „Vanderloer-“ (Steimpelbündchen-) Steuer nach russischem Muster im petto — ist, wenn auch nicht für die Steuerpolitik, so doch für die Belastung des Konsums ziemlich nebensächlich. In jedem Falle sieht eine ganz beträchtliche Mehrbelastung in Aussicht. Die Gesamtzoll- und Steuererträge vom Tabak erbrachten in den letzten fünf Jahren: 1900 = 87, 1901 = 87, 1902 = 68, 1903 = 70, 1904 = 71 Millionen Mark, wovon im Durchschnitt ungefähr 12 Millionen auf die Einnahmen aus der Inlandsteuer, der übrige Betrag auf Zollerträge kommt. Soll also tatsächlich — und daran ist nicht zu zweifeln — aus dem Tabak ein für den Reichsfiskus ins Gewicht fallender Mehrertrag herausgeholt werden, dann muß die Belastung, zumal mit einer starken Abnahme des Konsums zu rechnen ist, wesentlich ver-

größert, vielleicht verdoppelt werden. Das sind schöne Aussichten für die Raucher, besonders die ärmeren, die sich höchstens eine fünf-pfennigige Zigarette leisten können!

Aber es kommt bei der Beurteilung der von der Regierung ausgehenden Pläne nicht nur die Verteuerung eines für viele unentbehrlichen Genußmittels in Betracht, sondern mehr noch die Schädigung eines Industriezweiges, der in Deutschland, wenn man die Hilfsbetriebe, Händler, Agenten etc. hinzurechnet, über eine Million Menschen beschäftigt. Viele der Arbeiter, die in diesem Industriezweig ihr Brot finden, wenn auch meist nur ein recht knappes Brot, würden sich, wenn die hohe Regierung mit ihren weisen Projekten durchdringen sollte, gezwungen sehen, ihre bisherige Berufsarbeit aufzugeben und sich andere Arbeit zu suchen; denn es ist nach den bisherigen Erfahrungen ganz zweifellos, daß die Erhöhung der Tabaksteuer, speziell aber die Einführung der Fabriksteuer, eine starke Abnahme des Konsums und damit auch des Absatzes zur Folge haben würde.

Außer beim Tabak soll auch beim Bier die Steuerschraube angezogen werden. Bisher beträgt im Brauereigebiet (d. h. dem deutschen Zollgebiet mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen) der Steuerfuß für den Doppelzentner Malz 4 M. Nach den Vorschlägen der Regierung soll, wie die „Köln. Volksztg.“ dieser Tage zu berichten suchte, der niedrigste Satz auf 7 M. erhöht werden. Er soll von Betrieben erhoben werden, welche nicht mehr als 250 Doppelzentner Malz im Jahre verbrauchen; steigt dann jedoch in drei Stufen bis auf 10 M., wenn im Jahre mehr als 250 Doppelzentner, aber nicht mehr als 1000 Doppelzentner Malz verarbeitet werden. Brauereien, die über 1000 bis 3000 Doppelzentner Malz verbrauchen, sollen 11 M., solche von über 3000 bis 5000 Doppelzentner 12 M. und bei mehr als 5000 Doppelzentner Malzverbrauch im Jahre 12,50 für den Doppelzentner entrichten.

Das sind weit höhere Sätze, als sie der 1892 dem Reichstag vorgelegte und von diesem abgelehnte Gesetzentwurf enthielt, denn dieser forderte nur die Erhöhung der Malzsteuer von 4 auf 8 M., ließ aber für die kleineren Brauereien bis zu einem Jahresverbrauch im Höchstbetrage von 500 Doppelzentnern verschiedene Ermäßigungen zu und ging in der Staffelung der Steuer nur bis zum Satz von 9 M. pro Doppelzentner.

Die neuen Sätze würden für große Brauereien mit einem jährlichen Verbrauch von mehr als 10 000 Doppelzentnern Malz den Steuerbetrag fast verdreifachen, wie nachstehende Rechnung zeigt:

Für die ersten 250 D.-Z.	7 × 250 M. = 1 750 M.
„ „ „ weiteren 750 „	750 × (8-10) M. = 6 750 M.
„ „ „ 2000 „	2000 × 11 M. = 22 000 M.
„ „ „ 2000 „	2 000 × 12 M. = 24 000 M.
„ den Rest von 5000 „	5000 × 12 1/2 M. = 62 500 M.
Zusammen für 10000 D.-Z.	117 000 M.

Bisher bezahlt eine solche Brauerei 40 000 M.; mithin würde für sie die neue Vorlage eine Mehrbelastung um 77 000 M. oder um 192 Proz. bedeuten.

In ihrer Gesamtheit würden, vorausgesetzt, daß der Malzverbrauch sich auf gleicher Höhe hielt, wie in den letzten Jahren, die Steuererträge sich, wenn die Vorschläge der Regierung Annahme fänden, weit mehr als verdoppeln. Im Jahre 1903/04 betrug die Einnahme des Brauereigebiets ohne die Uebergangsabgaben und Zolleinkünfte aus Bier 31 1/2 Millionen Mark. Da nun aber zweifellos auch die Uebergangsabgaben und der Bierzoll entsprechend erhöht werden und ferner die nicht der Brauereigemeinschaft angehörenden süddeutschen Staaten eine entsprechend höhere Ausgleichsumme an die Reichskasse zahlen müßten, so würde der Mehrertrag der Einnahmen aus der Bierbesteuerung sich auf etwa 40-45 Millionen Mark stellen. Zudem ist bei einer so bedeutenden Erhöhung der Steuer kaum darauf zu rechnen, daß der Bierverbrauch in Norddeutschland sich auf der jetzigen Höhe halten würde, zumal ohnehin schon die am 1. März nächsten Jahres in Kraft tretenden neuen Handelsverträge eine bedeutende Mehrbelastung mit sich bringen werden: eine Mehrbelastung, die sich nach der Berechnung des Wirtschaftlichen Ausschusses der Reichs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin auf mindestens 47 Pfennige pro Hektoliter beläuft. Und zu dieser keineswegs gering zu veranschlagenden Schädigung einer Industrie, deren Erzeugung im letzten Jahre mehr als 900 Millionen Mark betrug, während z. B. der Gesamtwert der Steinkohlenförderung sich nur auf 800 Millionen Mark stellte, tritt die Verteuerung eines der wichtigsten Volksernährungsmittel; denn es ist der reine Wahn, wenn behauptet wird, das Brauergewerbe werde die neuen Millionenkosten auf sich nehmen, und das Bier deshalb nicht teurer werden, als bisher.

Am wenigsten ist bisher über die Absichten der Regierung bezüglich der Branntweinsteuer bekannt geworden. Leicht liegen sich aus dieser, ohne Belastung des Konsums, erhöhte Erträge herauszuholen, wenn die Regierung die Exportvergütung von 16 M. pro Hektoliter der erhobenen Malzschottischsteuer, die sich nur auf 13 bis 13 1/2 M. stellt, anpausen wollte, und wenn sie ferner den Schnapsbrennern die ihnen alljährlich geschenkte Liebesgabe von zirka 45 Millionen Mark entzöge, die dadurch entsteht, daß für das bis zu 236 Millionen Liter betragende Kontingent nicht die volle Verbrauchssteuer von 70 Mark pro Hektoliter erhoben wird, sondern nur eine ermäßigte Abgabe von 50 Mark. Aber zu solcher Steuerpolitik wird sich die Regierung schwerlich herbeilassen; auch die „Reform“ der Branntweinsteuer wird sicherlich auf nichts anderes als eine bloße höhere Belastung des Konsums hinauslaufen. Nach der kuxiosen Logik der Regierung sind nicht etwa die

Arbeiter die wirklich Kosleidenden, sondern die großen Schnapsbrenner, und demgemäß folgt sie ihre Aufgabe als Vertreterin des „sozialpolitischen“ Kurzes denn auch nicht so auf, die sogenannten unteren Volksschichten zu entlasten, sondern aus diesen immer höhere Steuererträge herauszuquetschen und dafür durch Millionen-Dotationen den Agrariern ihres Lebens schwere Bürde zu erleichtern. So etwas nennt man in Preußen soziales Königtum!

Daß die Konservativen und Nationalliberalen für die neuen Steuerprojekte zu haben sind, ist selbstverständlich. Welche Haltung wird aber das Zentrum einnehmen? Wird es sich nach allerlei Protesten und Verwahrungen schließlich doch dazu verstehen, neben dem Lebensmittelverteuerungen, die es dem arbeitenden Volke durch seine Haltung bei der Beratung über die Zoll- und Handelspolitik im Reichstage aufgeladen hat, nun auch noch den Tabak und das Bier zu belasten, — nur damit die Besitzenden ja nicht in die Lage kommen, Reichs-Erbschaftssteuern und Reichs-Einkommensteuern zahlen zu müssen?

Der Kampf in der Elektro-Industrie.

Das „Berliner Tageblatt“ hat seinen Lohn dahin. Die „Post“ zollt ihm Weifall! „Wird es endlich Licht?“ überschreibt das „Scharfmacherorgan“ einen Artikel, in dem es dem „Tageblatt“ folgende wohlgemeinten, aber recht schmerzhaften Bruderklappe verabreicht:

„Der Artikel ist so beschaffen, daß wenn z. B. die „Post“ bei einem anderen unter ganz ähnlichen Umständen ins Leben gerufenen wirtschaftlichen Kampfe derartige Ausführungen gebracht hätte, wahrscheinlich das „Berliner Tageblatt“ an erster Stelle stehen würde unter denen, die das abgedroschene Geschrei über „Scharfmacherei“ erheben würden. Wir bemerken das nur, um hier einmal deutlich zu kennzeichnen, wie leicht, aber und gedankenlos das immer wieder gesungene alte Lied von der „Scharfmacherei“ ist. Es handelt sich wahrlich um viel zu ernste und wichtige Dinge, als daß mit derartigen, lediglich sozialdemokratischen Zwecken förderlichen Märgen und Andereien weite Kreise des Bürgertums über den schweren Ernst der ganzen Situation hinweggetäuscht werden dürften.“

Es ist ein wahrer Segen, daß durch solche Darlegungen auch in linksstehenden bürgerlichen Preßorganen weite Kreise des Bürgertums, die sonst mit einseitig gefärbten Tendenzartikeln zugunsten der immer herausfordernder auftretenden Arbeiterschaft abgepeißt werden, endlich einmal eine Anschauung von der wahren Sachlage erhalten.“

Und an anderer Stelle: „Unzählige Male haben wir ähnliches ausgeführt bei anderen Gelegenheiten. Dann war es natürlich immer nur „Scharfmacherei“. Jetzt scheinen sich endlich auch solche bürgerlichen Organe, die sonst bei Streiks nichts weiter wussten, als diesen Ruf immer wieder zu erheben, überzeugt zu haben, daß es doch in Wahrheit ernstere aussieht, als sie ihre Leser sonst glauben zu machen suchten.“

In ihrem Urteil über den vorliegenden Artikel des „Tageblatt“ können wir der „Post“ nur recht geben. Aber in ihrem allgemeinen Urteil tut die „Post“ dem Rasse-Organ bitter unrecht. Das „Tageblatt“ vertritt die kapitalistischen Interessen mit derselben Berde wie die „Post“; der Haden ist derselbe, nur eine andere Nummer. Wenn im „Tageblatt“ sich auch hin und wieder einmal irgend ein obdachloser Nationalsozialer verirrt und da gesündigt hat; die Firma Rasse hat hinterher jeden Frevler an dem heiligen Geist des Kapitalismus wieder gut gemacht.

Die Meldungen von Arbeitswilligen

sollen nach der bürgerlichen Presse einen berartigen Umfang angenommen haben, daß die Leute teilweise zurückgewiesen werden müßten. Die offiziöse Magistratskorrespondenz gesteht ehrlicherweise zu, daß nur ein Teil der Arbeitswilligen für die Betriebe brauchbar sei. Es muß in den Zentren also noch böse aussehen. Sonst wäre auch nicht erklärlich, daß die

Feuerwehrlente

noch immer in den Betrieben behalten werden. Ja, die Verwendung von Feuerwehrlenten hat eine weitere Ausdehnung erfahren! Es sind 15 Mann derselben nach der Zentrale in Ober-Schöneweide geschickt worden. Für diese Leute werden in den Feuerwachen dienstfreie Leute herangezogen. Das sind geradezu skandalöse Zustände! Im Interesse einer Anzahl Kapitalisten muß die Stadt des notwendigen Feuerschutzes, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, entbehren. Das Interesse einiger weniger geht über das Interesse der Allgemeinheit.

In Ober-Schöneweide

scheinen überhaupt die Zustände für die Gesellschaft am aussichtslosesten zu sein. Allen offiziellen Demutis zum Trotz erhält sich das Gerücht aufrecht, daß dort auch Militär in Zivilkleidern tätig sei. Die „Durchgefahmerten“ Maschinen sollen nun wieder instand gesetzt werden. Aus Widrig ist ein Monteur der Firma Schichau unterwegs, welche die in Frage kommenden Maschinen geliefert hat. Ob man noch den Mut haben wird, das Niederbrechen der Maschinen zu bestreiten?

Die Sammellisten für die Ausgesperrten

finden einen geradezu reißenden Absatz. So sind innerhalb der letzten beiden Tage aus dem Bureau der Gewerkschaftskommission zirka 7000 Listen abgeholt worden. Die Gewerkschaftskommission

weist darauf hin, daß die vereinnahmten Gelder, um einen zu plötzlichen Andrang zu verhüten, am heutigen Sonnabend von 4 bis 8 Uhr nachmittags im Saal des Gewerkschaftshauses abgenommen werden, woselbst mehrere Kassen aufgestellt sind. Eine möglichst schnelle Ablieferung der Gelder ist dringend erwünscht.

Der Handels- und Transportarbeiter-Verband,

der mit circa 3000 Mitgliedern an der Ausperrung in der Elektroindustrie beteiligt ist, sollte in seiner Generalversammlung am Donnerstag den 1. d. M., daß angesichts der Massenarbeitsperrung und der dadurch benötigten Unterstützungssummen auf die Dauer von vier Wochen und zwar von der 11. bis zur 14. Beitragswoche inklusive von der Berliner Mitgliedschaft ein doppelter Beitrag erhoben wird.

Streifbretter-Vermittlung.

Auf dem Bureau des Transportarbeiter-Verbandes meldete sich gestern eine Anzahl Mitglieder, die sich von dem Stellenvermittler Grub in der Langestraße hatten Arbeit nachweisen lassen. Sie berichteten, daß sie pro Person 6 M. Vermittlungsgebühr für die angeblich „feine Arbeit“ hätten zahlen müssen. Darauf sind sie von Grub an die Expeditionsfirma Matthey u. Warlgraff verwiesen worden. Dort angelangt, sei an sie das Ansuchen gestellt worden, bei der Firma Siemens-Schuckert zu arbeiten. Noch ehe aber die Ueberweisungen an die einzelnen Abteilungen der Siemenswerke erfolgt seien, wurden die Arbeiter gewahrt, daß man sie zu Streifbretterdiensten verwenden wollte, weshalb sie entrüstet davongegangen sind. Sie begaben sich darauf sofort zu ihrer Organisationsleitung und teilten mit, in welcher Weise man sie zu beschwindeln verlust habe. Denn daß sie für ihre 6 M. als Streifbretter verwendet werden sollten, das hatte ihnen der Stellenvermittler wohlweislich verschwiegen.

Die Tätigkeit der Polizeibehörde

scheint sich jetzt fast ausschließlich auf die Ausperrung und alles was nach Polizeibegriffen auch nur ganz entfernt damit im Zusammenhang stehen könnte, zu konzentrieren. Hatten da die Drahtarbeiter im Gewerkschaftshaus eine kleine Brandversammlung. In der „Vorwärts“-Annonce hierzu hieß es wie schon häufig: „Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.“ Dieser Passus muß der Polizeibehörde außerordentlich verdächtig vorgekommen sein, denn was bei dieser Brandversammlung noch nie der Fall gewesen war, diesmal wurde es Tatsache: Ein Polizeileutnant nebst Schutzmännern rückte heran, um die womöglich höchst staatsgefährliche Versammlung persönlich zu überwachen. Was der Polizeioffizier dann alles für wichtige Dinge notiert hat — der Himmel mag es wissen. Besprochen wurde lediglich, daß die Firma Wolff u. Friedrich in Friedrichshagen ihre Spinner entlassen hat, weil diese den tarifmäßigen Lohn forderten, der ihnen verweigert worden war. Beschlossen wurde, die Angelegenheit der Schlichtungskommission zu unterbreiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober.

Christliche Schwindler.

In einer Auseinandersetzung mit der übrigen bürgerlichen, insbesondere der liberalen Presse, stellt die „Germania“ aufs neue die Behauptung auf, es seien Gelder, die für die Ruhrbergleute bestimmt waren, nach Ausland gegeben worden. Das ist ein ganz dreister Schwindel. Um ihm ein für allemal den Boden abzugraben, stellen wir folgenden fest: Am 21. Februar beschloß die Siebener-Kommission, die gemeinsame Kasse aufzuheben, während der Streit am 9. Februar abgebrochen worden war. Ende Februar teilte der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes sowohl der Generalkommission der Gewerkschaften wie dem Vorstand unserer Partei mit, daß er in der Lage sei, auf weitere Sammlungen zu verzichten und ersuchte um Schlichtung der Sammlungen. Im „Vorwärts“ Nr. 53 vom 3. März d. J. quittierte unser Hauptkassierer Verisch über eine Gesamtsumme von 277 908,16 M. für die Bergarbeiter. Darauf schloß sich folgende Erklärung:

„Indem wir hiermit, im Einverständnis mit der Leitung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die Sammlung schließen, sagen wir namens der Bergleute des Ruhrgebietes allen Gebern für die bewiesene Opferwilligkeit herzlichen Dank. Etwas weitere Eingänge werden wir, sofern die Geber nicht andere Verfügung treffen, dem Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei Deutschlands überweisen.“

Am 3. März ging zugleich ein Reibetrag von etlichen hundert Mark an den Kassierer des Bergarbeiter-Verbandes, Genossen Horn, ab, womit dieser die genannte Summe von 277 908,16 M. empfangen hatte. Das bestätigten die Bücher des Bergarbeiter-Verbandes und bestätigte die „Bergarbeiter-Zeitung“ durch eine öffentliche Erklärung. Von den nach Veröffentlichung der abgedruckten Erklärung unseres Parteikassierers eingegangenen Geldern bestimmten noch in drei Fällen die Geber, daß sie den Bergarbeitern zu überweisen seien und dementsprechend sind sie den Bergarbeitern überwiesen worden. Ein Posten von 290 M. ist quittiert in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. März und zwei Posten von 90 M. und 20,25 M. sind quittiert in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 2. April. In allen übrigen Fällen erklärten sich die Geber der nach dem 3. März eingegangenen Gelder mit der Ueberweisung an den Unterstützungsfonds unserer Partei einverstanden. An diesem Verfahren kann niemand etwas aussetzen. Die Bergarbeiter hatten verzichtet und die Geber hatten über anderweitige Verwendung ihrer Gaben verfügt.

Da aber die liberale Presse Wert darauf legt, daß die für die streikenden Bergarbeiter eingegangenen Gaben bestimmungsgemäß verwendet werden, so hätte sie an dem christlichen Verbands ein geeignetes Objekt zur Kritik. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ stellt jetzt fest, daß der christliche Verband 5000 Kilo Margarine bestimmt und widersprüchlich verwendet hat. Der alte Verband hat alle an ihn gelangten Gaben ohne weiteres ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit der Streikenden verteilt unter Aufsicht von Mitgliedern des christlichen Verbandes. Der christliche Verband hat dagegen 10 000 Anweisungen auf je 1/2 Kilo Margarine von der Firma van den Bergh in Cleve erhalten mit der ausdrücklichen Anweisung, sie ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit zu verteilen. Der christliche Verband hat jedoch die Scheine ausschließlich an seine Mitglieder verteilt.

Die Namenslisten waren es also, die unrechtmäßig anstatt nach der Bedürftigkeit nach dem Verhältniß unterstügt haben; bei den „undurchschnittlichen“ Sozialdemokraten ist alles ehrlich zugegangen und — christlich. —

Von Herrn Giesberts erhalten die folgende Berichtigung:

„In der Nummer 229 des „Vorwärts“ vom 30. September wird in einem Rückblick auf die Reichstagswahl in Essen mit Bezug auf eine Versammlung der Junungsverbände, der ich anwohnte gesagt:

„Die Versammlung forderte die Aufhebung aller Konsumvereine. Herr Giesberts erklärte, daß er für die Aufhebung aller Konsumvereine eintreten werde.“

Diese Darstellung ist unrichtig. Ich habe im Gegenteil in der erwähnten Versammlung meine gegenteiligen Ansichten über die Konsumvereine dargelegt und mich entschieden gegen jede direkten oder indirekten gesetzlichen Maßnahmen gegen das Konsumvereinswesen ausgesprochen.

J. Giesberts, Arbeitersekretär.

Das ist eine sehr wunderbare Berichtigung. In dem in Essen erschienenen „Heinrich-Wesfälischen Anzeiger“, einem „patriotischen“ Blatte, ist in der Nummer vom 29. September ein Versammlungsbericht enthalten mit dieser Ueberschrift:

Reichstagskandidat Giesberts spricht sich für die Beseitigung aller Konsumanstalten aus.

Der Bericht befaßt sich mit der Versammlung der Vertreter sämtlicher Junungen des Wahlkreises Essen, die zusammengekommen waren, um die Ansichten des besonders geladenen Herrn Giesberts über die Handwerker- und Mittelstandsforderungen zu hören. Darin heißt es:

„Der Vorsitzende bezeichnete in seinen einleitenden Ausführungen als Forderungen des Mittelstandes: . . . 3. Beseitigung der Konsumanstalten; . . . Herr Giesberts beantwortete dann in seinen Ausführungen die ihm vorgelegten Fragen den Wünschen der Versammlung entsprechend. Der Vorsitzende dankte Herrn Giesberts und empfahl dessen Wahl.“

Die Versammlung beschloß danach einstimmig, daß sie von den Erklärungen des Herrn Giesberts befriedigt sei, und empfahl allen Handwerkern und Gewerbetreibenden, sich ihm einzusetzen.

Dieser Bericht des Essener Blattes spielte dann in den letzten Tagen des Stichwahlkampfes in allen Versammlungen eine Rolle. Daß er Herrn Giesberts nicht sollte bekannt geworden sein, ist kaum anzunehmen. Soll dieser Bericht erfunden sein? Von einer Nichtfeststellung des Berichtes des Essener Blattes durch Herrn Giesberts ist uns nichts bekannt geworden.

Ein Prozeß um den südbischen Wahlrechtsraub. In der Begründung der nichtwürdigen südbischen Wahlrechtsvorlage mußte eine angebliche Neuperrung Webers herhalten, daß die Sozialdemokratie durch die Handhabung in den Bundesrat kommen wolle. Einer dieser sah immer auf den anderen, um die Authentizität der Neuperrung zu beweisen. Die Sache wurde mit der Zeit absolut authentisch, geradezu „amtlich“.

Aus diesem Anlaß kam es zu einem Prozeß gegen den Redakteur des „Völkischen Boten“, der den Kläger, den Chefredakteur des südbischen Amtsblattes, Dr. Ludwig, beleidigt haben soll. Dr. Ludwig, der sich, wie er sagte, „infolge nationalökonomischer Studien“ dem Demokraten zum Rechts-Nationalliberalen gewandt hat, verzichtete aber auf einen Wahrheitsbeweis über die Webersche Neuperrung und verschänzte sich hinter formale Beleidigungen. Im Laufe der Verhandlung wurde folgender Brief Webers verlesen:

„Werter Parteigenosse!“

Es ist kaum glaublich, mit welcher Hartnäckigkeit die Lüge aufrecht zu erhalten versucht wird, ich hätte gefogt: Durch die Hansestädte wollen wir in den Bundesrat gelangen.

Weber habe ich diesen noch dem Sinne nach einen ähnlichen Satz niemals irgendwo und gegen irgendwen ausgesprochen.

Der Gedanke ist so widersinnig und dumm, daß es eine persönliche Beleidigung für mich ist, wenn jemand mich imputiert, einen solchen je irgendwo und gegen irgendwen ausgesprochen zu haben.

Da man diesen Satz sogar offiziell mit zugesprochen haben soll, um den Wahlrechtsraub in den Hansestädten damit zu rechtfertigen, so muß ich erklären, daß ich diejenigen aufrichtig bedauere, deren Geistesdarm mit sie zu solchen Mitteln greifen läßt.

Der Satz ist eine elende Erfindung, und derjenige ein Lügner, der ihn erfunden hat.

Dr. Ludwigs Ehre wurde schließlich dadurch repariert, daß der Redakteur des „Völkischen Boten“ zu 100 Mark verurteilt wurde.

Ein Nachspiel vom Bergarbeiterstreik.

Die Bergleute Jahnmeier und Jablonski hatten auf der Chaussee etwa 300 Meter von einer Jech entfernt Streifposten gestanden und waren in zweiter Instanz zu Geldstrafen von je 8 Mark verurteilt worden, weil sie den Aufforderungen zweier Jechenpolizeibeamten und eines Polizeiergeanten, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet hätten. Es wurde eine Uebertragung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 8. Februar 1900 angenommen. Diese bedroht gleich den Straßen-Polizeiverordnungen in den Städten denjenigen mit Strafe, der einer zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf öffentlichen Straßen ergangenen Aufforderung der Aufsichtsbeamten nicht Folge leistet.

Auf die Revision der Angeklagten, die R. A. T. J. Diehlnecht vertrat, hob das Kammergericht am 5. Oktober die Vorentscheidung auf und verwies die Sache einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die Verordnung sei gültig. Was aber ihre Anwendung angehe, so sprächen dagegen mancherlei Bedenken. Zunächst sage das Urteil, daß die Aufforderungen der Jechenpolizeibeamten nicht gefolgt seien. Es sei aber gar nicht zu erkennen, wieso denn hier Jechenpolizeibeamte zuständig sein sollten. Bei der neuen Verhandlung müsse festgestellt werden, was die Jechenpolizeibeamten außerhalb des Rahmens der Jech auf der öffentlichen Chaussee zu tun hatten. Auch ein Polizeiergeant, ein kommunaler Polizeibeamter pflege nicht berufen zu sein, außerhalb des Ortes auf der Chaussee die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Darüber bedürfe es ebenfalls näherer Feststellungen. Und schließlich greife der vom Anwalt erhobene Einwand durch, daß das kurze Urteil nicht im geringsten erkennen lasse, welchen Zweck die Aufforderungen an die Angeklagten verfolgten. Nur wenn sie verkehrsrechtlichen Charakter trügen, und wenn sie ergangen seien zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße, könnten die widerpenstigen Angeklagten bestraft werden.

Aus dem Wahlkreis Rattowitz-Sabrze

wird uns geschrieben: Am 12. Oktober soll es sich entscheiden, wer für den Rest der Legislaturperiode des Reichstages das Mandat unseres an der russischen Grenze liegenden Wahlkreises erhalten wird. Das Zentrum macht gewaltige Anstrengungen, das bei den letzten allgemeinen Wahlen an die Polen-verlorene Mandate zurückzugewinnen. Ganz so ungeniert wie früher wagen die Zentrumsgesinnlichen diesmal allerdings nicht, die Kanzel und den Reichstagsstuhl für ihre politische Agitation zu benutzen. Der Kardinal Kopp-Prozeß mit seinen geradezu erschütternden Enthüllungen über den Wahlterrorismus der Pfaffen hat doch abschreckend auf die Herren gewirkt, und vielleicht hat auch eine Anordnung von oben, wahrscheinlich vom Kardinal selbst, jenem unerhörten Treiben ein gewisses Ziel gesetzt. Dafür agitieren die Pfarren und Kaplane, an der Spitze der Kandidat, K. F. K. K. Kapiza, selbst, um so eifriger in den Jochern hier noch verbleibenden christlichen Arbeiter-, Gesellen-, Männer-, usw. Vereinen. Da Herr Kapiza ein eifriger Abstinenz-Propagandist war und deshalb sehr die Abneigung der zahlreicheren oberösterreichischen Gastwirte zu fürchten hat, ließ er sich in einer öffentlichen Erklärung folgendermaßen über die Gastwirte aus: „Im Gastwirtsberuf sehe ich einen notwendigen und wichtigen Stand für den Verkehr und das wirtschaftliche Leben. Das solide Gastwirtsberuf muß vor jeder unredlichen Konkurrenz geschützt werden.“ Ziel heissen wird ihm diese eigenartige Abstinenz von den bisherigen Grundjahren bei den Gastwirten allerdings nicht.

Der Zentrumskandidat Kapiza ist polnischer Nationalität und war als Student und als Kaplan ein eifriger Parteigänger der

Polen. Er hat es jedoch später, als das Verhältnis zwischen dem radikaleren Teil der Polen und dem Zentrum sich trübte, vorzogen, beim Zentrum zu bleiben und seinen Nationalismus recht wenig zu betonen. Dafür gilt er jetzt den Radikalen als Vaterlandsverräter und wird während des Kampfes. Auf der anderen Seite aber, bei den zahlreichen deutschen Zentrumsgläubigen, die immer „patriotischer“ werden, wird eben der Pole Kapiza mit Mißtrauen betrachtet. Im rechten Flügel des Polenlagers, in der unter Radikalismus führenden „National“-Gruppe, hat dagegen der jetzige Zentrumskandidat viele Sympathien, viel mehr wie der radikalspolnische Kandidat Korfants. Man ist nach der „Einigung“ der beiden Gruppen im polnischen Wahlkomitee allerdings verpflichtet, offiziell für den von diesem Komitee aufgestellten Korfants einzutreten, erfüllt diese Pflicht aber nur unzureichend und sehr widerwillig, meist lediglich durch Abdruck der Aufrufe des Wahlkomitees, was die Ursache fortwährender Zankereien zwischen den verschiedenen polnischen Blättern ist.

Zwischen polnischen Führern gewählter Oberbans und Zentrumsgläubigen finden neuerdings Verhandlungen statt über ein Wiederausammeln beider Teile in Oberösterreich. Die Einigung soll nach zuverlässigen, dem Zentrum aber gegenwärtig sehr unangenehmen Informationen Einzelwahlen in der Weise erfolgen, daß man sich über eine Verteilung sowohl der oberösterreichischen Reichstagsmandate wie der Landtagsmandate verständigt berart, daß ein Teil derselben dem Zentrum den Polen anantiert wird. Da das Zentrum unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon vier Landtagsmandate und ein Reichstagsmandat in Oberösterreich verloren hat und bei Fortdauer dieser Verhältnisse hier bei den nächsten allgemeinen Wahlen noch erheblich größere Verluste in Aussicht stehen, dürfte eine solche „Verständigung“ mit den getreuen polnischen Söhnen der katholischen Kirche für das Zentrum allerdings von Vorteil sein. Vielleicht werden aber die radikalen polnischen Elemente ebenso wie gewisse ausgesprochene „deutsch gesinnte“ Kreise des Zentrums doch einen diesen Strich durch diesen Kaufhandel machen. Auch die erstarrte sozialdemokratische Bewegung wird den Herren wenigstens im Industriebezirk das Spiel verderben. Die Mittelung bürgerlicher Blätter, daß solche Abmachungen zwischen Zentrum und Polen schon für die jetzige Radwahl in Rattowitz-Sabrze gelten sollen, beruht, daß an Stelle Korfants und Kapizas ein gemeinsamer Kandidat der beiden Parteien aufgestellt werde, ist freilich falsch. Für diesmal bleibt es bei den beiden Kandidaten und damit beim „Bruderkrieg“.

Die „Liberalen“ haben richtig nach einigem Zieren und Zögern den Kandidaten der Grubenbatone, Generalsekretär Dr. Polz, akzeptiert, nachdem dieser in einer unglaublich nichtsfogenden Rede die Herren von seiner „Liberalität“ „überzeugt“ hat. Der obgelegte Saargewaltige, Geheimrat Hilger, der jetzt hier sein Jopier schwingt, hat nunmehr freie Bahn, und schon wird von den verschiedensten Seiten mitgeteilt, daß seitens der Werksverwaltungen bei den letzten Lohnabzählungen ein mehr oder minder „sanfter Druck“ auf die Arbeiter ausgeübt wurde, bei der kommenden Wahl doch ja dem einzigen wirklichlichen Vertreter der Arbeiterinteressen, dem Herrn Dr. Polz, die Stimme zu geben. Ein Wahlauftrag für Dr. Polz in den „geheimten“ oberösterreichischen Zeitungen, unterzeichnet nicht nur von den Leitern aller großindustriellen Werke, sondern auch von Regierungsräten, Richtern, Bürgermeistern und Amtsvorstehern, Postdirektoren usw., unter ausdrücklicher Bezeichnung des Amtskarakters der Unterzeichner, verleiht diesen sanften Druck auch für die übrigen Wählerkategorien gehörig, und so ist wohl anzunehmen, daß der Kandidat der „deutschen“ Großkapitalisten eine recht bedeutende Stimmengahl auf seinen Namen vereinigen wird.

Der radikalspolnische Kandidat Korfants sieht nach wie vor seine besondere Aufgabe darin, die Sozialdemokratie in seinen Wahlflugblättern wie in seiner Zeitung zu bekämpfen, beläufig ein Verweis dafür, wie sehr er fürchtet, daß die ihm bisher blind folgenden polnischen Arbeiter in großer Zahl in das Lager der Sozialdemokratie übergehen könnten. Bei dieser Bekämpfung gegen die so sich ja gar nichts einzumenden wäre, bedient Herr Korfants sich jedoch der niedrigsten und unsaubersten Mittel. So schwindelt er in ebenso frecher wie dummer Weise, die Sozialdemokraten seien Schuld an der gegenwärtigen Misshandlung, weil sie im Reichstago wie ein Mann für Uebertragung zur Tagesordnung über eine Petition oberösterreichischer Fleischermeister gestimmt hätten, welche eine Erhöhung der Einfuhr russischer Schweine forderte. Und all die ärgsten Lügen der schändlichen Gegner der Sozialdemokratie, z. B. die, daß die Sozialdemokratie eifrig bemüht sei, das Volk ins Elend zu führen, um dann um so erfolgreicher agitieren zu können, feiern in den Korfantschen Flugblättern ihre frohliche Aufschwung. Um den nationalen Haß zwischen den Arbeitern zu schüren, lehrt in seinen Flugblättern und Artikeln stets die Behauptung wieder, die deutsche Sozialdemokratie spreche mit Haß und Verachtung vom polnischen Volke.

Daß eine derartige unwürdige Kampfesweise die Erbitterung gegen Korfants bei den deutschen wie polnischen Sozialdemokraten gewaltig steigert, ist erklärlich, und allgemein ist jetzt die Ueberzeugung in beiden sozialdemokratischen Lagern, daß bei einer etwaigen Stichwahl zwischen Korfants und dem Zentrum diesmal strikte Wahlenthaltung geübt werden müsse, womit allerdings Korfants Niederlage unabweisbar wäre. Vorläufig ist es ja noch nicht so weit und die Genossen beider Jungen sind eifrig an der Arbeit, an Stelle Korfants ihren Kandidaten, den alten Genossen Morawski, in die Stichwahl zu bringen. An Aufklärung des Proletariats über die Volksfeindlichkeit des Zentrums und der Hüftenpartei, wie nicht minder auch der verunsicherten Polen, allerdings sind die Schwierigkeiten, die der kleinen Sozialdemokraten in diesem Kampfe hier erwachsen, ganz gewaltige. Von einer mündlichen Agitation kann fast keine Rede sein, steht doch in dem ganzen ausgedehnten Wahlkreis mit seinen in mehreren hundert Industriorten verteilten weit über 300 000 Bewohnern nur ein einziges, kleines, 300 Personen fassendes Versammlungslokal zur Verfügung. Der fürchterliche wirtschaftliche Druck, der auf dem oberösterreichischen Proletariat lastet, macht eine mündliche Agitation in den Betrieben selbst zur Unmöglichkeit. Und welche Hindernisse der Verbreitung der Flugblätter durch Behörden, Geisliche, Unternehmer, ja durch die irreführenden Arbeiter selbst und besonders durch die in den Betrieben der Rieche liegenden sonatifizierten Arbeiterfrauen bereitet werden, kann hier nicht geschildert, sondern nur angedeutet werden. Nimmt man dazu die nationalen Gegensätze, die sprachlichen Schwierigkeiten, die Armut und wirtschaftliche Abhängigkeit der schon für die Sozialdemokratie genommenen Arbeiter, so kann man sich ein, wenn auch schwaches Bild von der der Sozialdemokratie erwachsenden Schwierigkeit des Wahlkampfes in dieser Hochburg des Pfaffenlums und des Großkapitals machen.

Stuttgart, 5. Oktober. (Fig. Ver.) Landtagswahlen. Gestern fand im Oberamt Kreuzdenstadt die Radwahl für den verstorbenen völksparteilichen Abgeordneten Geller statt. In derselben wurde der Kandidat der Volkspartei, Schmid, wie vorausgesehen war, gewählt. Bemerkenswert ist aber, daß von drei in Betracht kommenden Parteien die Volkspartei gegen die vorige Wahl um 150 Stimmen abnahm, die nationalliberale Partei nahm sogar um 651 Stimmen ab, während die Sozialdemokratie trotz der bei Radwahlen stets geringeren allgemeinen Wahlbeteiligung um 700 Stimmen zugenommen hat. Dieses Ergebnis hat in den hiesigen Parteikreisen lebhaft Freude erregt, da es als ein gutes Vorzeichen für den Ausfall der im nächsten Winter stattfindenden allgemeinen Landtagswahlen bezeichnet werden kann. Es bestätigt im übrigen die schon früher von uns an dieser Stelle gemachte Feststellung, daß die Sozialdemokratie aus der immer schwächer werdenden Haltung der beiden sich liberal nennenden schwäbischen Parteien reiche Früchte ernten wird. Aus Furcht vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie suchen die Volkspartei und die nationalliberale Partei möglichst

enge Fühlung miteinander zu gewinnen und sich durch gemeinsame Verständigung bei den Wahlen den beiderseitigen parlamentarischen Bestreben zu garantieren und vor dem Ansturm der Gegner zu verteidigen. Sie sehen nicht ein, und das wird sich vornehmlich für die Volkspartei als politischer Fehler ersten Ranges erweisen, daß sie dabei die Rechnung ohne die Wäasserflaß machen. Es ist allgemein bekannt, welche effiziente Niederlage ihr gemeinsames Vorgehen den beiden Parteien bei der Landtagswahl in Eßlingen zuzugerechnet hat, wo unser Genosse Schlegel gleich im ersten Wahlgang den bisher liberal vertretenen Kreis mit einer ungeahnten Mehrheit eroberte. Trotz dieser Erfahrungen sehen die beiden Parteien, worüber wir ihnen nicht gram zu sein brauchen, diese Falsch weiter fort. Am 18. Oktober wird eine weitere Wahl in Tübingen stattgefunden haben, wo sich die beiden Parteien auch wieder jedes rücksichtslichen Kampfes der Meinungen begeben und einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt haben. Ihr Erfolge ist diesmal der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Storz, seines Zeichens Handelskammersekretär in Heidenheim, und im besonderen Kolonial-Enthusiast von Wödemanns Gnaden. Er ist einer jener Reichstags-Abgeordneten, die auf Grund eines zehntägigen Aufenthaltes in Kamerun und Togo nach ihrer Rückkehr an den Herzog Johann Albrecht zu Wesselsburg das Telegramm mit der „zuverlässigen“ Prophezeiung richteten, daß diese Kolonien „im Beginn einer glänzenden Entfaltung stehen“. Nachdem sich die liberal-demokratische Einigung nach Ach und Krach auf diese etwas eigentümliche Spezies von „Volksparteiler“ festgelegt hat, wird die bisher schon rege Agitation unserer Partei im Kreise nach um so lebhafter werden, um entsprechend den bisher in gleichartigen Fällen gemachten Erfahrungen alle diejenigen an uns zu leiten, denen die demokratischen Forderungen nicht nur ein Populäres, um den Preis der nationalliberalen Freundschaft leichtfertig hingepfeiftes Programm sind.

Unter der Anklage, den deutschen Kaiser beleidigt zu haben, stand vor der Strafkammer in Köln ein Schuhmachermeister aus dem benachbarten Mülheim. Er soll öfter Bemerkungen haben fallen lassen, die von der Umgebung als Majestätsbeleidigung ausgelegt wurden. Eines Tages sei er auch zu mit ihm im nämlichen Hause wohnenden Leuten eine Aechterung, die diese später, als sie mit dem Schuster einen Janz gehabt hatten, aus Rache der Polizei denunzierten. Der Angeklagte bestritt, daß sich die Worte auf den Kaiser Wilhelm bezogen hätten. Die Aechterung habe er nach Empfang eines Steuerzettels getan. Er habe mit den Worten zwei „Kaiser“ beleidigen wollen, den Anton und den Christian Kaiser, die ihm beide Geld schuldeten, ihn aber nicht bezahlten, wogegen er seine Rechnungen stets pünktlich bezahlen müsse. So oft von ihm Geld verlangt würde, fielen ihm diese beiden Kaiser ein und er schimpfte dann auf sie. Die Zeugenerklärung ergibt, daß der angeklagte Schuster ein entschiedener „Antikolohol-gegner“ ist; er betrukt sich vielfach und redet dann das wüßteste Zeug. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte bei seinen Redereien eine Majestätsbeleidigung nicht beabsichtigt habe und erkannte auf Freisprechung.

Zu der angeblichen Burenverschwörung in Windhoel äußerte nach einer Laskan-Meldung der deutsche Konsul in Kapstadt in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Standard“, er habe nur die Nachricht erhalten, daß etwa sieben Personen in dieser Angelegenheit verhaftet worden seien. Es gelang den Verhafteten zu entfliehen, sie wurden jedoch wieder eingekerkert. Der Konsul legt dem Vorkommnis eine gewisse Bedeutung bei, da er die „Windhoel Nachrichten“, welche die Meldung gebracht hatten, für zuverlässig hält. Die „South African News“ dagegen ziehen die Sache ins Lächerliche und behaupten, es handle sich lediglich darum, daß ein paar Leute in einem Privathotel verhaftet worden seien. Das Blatt veröffentlicht anschließend daran eine Unterredung mit Andries Dewet, worin erklärt wird, es seien bei der Hausdurchsuchung im ganzen zwei Revolver und ein wenig Munition gefunden worden.

Aus Ostafrika.

Gouverneur Graf Göben telegraphiert unter dem 5. Oktober, daß einige Dörfer zwei Tage südlich von Dar es Salam durch Räuberhanden geplündert worden seien, die auch eine Polizeibatterie angegriffen haben. Die 8. Kompanie von Meist ist heute dorthin abgerückt. Morogoro ist am 30. September durch Hauptmann Freidrich v. Wangerheim und ein Detachement Marine-Infanterie und Alibua in den Natumbi-Bergen von einem anderen Detachement Marine-Infanterie besetzt worden. Das Detachement Wangerheim ist beauftragt, den Bezirk zwischen Kilossa und Nuaa zu beruhigen und die Verbindung mit Mahenge herzustellen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Entschleierung der Kossuthianer.

In Ungarn ist die Empörung gegen Kossuth und Apponyi eine enorme geworden durch das sich Verplauschen Gëza Polonhi, des Vizepräsidenten der Kossuthpartei. Der Sachverhalt ist der folgende: Am 8. d. M. sollten 2 Fadelzüge in Budapest stattfinden, der eine Kossuth zu Ehren, der andere aber gegen Kossuth und für die Redaktion des sozialdemokratischen Zentralblattes „Népszava“. Die Behörde hat aber beide verboten wegen der erst unlängst vorgenommenen Straßenzerrisse. Kam nun es aber auf Grund dieses Vorfalles und zur Erörterung anderer dringender Fragen zu einer Konferenz der Führer der sozialdemokratischen Partei Botányi und Dr. Goldner mit dem Vizepräsidenten der Kossuthpartei Polonhi. Bei dieser Zusammenkunft warf Gen. Botányi Polonhi und seiner Partei den Betrug des Volkes vor, denn das allgemeine geheime Wahlrecht stand im Programm der Kossuthpartei, und erst nach der allgemeinen Wahlkampagne liehen die Kossuthianer diesen Punkt fallen. Genosse Botányi mahnte wiederholt Polonhi, die Kossuthianer sollten ihren gegebenen Worte Genüge tun. Da sprach Polonhi vom Stuhl und sagte: „Meine Herren, ich kann nicht dafür. Ja, es ist wahr, die Wahlreform, und zwar die allgemeine, war in unserem Programme, jedoch als die Koalition zustande kam, mußten wir sie fallen lassen, denn nur unter dieser Bedingung wollte Graf Andrássy mit den Dissidenten der Koalition beitreten. Nicht nur das, sondern er nahm uns das Ehrenwort ab, daß wir diesen Punkt auch nicht mehr aufnehmen werden. Wir wollten ja beinahe alle dafür kämpfen, aber das Wort bindet uns. Weht zu Andrássy, er soll uns von unserem Wort entbinden...“ Darauf meinte Botányi: „Rein, wir gehen zu niemand, aber Ihr täuscht Euch, wenn Ihr glaubt, daß wir das Opfer Eurer perverfen Freundschaft und Verbindungen bleiben werden...“ Damit war die Beisprechung zu Ende und heute ist dies schon überall verbreitet, sogar der radikale Abgeordnete Josef Wëzi, Redakteur des „Budapesti Napló“, greift die Kossuthianer heftig an, am meisten aber Kossuth, daß er sich dem Junker Andrássy und seiner handvoll Magnaten total ausgeliefert, obwohl die Kossuthianer im Parlament heute mehr als 180 sind. — Man sieht also, daß die Magnaten, Konservativen, Meritalen, Nationalisten sich vereint haben gegen das Volk, gegen die internationale sozialdemokratische Partei. Es ist aber zu hoffen, daß durch dieses sensationelle Verplauschen Polonhi das Volk nunmehr einschauen wird, was man fürs Wohl und Recht des Volkes ist: bei Kossuth und Graf Apponyi, oder bei der internationalen, revolutionären sozialdemokratischen Partei. —

Wien, 6. Oktober. Abgeordnetenhause. In der fortgesetzten Verhandlung der Dringlichkeitskontrakte betreffend das allgemeine Wahlrecht tritt Abgeordneter Romanek (Rutbow) für eine rasche Wahlreform ein, während Abgeordneter Ebenhoch (Zentr.) keinen gestern eingebrachten Antrag eingehend begründet unter Hinweis darauf, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne vorherige Feststellung der unbedingt unerlässlichen Grundlagen eine große Gefahr bedeuten würde. Ministerpräsident Freiberger von Gausitz erklärt, daß die vorgedachten Reden hätten ihn von seinem bereits gekennzeichneten Standpunkt hinsichtlich der Wahlrechtsfrage, den er unverändert aufrecht halte, nicht abzubringen vermocht. Gegenüber der Behauptung, daß die nationale Verständigung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erleichtert würde, erklärt der Ministerpräsident, hierfür bestehe keinerlei Gewißheit; wäre es der Fall, so würde die Regierung selbst die Wahlreform begrüßen. Redner weist auf Frankreich und Deutschland hin, wo das allgemeine Wahlrecht auch erst nach Vorfierung von Zwischenstufen eingeführt worden sei, und betont, die nationalen und politischen Verhältnisse Oesterreichs liehen keine schablonenhafte Behandlung dieser Frage zu, bei deren Entscheidung ausschließlich die Interessen Oesterreichs bestimmend sein müßten. Er könne dem Hause bei der Abstimmung nur diese Interessen und seinen theoretischen Grundgedanken als Richtschnur empfehlen. (Lebhafte Beifall; Widerspruch bei den Reichstags-Abgeordneten.)

Frankreich.

Ein sozialistischer Bürgerweiser gegen eine Arbeitsbörse.

Aus Paris meldet man uns: Schon seit längerer Zeit schwebt ein Konflikt zwischen der Arbeitsbörse von Lyon und dem Gemeinderat dieser Stadt, dessen Mehrheit der sozialistischen Fraktion des bloatrenen Bürgermeisters Augagneur angehört. Als der Verwaltungsausschuss der Arbeitsbörse einigen Gewerkschaften den Zutritt in das Gebäude verweigerte, entzog Augagneur dem Institut die kommunale Subvention. Der Streit wurde wohl für einige Zeit beigelegt, brach aber bald wieder von neuem aus. Als ein heftiger Aufruhr gegen den Gemeinderat in der Arbeitsbörse ausgebrochen wurde, unterdrückte der Bürgermeister wiederum die Subvention. Am Mittwoch wurde die Angelegenheit im Honorar Gemeinderat zur Sprache gebracht. Augagneur verteidigte sein Verhalten mit der Berufung auf das Reglement der Arbeitsbörse und der Gemeinderat gab ihm mit 44 gegen eine Stimme recht. Zwei revolutionäre Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. In dem Vertrauensvotum heißt es, daß die Subvention, soweit sie den Gewerkschaften und den auf der Arbeitsbörse lehrenden Professoren zugute komme, ebenso wenig wie die Unabgängigkeit der Gewerkschaften in Zweifel gestellt werde. Der Beschluß richtet sich gegen den Verwaltungsausschuss und die Sekretäre der revolutionären Gewerkschaften. — Unmittelbar nach der Gemeinderatsitzung wurde die Arbeitsbörse von den Sekretären und vom Verwaltungsausschuss ohne Widerstand geräumt. Ein Polizeikommando sprengte das Gebäude ab. Doch wurde den Sekretären gestattet, ihre Archive in ein nahees Café zu bringen, das sie zu ihrem provisorischen Sitz bestimmt haben. — Der reaktionäre „Temps“ ist für den Bürgermeister von Lyon ganz begeistert und widmet ihm unter dem Titel: „Ein Beispiel“ einen Leitartikel. Für die geringste sozialistische Partei ist der Vorfall ohne Bedeutung. Ihre Organisationen in Lyon, die allerdings noch recht schwach sind, gehören einer neugegründeten Föderation an und stehen in offener Gegnerschaft zu Augagneur, der erst am letzten Sonntag beim republikanischen Bankett in St. Etienne mit Briand, Gërault-Richard, Jévauds und einigen anderen die Freundschaft gegen die Parteieinigung repräsentiert hat.

Kolonialbesitz.

In einem Punkte können sich die allerchristlichen Staaten Europas gegenseitig keinerlei Vorwürfe machen. Ob gut katholisch oder orthodox-protestantisch, ob Monarchie oder Republik, alle die überseeischen Kolonien haben, hatten auch schon ihre Kolonialstandale zu verzeichnen, ihre Hecker und Bürger, die den Namen der europäischen Kultur bei den „Wilden“ geschändet. Die Kolonialgeschichte aller Länder ist mit Blut geschrieben. Erst kürzlich haben wir die Bestialitäten der belgischen Kolonialtruppen im Kongo geschildert und zwar nach den Akten der englischen „Congo-Reform-Association“, deren Glaubwürdigkeit unantastbar ist.

Zuletzt hat das republikanische Frankreich seine Kolonialverbrechen. Es ist überall daselbe Bild: Leute zweifelhaften Charakters, Abenteuer aller Art ziehen nach dem schwarzen Erdteil, um sich zu bereichern. Dieses Ziel zu erreichen ist ihnen jedes Mittel recht, kein Verbrechen zu schrecklich. Vor kurzem wurden zwei dieser Kulturträger, Gaud und Laque, wegen ihrer Greuelthaten, begangen an den „Wilden“, bestraft, allerdings sehr milde. Jetzt aber wird durch die Untersuchungskommission de Brazza bekannt, daß der französische Generalkommissar Gentil nicht weniger schlimm gehandelt hat, als die Gaud, Laque und Konsorten, daß er ihnen erst das Beispiel wilder Grausamkeit gegeben. Die Untersuchungsakten befinden sich im Kolonialministerium und werden wohl später der Kammer vorgelegt werden. Mitleidvolle aber verächtlich der Genosse Rouanet in der „Humanité“ die wesentlichsten Punkte aus den Berichten. Danach hat Gentil selbst Eingeborene wegen der geringsten Vergehen anwesigen oder erschlagen lassen. Das administrative Joch lastete so schwer auf den Schwarzen, daß sie die ihnen auferlegten Steuern nicht aufbringen konnten. So wurden Lager errichtet, in denen Geiseln zurückgehalten wurden, bis die Zahlung erfolgt war. Den Eingeborenen wurden so schwere Dienste auferlegt, namentlich wurden sie zum Transport schwerer Lasten verurteilt, daß ganze große Gebiete nahezu entvölkert sind. Festgestellt ist ferner, daß in den von Gentil verwalteten Gebieten die Sklaverei sans pharise wieder eingeführt ist; nicht bloß zu Nutzen der Republik, sondern auch die kolonialen Gesellschaften durften sich der Sklaverei bedienen, um Schätze zu sammeln. In einem Rundschreiben an seine Untergebenen feierte er diese an, vor allem für Entschleierung der Steuern zu sorgen. Um sich bei ihrem Chef beliebt zu machen, liehen es diese an Eifer nicht fehlen, hing doch ihr Advancement hiervon ab. So entstanden die „Konzentrationslager“, in denen die Frauen und Kinder ganzer Dörfer, von wo die Steuern nicht eingezogen waren, interniert wurden. In vielen Fällen hatten die Männer wohl die Steuern bezahlt, die Beamten wandten aber Gewalt an, um noch mehr heraus zu pressen. Der Inspektor Samin fand ein derartiges Lager mit 110 Frauen und Kindern vor, die von den roten Wächtern verzwängt und mißhandelt worden waren. Aus den detaillierten Berichten werden wir noch Einzelheiten folgen lassen, welche ein grelles Licht werfen auf die grauenvolle Verwilderung dieser französischen Kulturträger in Afrika. Gegen Rouanet führen „Temps“ und andere Blätter eine heftige Feinde; man sucht abzuleugnen und zu entschuldigen, spricht von Uebertreibungen usw. Es ist die altbekannte Kampfmethode der kapitalistischen Presse. Nicht die Unmenslichkeiten ihrer Zivilisatoren bringen sie in Aufregung, ihr Joch wird nur erweckt, wenn diese an die Öffentlichkeit dringen.

Dänemark.

Die Staatsfinanzen. Die Abrechnung über die Staatseinnahmen und Ausgaben des verflohenen Finanzjahres hat statt der vorausberechneten Unterbilanz von 9 670 000 Kr. nur eine Unterbilanz von 1 771 000 Kr. ergeben. Dieser Gewinn von beinahe 8 Millionen ist wesentlich auf eine über Erwartung große Steigerung verschiedener Einnahmeposten zurückzuführen. So haben zum Beispiel die direkten Steuern statt 12 250 000 Kr. 13 500 000 Kr. ergeben, die Staatsbahnen statt 4 750 000 Kr. Ueberüberschuss 6 250 000 Kronen, das Postwesen statt einer halben über eine ganze Million. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sind um circa 1 750 000 Kr. höher als vorausberechnet. Die Zölle allein haben 47 220 000 Kr. eingebracht. Die Prämien- sowohl wie die Zinsen-erlöse jedoch einen kleinen Rückgang auf. — Die Aktiva des Staates belaufen sich am Schluß des Finanzjahres auf 323 Millionen, die Staatsschulden auf 241 Millionen, so daß also ein Staats-

vermögen von 82 Millionen Kronen zu verzeichnen ist. Im Finanzjahr 1901—1902 war ein Verlust an Staatsvermögen von 3,1 Millionen zu verzeichnen, im folgenden Jahre ein Gewinn von 6,5 Millionen, im Jahre 1903—1904 ein Gewinn von 5,3 Millionen und für das verflohenen Finanzjahr wird der Gewinn auf 17,9 Millionen berechnet. —

Norwegen.

Das Karlsruher Uebereinkommen soll heute, Sonnabend, im Storting zur Verhandlung kommen. Das Spezialkomitee hat seine Vorschläge fertig. Die Mehrheit des Komitees, deren Vorsitzender Berner ist, schlägt ohne weitere Motivierung die Annahme des Uebereinkommens vor. Die Minderheit mit Ronow als Wortführer empfiehlt, daß das Storting seine Entscheidung aussehe und den Wählern Gelegenheit gebe, sich durch eine Volksabstimmung zu äußern. Wird dieser Antrag abgelehnt, so schlägt die Minderheit vor, das Uebereinkommen nicht zuzufassen, aber die Regierung zu beauftragen, Schweden einen unkündbaren Schiedsgerichtsvertrag anzubieten. Vier Mitglieder der Minderheit haben sich jedoch das Recht vorbehalten, einen Antrag zu stellen, wonach das Uebereinkommen einem unparteiischen Schiedsgericht vorgelegt werden soll.

Keine Ueberrumpfung in der Frage der zukünftigen Staatsform wird von der norwegischen Regierung beabsichtigt, so behauptete wenigstens „Dagbladet“ in seiner Mittwochsabendausgabe. Wenn Schweden seinerseits die Aushebung der Reichsakte beschlossen habe und damit die Bernadottische Kandidatur auch formell fortgefallen sei, werde die Regierung über die weiteren Maßnahmen mit dem Storting in Verhandlung treten, das dann nach allen Seiten vollkommen umgeben dasiehe. Das Blatt fügt hinzu, es glaube mit Sicherheit behaupten zu können, daß die Regierung in dieser Frage einmütig sei. —

Asien.

Gärung unter der indischen Bevölkerung.

London, 5. Oktober. (Bureau Laffan.) Unter der Bevölkerung Bengalens werden im Zusammenhang mit der Agitation gegen die Teilung dieser Provinz auf fröhlicherische Flugchriften verteilt, die eine sehr bedenkliche Sprache gegen die Engländer führen. Es heißt da u. a.: „Wir haben keinen König. Wenn wir einen König hätten, bräuchten wir nicht in solchem Elend zu sein. Wir haben einen Jerum begangen, als wir eine grausame, herzlose, trügerische und lächerliche Nation unseren König nannten... Wir wollen doch sehen, ob wir das nicht ändern können. Von unserem Gelde mästen sie sich, und unser Blut saugen sie. Warum also sollten wir uns unterwerfen? Diese Schweineföhne haben, da sie Hindu und Mohammedaner geeinigt finden, es sich zur Regel gemacht, die Kemter bei den Hindu, den Mohammedanern und den Sikhs in einer Weise zu besetzen, daß Ruhestörungen entstehen müssen... Brüder, Hindu und Mohammedaner, diese Teufelsbräute ist über die sieben Seen und die dreizehn Flüsse gekommen und entehrt jetzt unsere goldene Mutter Bengalen. Warum greifen wir nicht zur Keule und schützen die Ehre unserer Mutter?“

Amerika.

Die sozialistische Agitation macht stetige gute Fortschritte. In einer Reihe von Staaten finden im nächsten Monat Wahlen statt und die sozialdemokratische Partei beteiligt sich daran in sehr reger Weise. Vor einigen Wochen hat die Partei einen Kampf um die Rede- und Versammlungsfreiheit geführt und auch gewonnen. Sie machte von ihrem Rechte Gebrauch, Straßenversammlungen abzuhalten. Eine Reihe von Rednern wurde verhaftet unter den verschiedensten Gründen, und sonderbarer Weise ging die Polizei in den Staaten im Osten wie im Westen zu gleicher Zeit gegen die sozialistischen Versammlungen vor. Man glaubt daher, daß von Washington aus ein Druck ausgeübt wurde. Die Partei rief die Gerichte an, und es fanden sich noch liberal Richter, welche in ungewissen Fällen gegen die Polizei entschieden. — Die neuesten Entschlüssen in der amtlichen Untersuchung gegen die New Yorker Lebensversicherungsgesellschaften liefern der Partei sehr wirksamen Stoff zur Agitation. Da werden die Beiträge festgesetzt, welche die reichen Gesellschaften zu den Wahlfonds der alten Parteien beizusteuern hatten. Die Gesellschaften dagegen denunzierten die Politiker, die in den Legislaturen mit Gesegenswürfen drohen, um Gelder zu erpressen.

Unter den amerikanischen Studenten hat der Sozialismus neuerdings viele Anhänger gewonnen. In London, der bekannte Schriftsteller, hat sich durch seine Agitation in Studentenkreisen hervorgetan und durch Vorträge und Schriften zugunsten sozialistischer Ideen gewirkt. In New York hat sich eine Organisation von Studenten unter dem Namen „Inter-Collegiate Socialist Society“ gebildet. Die Ausflüchtung war in Studentenkreisen notwendig, denn es kam bei verschiedenen Gelegenheiten vor, daß sich Studenten als Streikbrecher anwerben liehen und dumm genug waren, zu glauben, daß sie die „Freiheit der Arbeit“ wahren liehen. — Bei den einzelnen Staatswahlen ist die Beteiligung der Bürger gewöhnlich nicht so stark als bei den Nationalwahlen, trotzdem hofft die Partei, ihren außerordentlichen Stimmenzuwachs vom letzten November noch zu vermehren.

Die Revolution in Rußland.

Die Ausstands-Bewegung.

Moskau, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge einer bei den Arbeitern der sibirischen Wasserleitung beginnenden Ausstands-Bewegung werden die Wasserwerkstationen jetzt von Truppen bewacht.

Die Schließung der Moskauer Universität.

Moskau, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Vorgänge, die zur zeitweiligen Schließung der Moskauer Universität führten, waren folgende: In einer Versammlung, für welche den Studenten behördliche Erlaubnis erteilt war, erschienen viele fremde Elemente, als ausländische Buchdrucker und andere Arbeiter, Hochschülerinnen usw. Im ganzen erzwang eine Menge von etwa 3000 Personen den Eintritt in die Hörsäle, die, als sie dicht gefüllt waren, geschlossen wurden. Der Rektor berief, da er für die Sicherheit im Universitätsgebäude fürchtete und auch ein Einschreiten der in der Nähe aufgestellten Polizei zu gewärtigen war, den Ausschuss des Universitätsrats. Der Ausschuss, der auch von der vorgesetzten Behörde erfucht worden war, die Anwesenheit Unberufener bei den Versammlungen und Kundgebungen nicht zu dulden, beschloß die Schließung der Universität. Heute früh hielten 1500 Studenten mit Genehmigung des Rektors eine Versammlung ab; der Rektor wohnte dieser bei und erklärte den Studierenden, sie sollten künftig keine Fremden mehr ins Universitätsgebäude einbringen lassen, dann könne die Universität bald wieder geöffnet werden. Der Universitätsrat wird die Frage der Wiedereröffnung bereits heute beraten. —

Die Polizeiwahlen.

Petersburg, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Innern hat die Gouverneure durch ein Zirkular vom 5. d. Mts. beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die Veröffentlichung der Wahllisten nicht später als am 28. Oktober erfolgen und die Behörden und Amtspersonen, besonders die Landeshauptleute und die Landpolizei, sich jeder Einmischung bei den Wahlen enthalten sollen. Einmischen braucht sich die Polizei allerdings nicht in die Wahlen, da sie ja von ihr gemacht werden. —

Eine sozialdemokratische Zeitung in Russland.

In einer Geheimdruckerie des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Russlands (Fraktion der Majorität) ist die erste Nummer einer Arbeiterzeitung „Robotschi“ erschienen. Bisher war es nur dem Bund, der lettischen Sozialdemokratie und der P. P. S. gelungen, in Russland selbst Zeitungen herauszugeben.

Kuniger.

Man schreibt uns:

Kuniger, der jetzt einem Kitenat zum Opfer gefallen ist, war in Wirklichkeit, während er in der deutschen bürgerlichen Presse als „wohlthätiger“ Mann verherrlicht wird, den Lodzer Proletariats seit Jahren als härtester Ausbeuter und Unterdrücker, der schlimmste von den großen Unternehmern in Lodz, in den Tod verhaftet. Schon 1892 wurde ein Dynamitanschlag auf sein Palais verübt. Fünf Arbeiter wurden als Täter zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglicher Katorga „begnadigt“. In den letzten Jahren streiften die Arbeiter Kunigers und einiger anderer Großfabrikanten wiederholt, oft wochen- und monatelang. In dieser Zeit taten die Fabrikanten alles Mögliche, um den Nachdruck der Arbeiter auf das höchste zu steigern. Im Mai dieses Jahres hatten die Fabrikanten unter Führung Kunigers wiederholt Sitzungen mit den Spitzen der Behörden, um über Maßnahmen gegen die Arbeiter zu beraten. Die Fabrikanten brachten einen Plan der Stadt, auf dem genau die Stellen bezeichnet waren, an welchen man Militär aufstellen und verwenden könne, um den Streik gewaltsam zu unterdrücken. Dabei äußerte einer der Herren, so lange in Lodz nicht 2000 Arbeiter erschossen seien, werde es nicht möglich sein, die Arbeit in den Fabriken wieder aufzunehmen. Ein anderer wollte die Arbeit nur wieder aufnehmen lassen, wenn die Fabriken von Militär besetzt seien. A selbst hatte diesen Idealzustand in seinen Fabriken längst eingeführt. Seit Januar dieses Jahres waren dieselben vollständig von Kosaken besetzt, die Tag und Nacht in dazu bestimmten Fabrikräumen kampierten und die ganzen Arbeitsräume mit ihren Inzassen überwachten. Die Fabriken Kunigers machten so in der Tat den Eindruck von Kasernen. Seit acht Monaten lieferte Kuniger zahlreiche Arbeiter und Genossen in die Hände der russischen Schergen. Die Lodzer Arbeiter waren zudem der festen Überzeugung, daß Kuniger und seine Kumpane die Behörden zu der fürchtbaren Zimmerelei in Lodz provozierten. Nun hat den Verbrecher am Volke die Rache der Mißhandelten getroffen.

Soziales.

Kaufmannsgericht.

Sitzung vom 6. Oktober.

Kulanz oder Recht? Ein Dekorateur klagte gegen die Firma Jandorf u. Co. auf Zahlung einer Entschädigung als Ersatz für verloren gegangene Zeugnisse. Der Kläger war sechs Jahre bei der Firma Jandorf beschäftigt gewesen. Beim Antritt seiner Stellung hatte er zwei seiner früheren wertvollen Zeugnisse, wie es vom Chef verlangt worden war, der Firma in Verwahrung gegeben. (Nach Ansicht des Gerichtsvorstandes allerdings ein etwas merkwürdiger Brauch.) Als nun das Stellungsverhältnis gelöst wurde, konnten dem Kläger die Zeugnisse nicht mehr ausgehändigt werden. Sie waren einfach verschwunden. Man konnte sich auch nicht mehr an den Angestellten halten, dem die Aufbewahrung solcher Papiere oblag, denn der war inzwischen verstorben. Die Firma hatte sich darauf an die früheren Arbeitgeber des Klägers, das Warenhaus Wertheim und ein englisches Handelshaus, gewandt, um dem Kläger wenigstens glaubwürdige Abschriften seiner verlorengegangenen Originalzeugnisse zu beschaffen. Sie belam eine solche jedoch nur von der Firma Wertheim. Das englische Haus konnte eine Abschrift nicht mehr liefern, sondern bestätigte brieflich, daß der Kläger ebenfalls sechs Jahre dafelbst konditioniert hatte. Mit diesen Bescheinigungen war der Kläger aber nicht zufrieden, er verlangte eben seine Originalzeugnisse und behauptete, ohne diese bis jetzt noch zu seiner neuen Stellung gekommen zu sein, obwohl er sich darum bemüht habe. Einen Beweis für diese Behauptung konnte er allerdings nicht erbringen. Auch gab er vor, wegen der vertraglichen Konkurrenz-Klausel vor Ablauf eines Jahres keine ähnliche Stellung annehmen zu dürfen. Aus diesen Gründen verlangte er für mehrere Monate je 225 M. Entschädigung. Von der Firma Jandorf wurde hiergegen nachgewiesen, daß die Konkurrenz-Klausel in diesem Falle nicht mehr in Frage kam. Die Firma besitzte aber auch, überhaupt regreßpflichtig zu sein, weil sie seine Schuld an dem Verstorbenen der Zeugnisse trage, sondern der erwähnte verstorbene Angestellte. Auch hielt sie es für sicher, daß der Kläger mit der Zeugnisabschrift von Wertheim resp. der englischen Stellungsbeseinigung mitsamt dem letzten Zeugnis von der Firma Jandorf neue Stellung bekommen haben würde, wenn er sich nur genügend darum gekümmert haben würde. Letzteres sei aber nicht geschehen; vielmehr habe der Kläger noch eine Zeitlang untätig auf Kosten der Firma Jandorf leben wollen, weil er wohl der Meinung sei, die Firma habe ihm unter allen Umständen Schadenersatz für die abhand genommenen Zeugnisse zu leisten. — In einer gerichtlichen Entscheidung dieser zweifelhaften Rechtslage kam es allerdings nicht. Vielmehr erklärte sich der Vertreter der Firma Jandorf infolge der wiederholten Bemühungen des Vorsitzenden bereit, dem Kläger aus Kulanz 150 M. zu zahlen, worauf dieser denn auch einging und weiteren Ansprüchen an die Firma entsagte.

Mademische Zustände in der „Handelsakademie.“ Zeitweilig recht humoristisch gestaltete sich die Verhandlung der Klage einer jungen Kontoristin gegen den „Chef“ eines Instituts, das den wiederkehrenden Namen „Berliner Handelsakademie G. m. b. H.“ führt und in der Kiederkwallstraße sein Amtsinstitut nur sehr fragwürdiges Dasein fristet. Die Klägerin ist mit einer Einlage von 2000 M. an dieser „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ beteiligt und sollte als Kontoristin 75 M. pro Monat bekommen. Eines guten Tages hatte sie der Chef aber Knall und Knall entlassen, wodurch sie auf Zahlung von 300 M. wegen unberechtigter Entlassung ohne Zurechnung der gesetzlichen Kündigungsfrist klagte. In seiner Rechtfertigung machte der Beklagte geltend, er habe das Fräulein entlassen, weil es sich nicht so führte, wie es der „Würde einer solchen Lehranstalt“ entspreche. So habe er die Klägerin vielfach dabei betroffen, wie sie mit ihrem Bräutigam im Kontor beisammen war. Dort hätten die beiden ungeniert und höchst fidel gelebt, Kaffee getrunken, Kuchen gegnipelt und Alotria getrieben. Auf dem Tische habe dann die dampfende Kaffeekassette auf dem Spirituslocher gestanden; verge von Kuchen und sonstigen Genüssen seien dort aufgehäuft gewesen, kurz, es habe dort bisweilen nur zu atademisch ausgehoben. Mehrere Ermahnungen „des zweiten Chefs“, dieses Benehmen zu unterlassen, sei das Fräulein nicht nachgekommen, und so habe er sie schließlich „hinausgeworfen“. Hiergegen macht die Klägerin geltend, daß sie sich notgedrungen im Kontor habe Kaffee trinken müssen, da sie meistens von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends tätig gewesen sei. Wenn hin und wieder mal ihr Bräutigam mitgegangen habe, so sei das doch nicht so schlimm; Schüler seien doch nicht dabei gewesen. Sie teilte dann weiter mit, daß sie sozusagen das ganze Unternehmen gehalten habe. Von ihren 2000 M., die sie nicht wieder erhalten könne, sei Gehalt gezahlt worden. Auch habe sie gegen den Chef geschäftliche Dinge wegen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Wenn man sie aber schon einmal habe los sein wollen, so hätte der Chef wenigstens die gesetzliche Kündigungsfrist innehalten müssen, denn einen berechtigten Anlauf, sie ohne weiteres herauszusetzen, habe sie ihren beiden Angehörigen nicht gegeben. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gericht, und da der Beklagte auf einen

glücklichen Vergleich nicht eingehen wollte, wurde er zur Zahlung der 300 M. verurteilt.

15 M. pro Woche „Gehalt“ nebst geringer Provision. Das war das vertragmäßige „Einkommen“ eines Reisenden der Firma G. o. e. l. i. c. h., Frankfurter Allee 40. Der Kermist klagte auf Zahlung eines restierenden Provisionsbetrages von 24 M., begnügte sich im Vergleichswege aber schließlich mit 15 M.

Juristische Winkeltüge können selbst die beschleunigte Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts illusorisch machen. Dies mußte gestern ein armer Handlungsgehülfe zu seinem schweren Nachteil erfahren. Der junge Mann hatte eine Forderung an eine Firma, die früher am Spandauer Schiffahrtskanal hauste, später aber in andere Hände übergegangen war. Der jetzige Chef wohnt in Treptow. Er hatte im früheren Termin anerkannt, daß er als rechtmäßiger Vorkläger zu betrachten sei, auch hatte er gegen die Zuständigkeit des Berliner Kaufmannsgerichts nichts einzuwenden gehabt. Jetzt aber, da der Kläger glaubte, in diesem Termin rasch zu seinem Rechte zu kommen, da er sich der Beklagte den Einwand der örtlichen Zuständigkeit. Infolgedessen mußte der Kläger an das zuständige Amtsgericht verwiesen werden. Ganz niedergeschlagen verwies er auf seine vielen bisherigen Verurteilungen wegen der Sache und bemerkte, daß er jetzt wohl noch lange warten könne, ehe die Angelegenheit gerichtlich erledigt werde. Der Beklagte könne eine endlose Prozeßserie schon aushalten, aber nicht er als armer mittelsofer Kommiss.

Die Ausländer in Berlin.

Unter den 823 507 am 1. Dezember 1900 in Deutschland gezählten Fremdgehörigen (d. h. im Auslande geborenen) befanden sich in Berlin 37 684 = 4,6 Proz. In Anbetracht des Umstandes, daß Berlin allein schon rund 3 Proz. der Reichsbewölkerung in seinen Mauern zählt, erscheint dieser Anteil der Fremden nicht sehr hoch. In der Tat ist denn auch die große Mehrzahl der in der Provinz Brandenburg gezählten Fremden, die im ganzen 20 080 Personen ausmachen, in den Vororten Berlins, in den großen Vorstädten Charlottenburg (5379), Schöneberg, Wilmersdorf, Kirdorf, Steglitz-Friedenau usw. anwesend und gehört damit eigentlich zu dem Zentralpunkt, der sie aus allen Ländern herangezogen hat.

In Berlin wohnen naturgemäß Angehörige aller Kulturländer, schon weil ihre amtlichen Vertreter dort wohnen. Das größte Kontingent dazu stellen die Oesterreicher (15 624), außerdem Ungarn (6991), Ungarn (2628), Großbritannien (1521), Italien (1161), Schweiz (1419), Dänemark (1069) und die Vereinigten Staaten von Amerika (1849). Charlottenburg beherbergte außerdem noch eine große Anzahl von Oesterreichern (1342), Russen (1334), Nordamerikanern (522), Engländern (389), Ungarn (304), Schweizern (271) etc. Als Fremdenstädte könnte man noch München mit 23 394, Dresden mit 19 852, Hamburg mit 16 573 und Leipzig mit 11 551 in fremden Ländern Geborenen bezeichnen, die wegen ihrer Bildungsgelegenheiten und sonstigen Annehmlichkeiten eine große Zahl Fremder selbst aus den entferntesten Erdwinkel heranziehen.

Andererseits sind auch im hervorragenden Maße wirtschaftliche Gründe maßgebend für das Hinzuströmen von Fremden, denn eine Weltstadt wie Berlin bietet in den mannigfaltigsten möglichen und unmöglichen Erwerbten gewandten Leuten natürlich viel mehr Raum als das flache Land.

Von den 37 684 in Berlin am 1. Dezember 1900 anwesenden Fremden waren 27 276 oder 72,2 Proz. erwerbstätig oder leben von eigenem Vermögen, Pensionen oder Renten, 10 408 = 27,7 Proz. waren Angehörige dieser Personen oder lebten ohne Beruf oder hatten keine Angabe über ihren Beruf gemacht. An den einzelnen großen Berufsabteilungen waren sie mit folgenden Zahlen beteiligt: In der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei und Pflanzerei waren nur 165 Fremde erwerbstätig, im Handelsgewerbe, einschließlich dem Versicherungswesen, der Gast- und der Schankwirtschaft 6145, im Verlehdgewerbe 281, in wechselnder Lohnarbeit und häuslichen Dienstleistungen 1033, im öffentlichen Dienst und den sogenannten freien Berufsarten 2931 und als Dienende, in häuslichen Diensten, im Haushalte der Herrschaft lebend 1067. Den Hauptanteil mit 12 402 Personen oder 45,6 Proz. nahm die Industrie auf. — Einen bedeutenden Anteil an Frauen wiesen nur die im Haushalte der Herrschaft dienenden Frauen (93,1 Proz.) und die von eigenem Vermögen usw. Lebenden (48,5 Proz.) auf.

Ihrer sozialen Stellung nach waren die meisten in Berlin erwerbstätigen Frauen Arbeiter bzw. gehörten der arbeitenden Klasse an. Die in wechselnder Lohnarbeit und in häuslichen Diensten Erwerbstätigen gehören wohl alle dieser Kategorie an, ebenso die Mehrzahl der in der Industrie und im Verlehdgewerbe Tätigen; nur im Handelsgewerbe überwiegen die Massen der Selbständigen (2159 = 35,1 Proz. aller im Handelsgewerbe Erwerbstätigen) und der Angestellten (1820 = 20,6 Proz.) die der Arbeiter (2166 = 55,3 Proz.). In der Industrie waren erwerbstätig

	als	Männer	Frauen	Zusammen	%
Selbständige usw.		1 570	449	2 019	16,3
Angestellte usw.		1 057	67	1 124	9,1
Arbeiter usw.		8 114	1145	9 259	74,6
Uebersamt	abf. / %	10 741 / 86,6	1681 / 13,4	12 402 / 100,0	

Unter den in der Industrie erwerbstätigen Fremden waren also nur 13,4 Proz. Frauen. — Der sozialen Stellung nach hatten die Arbeiter die erdrückende Mehrheit; fast $\frac{3}{4}$ aller waren Arbeiter, noch nicht $\frac{1}{4}$ waren selbständig und $\frac{1}{11}$ als Angestellte tätig.

Von den industriellen Berufszweigen beschäftigten besonders die folgenden namhafte Mengen von Ausländern: die Industrie der Verlehdung und Reinigung 8738, der Metallverarbeitung 1558, die Industrie der Maschinen, Werkzeugen, Instrumenten und Apparate 1384, der Holz- und Schnitzstoffe 1243, der Nahrungs- und Genussmittel 1120, das Baugewerbe 923 usw. Von allen diesen Industrien beschäftigt nur das Verlehdungs- und Reinigungsgewerbe eine größere Anzahl Frauen (1302 = 34,8 Proz.). Dieses Gewerbe ist auch das einzige, in dem aus begrifflichen Gründen verhältnismäßig viele Ausländer selbständig sind (1107 = 29,6 Proz.).

Von den 6991 hier anwesenden Russen waren 4741 erwerbstätig. Sie hatten sich zumeist der Industrie zugewandt (2006 = 42,8 Proz. aller von ihnen Erwerbstätigen), 984 = 20,7 Proz. waren im Handelsgewerbe tätig, 484 = 10,2 Proz. im öffentlichen Dienst und den sogenannten freien Berufen, 831 = 17,5 Proz. lebten von eigenem Vermögen, Renten und Pensionen. 11 776 der 15 624 Oesterreicher in Berlin waren erwerbstätig, davon über die Hälfte, 6999 = 51,2 Proz., in der Industrie, 3192 = 20,8 Proz. im Handelsgewerbe, 688 = 5,8 Proz. im öffentlichen Dienst und den freien Berufen, 597 = 5,1 Proz. lebten von eigenem Vermögen usw. — Auch die Ungarn, Schweizer usw. sind zumeist in der Industrie und im Handel tätig, während bei den Engländern und Amerikanern diese Beschäftigungen zurücktreten; sie sind größtenteils in öffentlichen Diensten und den freien Berufen hier tätig, und eine bedeutende Anzahl hält sich offenbar zum Vergnügen, Studien halber hier auf oder verkehren in Berlin ihre Renten. F. W.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage).

Tarifbewegung in der Wäschebranche.

Daß es den Arbeitern und Arbeiterinnen der Wäsche-Industrie bitterer Ernst mit der Durchsetzung ihres Tarifes ist, das bewies die imposante Versammlung, die am Freitagabend in Stellers Saal stattfand, schon durch ihren ungewöhnlich starken Besuch. Portiere und Galerien waren überfüllt. — Bekanntlich ist den Wäsche-Fabrikanten ein Tarif eingereicht worden, der die traurigen Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen ein wenig aufbessern will, so daß ihnen wenigstens ein einigermaßen erträgliches Dasein ermöglicht wird. Wie der Referent Keller unter anderem ausführte, liegen die Verhältnisse in der Wäsche-Industrie gegenwärtig so, daß meist 12 Stunden und darüber gearbeitet wird. Junge Mädchen an der Wästmachine ver-

dienen oft nicht mehr als 5 bis 6 M. und Näherinnen 12 bis 13 M. in der Woche. Die im Tarif aufgestellten Forderungen sind so maßvoll, daß sie von vielen Arbeiterinnen der Branche als zu niedrig bezeichnet werden. — Den Fabrikanten ist eine Frist zur Entscheidung über den Tarif gesetzt, die heut (Sonntag) mittags 12 Uhr abläuft. In allen Fabriken, wo den Arbeitern, bezw. ihrer Vertretung bis zu diesem Zeitpunkt keine befriedigende Antwort erteilt ist, wird heut abend die Arbeit niedergelegt. An 68 Firmen ist der Tarif gefordert worden, davon haben bis jetzt 3 außerhalb des Fabrikanten-Verbandes bewilligt, die übrigen haben sich bisher noch nicht geäußert. Wenn sich die Unternehmer nicht im letzten Augenblick noch eines Besseren besinnen, so bricht heute abend in der Wäschebranche ein Lohnkampf aus, an dem zunächst wenigstens 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Das hat die imposante Versammlung gestern durch Beschluß ausdrücklich bekräftigt.

Versammlungen.

Die Droschkensführer Berlins und Umgegend beschloßen gestern abend in einer außerordentlich zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung, den bestehenden Tarifvertrag, der am 30. November d. J. abläuft, zu kündigen. Das Bureau wurde beauftragt, diesen Beschluß den Arbeitgebern zu unterbreiten und Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages auf folgender Grundlage anzubahnen: Der Tagelohn der Fahrer erhält entweder bei 10 Mark Einnahme 2 Mark Grundlohn und 25 Proz. und besorgt die Wagenwäsche oder er erhält bei 12 Mark Einnahme 2 Mark Grundlohn und 25 Proz. ohne Wagenwäsche. Außerdem werden verschleißbare Räume zur Aufbewahrung der Sachen verlangt usw. Der Vertrag soll nur für ein Jahr abgeschlossen werden.

Zentralverband der Töpfer. Eine sehr zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung der Filiale Berlin fand am Freitag im Gewerkschaftshaus statt und befaßte sich zunächst mit dem bevorstehenden Goutag, der am 22. Oktober in Fürstentum abgehalten wird. Als Delegierte zum Goutag wurden gewählt: Rudolf Schmidt, Hans Sorg, Cronfeld, Wilh. Haase, Max Kemmich, Otto Taubert und Paul Nalae. — Eine lange und recht lebhaft abgehaltene wurde sodann über den zweiten Punkt der Tagesordnung geführt, über die Frage: Wie hat sich nach dem 1. Oktober der Arbeitsnachweis zu gestalten? An diesem Tage treten nämlich die Beschlüsse der Münchener Generalversammlung des Töpferverbandes in Kraft und damit auch der Beschluß, monatlich an Orten, wo einseitige, das heißt nichtparteiliche Arbeitsnachweise bestehen, das Umschauen gestattet sein soll. — Gegen ungefähr 100 Stimmen nahm die Versammlung folgende Resolution an, und lehnte es damit ab, sich dem Beschluß des Verbandstages zu fügen.

„Da durch die bisherige Durchführung des obligatorischen Arbeitsnachweises das entwürdigende Umschauen nach Arbeit vermieden wird und die Regelung von Angebot und Nachfrage sich zum Vorteil nicht nur einzelner, sondern aller Kollegen vollzogen hat, und man auch nur dadurch eine genaue Uebersicht über die Lage des Arbeitsmarktes erhält; da es ferner nur durch den Arbeitsnachweis möglich ist, bei Eintreten einer schlechten Konjunktur eine genaue Kontrolle darüber zu führen, ob der Tarif innegehalten wird, beschließt die heutige von circa 1200 Kollegen besuchte Versammlung: der obligatorische Arbeitsnachweis bleibt bestehen; jedes Umschauen ist verboten.“

Zur Ausarbeitung eines neuen Reglements oder einer neuen Geschäftsordnung ist ein aus 7 Personen zu bildendes Kuratorium zu wählen, das zugleich als Schiedsgericht zu fungieren hat. Der Entwurf des Reglements ist einer der demnächst stattfindenden Mitglieder-Versammlungen vorzulegen.“

Nachdem diese Resolution angenommen war, legten Proberg und Hein ihre Reserven als Mitglieder des Arbeitsnachweiskuratoriums nieder, und Partsch protestierte als Vertreter des Verbandsvorstandes gegen den Versammlungsbeschluss. Hierauf wurde die erwähnte siebenköpfige Kommission gewählt.

Sodann wurde über die Fensterfrage beraten und dazu wieder die bereits im vorigen Jahre durchgeführte Resolution angenommen, monach vom 15. Oktober ab auf den Bauten nur dann weiter gearbeitet werden soll, wenn jeder Töpfer durch genügende Vergütung oder Verfrachtung der Fenster vor Zugluft geschützt ist. Die Resolution soll den Bauherren und Arbeitgebern zugesandt werden. Jeder Kollege hat sich streng danach zu richten. Bei Arbeitsniederlegung wegen der Fensterfrage wird vom vierten Tage der Arbeitslosigkeit an Unterstützung gezahlt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 6. Oktober. (B. L. W.) Abgeordnetenhause. (Fortsetzung.) In seiner Rede führt der Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch weiter folgendes aus: Die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten, geheimen Stimmrechts sei eine Frage von so überaus weitgehender, ja grundsätzlicher Bedeutung für alle öffentlichen Angelegenheiten, daß sie keines Crachtens nur mit großem Ernste, mit der größten Objektivität und nur nach reiflicher Prüfung aller Argumente für und wider gelöst werden könne. Deshalb werde er auch nicht unterlassen, heute von dieser Stelle auf alles dasjenige zu erwidern, was in der gestrigen Rede des Sprechers der Sozialdemokratie an Hoß, Spott und an persönlichen Angriffen enthalten gewesen sei. (Bravorufe.) Es wäre keine glückliche Lösung, wenn irgend eine Nationalität des Reiches durch das allgemeine Stimmrecht um jene Vertretung im Abgeordnetenhause käme, die sie nach ihrer kulturellen und geschichtlichen Bedeutung zu beanspruchen berufen sei. In solchem Falle bilde das allgemeine Stimmrecht nicht nur ein gefährliches, sondern ein sehr kurzlebige Experiment. Das österreichische Parlament sei nicht nur die Vertretung der Parteien und einzelner politischer Anschauungen, sondern auch die Vertretung der Nationalitäten. In England bestimme bisher das allgemeine gleiche Stimmrecht nicht, Deutschland habe es zwar für den Reichstag als Erbschaft der Einheitsbestrebungen des Jahres 1848 übernommen, doch fehle es auch hier nicht an Versuchen, die nivellierende Macht des allgemeinen Stimmrechts abzuschwächen. Das allgemeine Wahlrecht bestimme eigentlich nur in Deutschland und Frankreich, zwei Staaten, die auf einheitlicher nationaler Grundlage beruhen. Oesterreich sei am wenigsten geeignet, nach irgend einer Etablonen registriert werden.

Abg. Dzieduszycki (Pole): Die Polen verschließen sich nicht der Notwendigkeit der Ausdehnung des Wahlrechts, doch könne diese Angelegenheit nicht im Wege der Dringlichkeitsanträge und ohne Rücksicht darauf gelöst werden, daß dieses Parlament ein Länderparlament sei. — Fortis (italien. Vereinigung) glaubt, die durch das allgemeine Wahlrecht ins Haus entsandten/Vertreter würden einen noch stärkeren Rückhalt im Volke haben und ihre Stimmen könnten dann im Parlamente nicht ignoriert werden. — Dr. Wenger (deutsche Fortschritt.) erklärt, er könne nicht für die Anträge stimmen, solange nicht für eine gebührende Vertretung aller Nationalitäten Garantie geschaffen sei. — Ofner (bei keiner Partei) appelliert an die Deutschen sowie die Fortschrittsparteien, ohne Hast für das allgemeine Wahlrecht einzutreten. — Stein (alldeutsche Vereinigung) erklärt, die Alldeutschen würden für die Dringlichkeit stimmen und den Antrag, die Festlegung der deutschen Staatsprache betreffend, hierbei erneuern. — Lecher (deutsche Fortschrittspartei) tritt gleichfalls für das allgemeine gleiche Wahlrecht unter Wahrung der nationalen Autonomie ein. — Auch Derxattka (deutsche Volkspartei) spricht sich für die Dringlichkeitsanträge aus. — Schöpfer (christl.-soz. Vereinigung) tritt gleichfalls für das allgemeine Wahlrecht ein. Bei der dann folgenden Abstimmung wird die Dringlichkeit sämtlicher Anträge abgelehnt. Nach Verlesung des Berichts des Referenten wird die Sitzung sodann unter großem Lärm geschlossen.

Parteigenossen! Am Sonntag ist Flugblattverbreitung in ganz Berlin!

Der zweite Tag des Kolonial-Kongresses.

Im Mittelpunkt der heutigen Verhandlungen des Kolonial-Kongresses stand ein Vortrag des Generalleutnants z. D. v. Liebert-Berlin über die politische, militärische und volkswirtschaftliche Bedeutung einer starken Seemacht.

Der Redner, bekanntlich einer der Hauptmatadore des Flottenvereins, erklärte zunächst eine starke Flotte für eine Würdigung für die Erhaltung des Friedens und die Machtstellung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie habe neben dem Worte Militarismus noch den Begriff Marinismus aufgestellt, um der großen Belastung des steuerzahlenden Volkes Ausdruck zu geben. Demgegenüber falle es nicht schwer nachzuweisen, daß die Kriegsschiffe die beste Stütze und Sicherheit für den Volkswohlstand, für das Anwachsen des Reichtums und für die Machtstellung der Nation sei. Zunächst bedürfe Deutschland einer starken Seemacht zur Verteidigung seiner Rassen gegen eine Flotte, zum Schutze des Ueberseehandels, der zurzeit einen Wert von 8 Milliarden Mark habe. Der deutsche Handel habe sich erst zu dieser bedeutenden Ziffer erhoben, seitdem er unter der deutschen Nationalflagge gehe. Vor allem bedürfe die gewaltig angewachsene Industrie der stetig und gleichmäßig gesicherten Zufuhr der Rohstoffe und des ebenso gesicherten Exports ihrer Erzeugnisse. Es konnte aber auch speziell in Betracht, daß vielmals Zehntausende von Arbeitern mit ihren Familien vom Schiffbau lebten. Auf den kaiserlichen Werften seien 1898 nur 12 000, 1905 aber 17 000 Arbeiter beschäftigt gewesen. Damals habe das Durchschnittseinkommen des erwachsenen Arbeiters 1200 M. betragen, gegenwärtig betrage es 1354 M. Ein großer Teil des Marinebudgets fliehe in die Taschen der Arbeiter. Der Unternehmensgewinn falle hier fort. Die deutsche Arbeiterbevölkerung sei daher an dem Ausbau der deutschen Flotte außerordentlich interessiert. Wenn Vebel es durchsetzte, daß keine Kriegsschiffe mehr gebaut werden, so wäre das für die Arbeiter eine so folgenschwere und verhängnisvolle Maßregel, daß die Arbeiter vorausichtlich mit der Revolution antworten würden. Daß Deutschland ohne Kriegsschiffe keine Kolonien zu erwerben vermöchte und daß es ohne Kolonialbesitz für die Zukunftsohnmachtigkeit lahm gelegt und in die traurige Rolle Oesterreichs herabgedrückt werden würde, brauche er vor der versammelten Zuschauerschaft wohl nur zu erwähnen, ohne es näher begründen zu müssen. Preußen sei durch die gewaltige Arbeit an seiner Armee nicht verarmt, sondern groß und mächtig geworden. Das Deutsche Reich habe die gleiche Aufgabe an seiner Marine zu erfüllen. Es dürfe sich nicht durch abgedroschene Redensarten wie unproduktive Ausgaben und Ueberlastung der Steuerzahler abschrecken lassen. Fahre es fort an dem Ausbau seiner Flotte, werde es erst zu Lande und zur See machthebend dastehen, dann werde sich das Wort bewahrheiten, das 20. Jahrhundert gehöre den Deutschen.

Daß diesen Ausführungen stürmischer Beifall folgte, ist ein Zeichen für den geistigen Tiefstand einer Zuschauerschaft, die die unglaublichsten Behauptungen ohne Prüfung in den Kauf nimmt, ohne auch nur einen Versuch eines Beweises zu verlangen. Der Auffassung, daß eine starke Flotte im Interesse der industriellen und handelspolitischen Entwicklung Deutschlands notwendig sei, sind wir bereits gestern in unseren Mandatglossen zu dem Vortrag des Dr. Helfferich entgegengetreten. Ebenso schlecht ist es um die Behauptung bestellt, daß eine starke Flotte Würdigung des Friedens sei. Gerade das Gegenteil ist richtig. Je stärker Deutschlands Flotte wird, mit desto stärkerem Mißtrauen werden die ausländischen Mächte, in erster Linie England, dann aber auch Amerika, die deutsche Politik verfolgen. Schon die bekannten Drohungen der englischen Admirale und Politiker gegen Deutschland beweisen, welchen intensiven Grad das Mißtrauen in England bereits erreicht hat. Auch ist es gar nicht möglich, unsere Flotte so stark zu machen, daß sie der englischen oder auch nur der amerikanischen die Wage halten könnte. Gerade in dem neuesten Flottenjahrbuch wird ja darauf hingewiesen, daß England auch nach dem Ablauf des Flottengesetzes noch circa die dreifache Stärke an Linien-schiffen und großen Kreuzern besitzen wird wie Deutschland. Auch Amerika, das sich erst in letzter Zeit auf die Weltpolitik geworfen hat und der fehlenden Notwendigkeit wegen, gleichzeitig eine starke Landarmee zu unterhalten, in der Lage ist, Deutschlands selbst forcierteste Flottenrüstungen jederzeit weit zu überflügeln. Gegen diese beiden Gegner kann also Deutschlands Flotte niemals aufkommen. Aber gerade diese beiden Länder kämen als eventuelle Gegner Deutschlands überhaupt nur in Frage. Ein Krieg gegen Frankreich oder Rußland würde nicht zur See, sondern zu Lande entschieden werden. Man sieht also, wie sinnlos die Behauptung ist, daß gesteigerte Flottenrüstungen Deutschland irgend eine Garantie für die Erhaltung des Friedens böten. Auch zu einer Verteidigung der deutschen Rassen gegen eine Flotte würde, sofern England und Amerika als gegnerische Mächte in Frage kämen, eine noch so starke deutsche Kriegsschiffen nicht ausreichen. England brauchte nur einen Kaperekrieg gegen die deutsche Handelsflotte zu führen und die deutsche Schifffahrt wäre vollständig lahmgelegt. Durch eine Truppenspolitik vermag also Deutschland gegen die überseeischen Nationen nichts auszurichten, sondern nur durch eine verständige Friedenspolitik, die alles vermeidet, was das Mißtrauen und die Eifersucht Englands und Amerikas hervorzurufen könnte.

Geradezu abgelehnt aber ist der Versuch, nachzuweisen, daß die deutsche Arbeitererschaft aus wirtschaftlichem Interesse für Flottenbauten eintreten müsse. Ganz unwichtig ist es namentlich, daß der größte Teil der Flottenausgaben in Gestalt von Arbeitslöhnen in die Taschen der Arbeiter zerfließen. Von den fünf Milliarden, die nach dem Flottengesetz bis zum Jahre 1917 für unsere Flotte aufgeworfen sind, entfallen nur 1759 Millionen auf Schiffsbauten und Armierungen, sowie Werft- und Hafenanlagen. Die übrige Summe entfällt auf fortdauernde Ausgaben, Indiensthaltungen, Unterhaltung des Marinepersonals, Kasseinzinsen (nicht weniger als 400 Millionen Mark!) und den Marinepensionetat. Zwei Drittel der Ausgaben für die Flotte kommen also für die Arbeitererschaft gar nicht in Frage. Aber auch von den 1700 Mill. entfällt nur ein kleiner Teil auf die im Kriegsschiffbau beschäftigten Arbeiter. So wurden im Jahre 1902 an Löhnen auf den kaiserlichen Werften nur 20 1/2 Millionen bezahlt, während die Ausgaben für die Flotte über 223 Millionen betrugen! Unsinntig ist auch die Behauptung, daß im Schiffbau der Unternehmensgewinn fortfalle. Es ist oft nachgewiesen worden, daß

gerade die Werftaktionäre und die Panzerplattenpatrioten a la Krupp und Stumm den Löwenanteil in ihre Tasche stecken. Aber abgesehen von diesen Einzelheiten: Dem Rechenexempel des Herrn Liebert liegt eben die sinnlose Annahme zugrunde, daß die Milliarden, die für die Flotte aus den Taschen der Arbeiter in Gestalt indirekter Steuern herausgepreßt werden, überhaupt nicht konsumiert werden würden, wenn keine Kriegsschiffe gebaut würden. Diese Milliarden würden aber selbstverständlich ebenso gut konsumiert werden, ja noch viel besser, da sie von den Arbeitern in Lebensmitteln und anderen Verbrauchsartikeln angelegt werden würden. Die Arbeiterklasse hat also durch den Kriegsschiffbau nicht nur keinen Vorteil, sondern einen ganz erheblichen Nachteil.

Ganz abern aber ist die Behauptung, daß Deutschlands Handel sich erst dann entwickelt habe, als der deutsche Export unter der deutschen Flagge habe gehen können. Die Entwicklung unserer Industrie hat mit der Vergrößerung unserer Kriegsschiffe auch nicht das allermindeste zu tun. Das „kegelmäßige“ Deutsche Reich hat sich noch in den letzten Jahren — man denke an den bekannten Vorkall bei Manila, an die Verschönerung eines deutschen Kriegsschiffes in einem russischen Schwarzem Meer-Hafen und an das Nordseeabenteuer des Admirals Roschdestwenski — von größeren Mächten alles bieten lassen. Lediglich der Haitianischen Republik und dem Präsidenten Castro von Venezuela hat man die „gevanzerte Faust“ gezeigt. Ebenso sinnlos ist die Behauptung, daß Deutschland ohne Kolonialbesitz für die Zukunft zu der traurigen Rolle Oesterreich-Ungarns verurteilt sein werde. Oesterreichs industrielle und merkantile Mächtigkeit hat mit der Kolonialpolitik auch nicht das geringste zu tun. Auch wenn wir heute unsere sämtlichen Kolonien an Oesterreich veräußern würden, würde die Entwicklung Oesterreichs nicht im mindesten beschleunigt werden!

Der drohende Schlußsatz des Herrn v. Liebert, daß dem zur See machthebenden Deutschland das 20. Jahrhundert gehören werde, ist nichts als eine lächerliche Phrase und eine kindische Provokation gegenüber den anderen Mächten.

Was sonst noch verhandelt wurde, war belanglos. Höchstens war noch zu bemerken, daß Kaufmann Viktor Bremen über den Handel der deutschen Kolonien sprach und vor einer Ueberbürdung in der Entwicklung unserer Kolonien warnte. Es sei nicht richtig, daß es in den Kolonien an Kapital fehle. Es sei im Gegenteil für alle Unternehmungen Geld genug vorhanden. Richtig sei allerdings, daß das Reich in den Kolonien Bahnen baue. Diese Bemerkungen sind insofern interessant, als sie beweisen, daß die Unergiebigkeit unserer Kolonien durchaus nicht auf den Mangel an Kapital zurückzuführen ist. An Kapital fehlt es nicht, wohl aber an der Möglichkeit einer gewinnenden Anlegung desselben. Nicht einmal für die gewünschten Bahndauten wird das Kapital das Risiko übernehmen. Der Staat soll die Kosten tragen! Das deutsche Volk bedankt sich aber für Kapitalanlagen, die dem Privatkapitalisten zu riskant erscheinen!

Ferner sprach Pfarrer Richter-Schönebeck bei Belgiz über: „Der Islam, eine Gefahr für unsere afrikanischen Kolonien“. Er führte aus, daß unter keinen Umständen die Islamisierung der Eingeborenen in unseren Kolonien begünstigt werden dürfe. Dem Vordringen der arabischen Sprache und des arabischen Kultus müsse überall entgegengehandelt werden. Schließlich müsse den Sultanaten im Hinterlande von Kamerun gegenüber eine feste Politik eingeschlagen werden, die sich bewußt bleibe, daß ein schwer zu überbrückender Gegensatz der Interessen zwischen der deutschen Kolonialpolitik und ihnen bestehe. Diese Andeutungen beweisen, welche Gefahren für unsere Kolonialpolitik in dem Islam und den arabischen Sultanaten Zentralafrikas bestehen. Nach den Ausführungen des Referenten erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir eines schönen Tages auch noch in einen ungeheuren kostspieligen und opferreichen Krieg mit dem Islam verwickelt werden. In allen den unseligen anderen Kriegen ist das ein neuer Grund, unsere abenteuerliche völkerausbeutende Kolonialpolitik mit aller Macht zu bekämpfen!

Aus der Partei.

Die Berichterstattung vom Parteitag in Jena nimmt in allen von den in Betracht kommenden Organisationen einberufenen Versammlungen einen glatten Verlauf. Wie dies schon in der Parteipresse zum Ausdruck gekommen ist, so finden die Verhandlungen und Beschlüsse der Jenaer Tagung auch in den Versammlungen überall Befriedigung und die Zustimmung der Parteigenossen. Am Mittwoch nahmen, wie uns geschrieben wird, die Stuttgarter Parteigenossen in gutbesuchter Versammlung den Bericht ihrer beiden Parteitagdelegierten Wagner und Schubmacher entgegen. Die von letzterem in Jena getane Aeußerung, wonach die Stimmung gegen die Parteiführung in gewissen Grade ihren Ursprung in Stuttgart habe, führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung, an der sich auch der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Genosse Leipart, der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“ Genosse Deubardt, und vom Bureau des Metallarbeiterverbandes die Genossen Massalsch und Lanterbach beteiligten. Die genannten verwahrten sich und ihre Vorstände aufs entschiedenste dagegen, die Parteiführung über ihre Beamten von der agitatorischen Tätigkeit für die Partei zurückgehalten zu haben. Leipart wies nach, daß der folgenschwere Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftslokals, den bisher alljährlich veranstalteten Nummernzug fortzusetzen zu lassen, wodurch der Eindruck der diesjährigen Parteiführung wesentlich gelitten hat, auf das eigene Verschulden der Stuttgarter Arbeiter und keineswegs auf das Verfehlen der sogenannten Gewerkschaftsführer zurückzuführen sei. Die Beteiligung sei eben von Jahr zu Jahr schwächer geworden, so daß sich das Kartell fragen mußte, ob unter diesen Umständen der Nummernzug noch als Demonstration gelten könne. Im Verlaufe dieser Erörterungen habe man dann den Beschluß aufgestellt, daß der Nummernzug zweifellos habe in diesem Jahre die Parteiführung auch durch die Schillerfeier gelitten, die ja in Stuttgart die größten Wellen schlug und gewiß nicht auf das Schuldkonto der Gewerkschaftsführer zu legen sei. Die Parteigenossen in ihrer großen Masse sollten die Schuld für das Abflauen der Parteiführung in ihrer eigenen Laune und Gleichgültigkeit suchen, nicht aber einzelne Personen zu Sündenböcken stempeln wollen.

Diese Erörterung, an welche sich eine Beschlusfassung nicht knüpfte, wird hoffentlich die Folge haben, daß in Zukunft auch in Stuttgart die Parteitagbeschlüsse über die Parteiführung zu möglichst wirksamer Durchführung gelangen.

Im 10. hannoverschen Wahlkreis erstattete in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Hildesheim Genosse R a u d Bericht. Was die Vebelsche Resolution zum politischen Massenstreik betreffe, so sei der Inhalt ganz gut, eine ganze Anzahl von Sätzen könne von jedem unterschrieben werden, jedoch habe er,

Redner, ihr nicht zustimmen können, nachdem ein Antrag liegt, der die ausdrückliche Hervorhebung des Massenstreiks in der Resolution gestrichelt haben wollte, abgelehnt worden sei.

In der Diskussion kam allgemein die Zustimmung zu der Resolution Vebel zum Ausdruck. Einstimmig gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute im Gemeindefestsaal tagende, gut besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitag voll und ganz einverstanden, ohne dem Delegierten des Wahlkreises über seine Abstimmung bei der Resolution Vebel einen besonderen Vorwurf zu machen.“

In der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Kassel gelangte nach der Berichterstattung folgender von Scheidemann gestellter Antrag zur Annahme:

„Der sozialdemokratische Verein Kassel beschloß sofort nach dem Erscheinen der Vebelschen Broschüre über den Massenstreik mehrere Hundert Exemplare zur Gratisverteilung an die in einer bestimmten Versammlung erscheinenden Mitglieder.“

Ein neuer Streiter im proletarischen Klassenkampf ist am 1. Oktober in Gestalt der „Kemscheider Arbeiterzeitung“ auf den Plan getreten. Hoffen wir, daß sich das Blatt günstig entwickle und das Streben, Kemscheid zu einer Hochburg des Sozialismus zu machen, von Erfolg gekrönt werde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sächsisches. Der Redakteur Genosse Ernst Schubert in Zwickau, der gegenwärtig eine achtmonatige Gefängnisstrafe verbüßt, hatte sich am Montag vor dem Zwickauer Schöffengericht wegen angeblicher Beleidigung und Verunglimpfung des Gewerkschafts-Hager in Plauen zu verantworten. Im Juni dieses Jahres erschien im „Sächsischen Volksblatt“ eine Notiz, worin darauf hingewiesen wurde, daß Hager gelegentlich des Weibard-Massenstreiks Arbeitseinstellung gegen Entschädigung nach Weida vermittelt hätte. Der Arbeiterschaft Plauens wurde dieserhalb empfohlen, sich diesen Mann genauer anzusehen. Gegen diese Notiz strengte Hager Privatklage gegen unseren Genossen Schubert an. Vor Eintritt in die Verhandlung wandte sich Schubert gegen die Anklageschrift selbst, die eine Beleidigung enthalte, indem die Führer der Sozialdemokratie als Inhaber der Partei bezeichnet werden, die gewerkschaftliche Ehre anderer herabsetzten. Der Vorsitzende erklärte, daß das Wort „Inhaber“ in Anwendung auf eine Partei als nicht beleidigend aufzufassen sei. (?) Die Behauptung Schuberts wird von einem vernommenen Zeugen bestätigt. Der Rechtsbeistand des Klägers entwickelte eigenartige Ansichten über den Streit, indem er erklärte, der Streit, wie er von der Arbeiterschaft geführt werde, sei kein gesetzlich erlaubtes Mittel, welcher könne dem Kläger kein Vorwurf aus der Streiferechermittelung gemacht werden; es gäbe keinen Gesetzesparagrafen, welcher vom Streit spreche. Trotzdem kam das Gericht zur Freisprechung unseres Genossen, indem es ihm den § 103, Wahrung berechtigter Interessen, zusprach, und legte dem Kläger sämtliche entstandenen Kosten auf.

Interessant ist die Ansicht des Vorsitzenden, das Wort Inhaber bedeute im vorliegenden Falle keine Beleidigung. Was lassen natürlich die plumpen Beschuldigungen irgend eines Professors völlig gleichgültig. Interessant ist aber, zu beobachten, wie Herren, die sich zur Aufgabe gemacht haben, angebliche Beleidigungen in der Presse zu erwidern, selbst mit ungeschickten Beleidigungen operieren. Der neueste Zwickauer Fall steht nicht vereinzelt da. Bemerkenswert ist auch, daß Schöffengerichtsvorsitzende der Ansicht zu sein scheint, die Sozialdemokratie sei vogelfrei.

Das aufreizende Plakat.

Am nächsten Sonntag soll in Pfaffenberg in Bayern eine Volksversammlung stattfinden, für die auch eine Abrechnung mit bezirksamtlichen Mächten in Wallersdorf vorgehen ist. Wegen ein solches — Staat, Gesellschaft und — Bezirksamtämänner vernichtendes Vorhaben muß rechtzeitig eingeschritten werden, sagte sich der Bezirksamtmann Prager. Und so ließ er an alle Ortspolizeibehörden seines Wahlkreises folgenden vertraulichen Erlaß ergehen:

Nr. 5317. Wallersdorf, 27. September 1905. R. Bezirksamt Wallersdorf. An sämtliche Ortspolizeibehörden.

Betreff: Vertraulich.

Aufreizung zum Klassenhaß.

In den letzten Tagen ist versucht worden, im Amtsbezirk ein Plakat zu verbreiten, in welchem zu einer sozialdemokratischen Versammlung aufgefordert wird, in welcher gegen die Pächswirtschaft und das herrschende Benehmen der Beamten in Wallersdorf protestiert werden soll. Die Bürgermeister des Amtsbezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß zum Aufschlag, zur Anheftung und Verteilung dieses Plakates gemäß § 30, Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 7. April 1874 und gemäß Art. 12 des Aufh.-Gesetzes zur Reichs-Str.-O. polizeiliche Genehmigung erforderlich ist.

Da dieser Aufruf der öffentlichen Ordnung zuwiderläuft und persönliche Angriffe strafbarer Natur einerseits, andererseits die nach Art. 2 und 16 des Reichsgesetzes vorgeschriebene Anzeige der betreffenden Versammlung nicht erstattet ist (cf. Gemeindezeitung 1900 Nr. 6 S. 82/83), erhalten die Herren Bürgermeister hiermit den Auftrag:

1. Die polizeiliche Genehmigung zur Verteilung bezw. zum Aufschlag des Plakates zu versagen bezw. die Plakate nicht abzustempeln.

2. Etwa vorhandene Exemplare der Plakate vorläufig zu beschlagnahmen.

3. Denjenigen, der die Plakate unbefugt verteilt, nach Art. 12 des Aufh.-Gesetzes zur Reichs-Strafprozessordnung der Amtsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen. Gegebenenfalls ist sofort anber zu berichten.

Doch: „Wohhaft ist der Sozialist“. Und so macht sich die „Münd. Post“ daran, dem Herrn Bezirksamtmann, der durchaus gar nicht ein Plakat sein will, sehr hübsch belehrend und noch dazu gratis nachzuweisen, daß er gerade ein Plakat ist. Einmalen er sich souverän über die Bestimmungen des Versammlungsgesetzes hinwegsetzt, alles zu dem Zweck, sein Bezirksamt vor dem Vergleiche mit einem Plakat zu bewahren. Der übermäßige Eifer des Herrn ist sehr verdächtig. Und so kann man gespannt sein, was in der Versammlung sonst noch pschamähiges zur Sprache kommt.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Warenpreise. Während im September vorigen Jahres die Preisböhe vieler Waren einen Rückgang erfuhr, sind im September des laufenden Jahres die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel weiter über das Augustniveau hinaus gestiegen. Zwar fehlt es auch diesmal nicht an vereinzelten Rückgängen, jedoch überwiegen die Preissteigerungen. Eine sehr wichtige Verbilligung, die für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, weisen Kartoffeln auf. Im September 1904 kostete der Doppelzentner 4.00—10.00 M., im September laufenden Jahres 2.50—5.00 M. Dieser Preis wird aber noch vielfach unterboten. Getreide ist, wie das nach der Ernte regelmäßig zu geschehen pflegt, gleichfalls im Preise gesunken, aber weniger stark als 1904. Dabei notiert Weizen niedriger als im Vorjahre, Roggen,

die hauptsächlichste Drobfucht, nicht unbeträchtlich höher. Der Doppelcentner kostete nämlich im September Mark:

	1903	1904	1905
Weizen	159	178	172
Roggen	129	140	151
Hafer	132	150	156

Gegen 1903 steht Roggen um 25 M. oder um rund 20 Proz. höher. Die Steigerung hat auch auf die Mehlpreise eingewirkt; Roggenmehl notierte im Vorjahre 17,20—18,50, dagegen im September dieses Jahres 19,50—20,50. Weizenmehl ist entsprechend der Bewegung des Getreidepreises zurückgegangen. Butter und Eier sind dieses Jahr um ein Geringes billiger als im Vorjahre. Höher stehen Erbsen, Bohnen und Äpfeln, von denen namentlich letztere im September merklich angezogen haben. Vieh und Fleisch zeigen noch immer den ungewöhnlich hohen Preisstand.

Stark angezogen haben infolge der Verteuerung des Schlachtviehs auch die Fischpreise. Namentlich die besseren Qualitäten werden höher gehandelt. Diese Steigerung weist auf eine starke Zunahme des Fischfangs in Kreisen hin, die in Zeiten normaler Schlachtvieh-Preise Preise wenig oder gar nicht konsumieren. Von anderen Waren, die für den Haushalt der minder bemittelten Bevölkerung noch eine wichtige Rolle spielen, sind noch Kaffee, Zucker und Petroleum wegen eingetretener Preisänderungen zu nennen. Kaffee ist gegen August gemindert, steht aber höher als im Vorjahre. Zucker ist nicht nur gegen den Vormonat, sondern auch gegen 1904 wesentlich billiger geworden. Dagegen hat Petroleum infolge der Produktionsunterbindung im russischen Kaschthagebiet eine kräftige Steigerung erfahren. Noch im August stand es mit 4,80 M. niedriger als im August und September 1904. Im September laufenden Jahres ist es dagegen bis auf 6,90 M. gestiegen. Für Brennstoffe sind im September die höheren Winterpreise eingetreten.

Dem arbeitenden Volke eröffnen diese Preissteigerungen recht trübe Aussichten auf den Winter. Alles wird teurer; stellen aber die Arbeiter entsprechend der zunehmenden Verteuerung ihrer Lebensbedürfnisse höhere Lohnforderungen, fällt die ganze Ordnungspresse vom konservativen Kreisblatt bis zum demokratischen Vorkampfblatt tödend über sie her.

Wohnpreissteigerungen im hannoverschen Erdölgebiet. In letzter Zeit wird von Agenten und Unternehmern mehrfach der Versuch unternommen, Grundbesitzer und Gemeinden, die sich bereits durch den Abschluß von Verträgen der ihnen nach dem hannoverschen Vergrecht zustehenden Eigentumsrechte am Vergabebau begeben haben, zu dem Eintritt in neue Verträge zu veranlassen, indem ihnen allerhand verlockende Versprechungen gemacht werden.

Hiergegen richtet sich, wie die „National-Zeitung“ mitteilt, eine Warnung des Rechtsanwalts Schneider in Celle, der auf einen ganz speziellen Fall Bezug nimmt, und zwar auf die Detschafen Jeverßen, Bannege, Reihendorf und Hornhofel. Diese Gemeinden haben seinerzeit mit Herrn Koffro in Hannover Bohrverträge abgeschlossen; hier sind nun inzwischen andere Unternehmer tätig gewesen, um die Gemeinden und Grundbesitzer zu Grundstücksverkäufen und neuen Verträgen zu verlocken. Gegen diese geschäftlichen Manöver richtet sich die Warnung des Rechtsanwalts, die gleichzeitig auch an die Adresse der Unternehmer gerichtet ist, welche mit den juristisch gebundenen Grundbesitzern Bohr-, Ausbeutungs- oder Verkaufsverträge abgeschlossen wollen. Die Grundbesitzer wollen nämlich durchaus über Nacht reich werden, fordern, trotzdem für sonst fast wertlose Leckländerien in der Heide von den industriellen Unternehmern bereits sehr hohe Preise geboten werden, neuerdings Pacht- oder Kaufsummen, die einem industriellen Werk bei einer eventuellen Produktion, deren Vorhandensein doch erst festgestellt werden muß, keinen Nutzen mehr lassen würden. Die Summen, die die junge Erdölindustrie der Lüneburger Heide den Heidebauern gebracht und sie zu reichen Leuten gemacht hat — in Wiege gibt es sogar Millionäre —, liegen bei den Bauern fest und sind dadurch dem allgemeinen Verkehr entzogen. Der Heidebauer sitzt auf seinem Geldsack und hat weiter kein industrielles Interesse, ohne zu bedenken, daß die Industrie es war, die ihn zum reichen Mann gemacht hat.

Herr Schneider hat nicht unrecht, wenn er die starre, sich über alle Verträge hinwegsetzende Gewinnsucht der Heidebauern rügt, nur sind die Bohrunternehmer um keinen Deut besser, sondern eher noch einige Grade profitlicher. Sie suchen die Bauern nach allen Regeln der Kunst zu pressen und sich gegenseitig die besten Terrains abzugeben. Wie früher in den amerikanischen Petroleumgebieten, so hat sich auch in dem hannoverschen Erdölgebiet der widerwärtigste kapitalistische Interessentkampf eingestellt, in dem jeder den anderen ohne irgend welche Rücksichtnahmen zu überbieten sucht. Das ist kapitalistische Moral.

Die Internationale Bohrergesellschaft zu Crefeld, die, wie wir bereits mitteilten, für das letzte Geschäftsjahr 100 Prozent Dividende zahlte, kündigt in ihrem letzten Geschäftsbericht an, daß sie den ihr durch das lächerliche Gamppe-Mitungsbeschränkungsgebotenen Vorteil voll auszunutzen gedenkt. Sie weist in ihrem Bericht darauf hin, daß man wieder in erster Linie auf die weitere Sicherstellung der für eigene Rechnung erworbenen Felderkomplexe Bedacht genommen habe, ein Verfahren, dessen Zweckmäßigkeit insbesondere im Hinblick auf die inzwischen im Landtage angenommene Ver Gamp durchaus gerechtfertigt erscheint. Die Gesellschaft werde auch weiterhin ihre Tätigkeit darauf zu richten haben, die ihr nach dem genannten Gesetz offen gelassenen Nutzungsbezirke innerhalb der ihr zur Verfügung stehenden Frist durch Wiederbringen der erforderlichen weiteren Bohrungen vollständig zur Einmütung zu bringen. Die Gesellschaft sei hierzu umso mehr in der Lage, als sie die Kohlenfelder in Westfalen und am Niederrhein zu günstigen Bedingungen an die Rheinisch-Westfälische Bergwerks-Gesellschaft m. b. H. verkauft habe und ihr die aus diesem Geschäft sowie aus einigen weiteren Verkäufen zu leistenden Anzahlungsbeträge die Möglichkeit böten, über erhebliche Geldbeträge zu verfügen.

Differenzierwand. Die vierte Strafkammer des Hamburger Landgerichts hatte sich gestern mit der Frage zu beschäftigen, ob die Erteilung von Vorkaufsanfragen mit der deutlich zum Ausdruck gebrachten Absicht, im Verlaufe regelmäßig den Differenzierwand zu erheben, strafrechtlich als Vertragsbruch charakterisierbar. Das Gericht kam zu einer verneinenden Entscheidung.

Gewerkchaftliches.

Kapitalisten in der „Notwehr“.

In Hannover findet, wie wir schon gemeldet haben, ein ähnlicher Vorgang wie der in der Berliner Elektroindustrie, eine Aussperrung, wenn auch nicht in dem riesigen Umfang. Dort ist in der Maschinenfabrik von Georg Eggestorf A.-G. das gesamte Personal ausgesperrt, weil die Präker mit einem Lohnabzug nicht zufrieden waren. Gewiß werden auch hier die Soldschreiber des Unternehmertums von der Unmöglichkeit sein, die Ansprüche der Arbeiter zu befriedigen und werden den Gewaltakt in einen Akt der Notwehr umfassen. Da ist es denn interessant zu wissen, daß fast um dieselbe Stunde, in der den Präker in Hannover gesagt wurde: „Wenn Ihr für das Geld nicht arbeiten wollt, dann seid Ihr entlassen“, der Aufsichtsrat in einer Sitzung in Berlin den Aktionären bekannt gab, daß der Bruttogewinn der Fabrik in diesem Jahre 2 141 901,98 M. beträgt, gegen 2 114 220,83 M. im Vorjahre — 27 000 M. mehr. Zur Abschreibung, Reservestellungen und Gewinnanteile werden 978 418 M. gegen 961 860,07 M. verwandt; 2 Proz. Dividende sollen, wie im Vorjahre, verteilt und 35 33,06 M. gegen 33 024,10 M.

auf neue Rechnung vorgetragen werden. — Den auf die Strafe gemachten 10 Arbeitern wollte man den Lohn um 10 Proz. kürzen. In dem Betriebe arbeiten etwa 2000 Arbeiter. Zwei Millionen Mark haben sie mehr erarbeitet, als ihnen an Lohn ausgezahlt ist, das macht für jeden Arbeiter rund 1000 Mark! Diesen Mehrwert stecken Kapitalisten vernünftig in die Tasche, Kapitalisten, die nie einen Finger krümmen beim Bau einer Lokomotive. Mit aufreigender Sozialistischer Gesellschaftsordnung zum Bewußtsein gebracht. Die Direktion der Fabrik sorgt nun nicht etwa dafür, daß die Arbeiter, die den Gewinn schaffen, daran einen Anteil haben, sie will im Gegenteil den Arbeitern den Lohn kürzen, um den Aktionären die Taschen noch mehr mit Gold zu füllen.

Berlin und Umgegend.

Lochbewegung der Straßenbahner.

In der Straßenbahnerversammlung, die im Gewerkschaftshause jene von uns bereits mitgeteilte Sympathie-Resolution zugunsten der Ausgesperrten annahm, wurden auch die Lohnverhältnisse der Angestellten einer kritischen Spreidung unterzogen. Vorher dem Organisationsvertreter Nathmann sprachen noch eine ganze Anzahl Fahrer und Schaffner zu der Angelegenheit. Sämtliche Redner sprachen sich mit dem Verfall der Anwesenheit einmütig dahin aus, daß angesichts der teuren Fleischpreise und der noch weiter zu erwartenden Lebensmittelverteilung mit den jetzigen Löhnen nicht auszukommen sei. Erhalten doch beispielsweise die Erspassfahrer und Schaffner nur Löhne von 2,85 M. pro Tag; sie werden also noch unter dem ortsüblichen Tagelohn bezahlt. Im Hinblick auf die stetig wachsenden Einnahmen der „Großen Berliner“ könne es wohl niemand den Angestellten verargen, wenn sie eine bessere Entlohnung verlangen. Die Forderungen sollen noch erst im engeren Kreise spezialisiert ausgearbeitet werden. Wie die Redner ausföhren, genüge es vorläufig, wenn sich die Versammlung im Prinzip mit einem Vorgehen in dieser Hinsicht einverstanden erkläre. Im übrigen könne man es nur machen, wie bisher, daß man mit Forderungen einfach über Nacht an die Direktion herantrete. Den Vorschlägen wurde zugestimmt. — Nathmann ging außerdem auch auf das Ergebnis der letzten Vertrauensmännerwahl ein, die in den letzten Tagen des September stattgefunden und mit einem namhaften Erfolg der Organisationsgremien stattfand. So wurden für die Kandidaten des Verbandes 2005 Stimmen abgegeben, während auf die Kandidaten des von der Direktion protegierten Straßenbahnervereins nur 1888 Stimmen entfielen. Der Verband stellte demnach 26, der Verein dagegen nur 14 Vertrauensmänner. Bei einem derartig erkennlichen Ergebnis will es nicht belagen, daß die Mehrheit der Angestellten dem „Verein“ angehört. Die Zugehörigkeit ist eben nur eine nominelle, weil der Eintritt in den „Verein“ „von oben“ so sehr „gewünscht“ wird. Würde man es jedem Straßenbahner wirklich freistellen, ob er dem Verein angehören wolle oder nicht, so dürfte aus dem Verein bald nur ein winziges Versehen werden. Innerlich fühlt sich die große Mehrheit der Straßenbahner zweifellos nach dem Verbands hingezogen; schon deshalb, weil vom Verbands aus noch stets die Initiative zu Verbesserungen der Lohn- und Dienstverhältnisse der Angestellten ergriffen worden ist und freiwillig alles gesagt wird, was sich die protegierten Vereinsmitglieder nicht zu sagen getrauen.

Zur Aussperrung der Federarbeiter (Weißgerber, Färber) ist zu berichten, daß die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sich mit den ausgesperrten solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt haben. Der Geist unter den Aussperrten ist ein vorzüglicher.

Der Streik der Kohler hat bis jetzt einen glänzenden Verlauf genommen. 15 Firmen haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen und ein Flugblatt herausgegeben, in welchem sie verlangen, ihre Auftraggeber zur Rücksicht zu bewegen. Einer von diesen 15 Unternehmern hat gleich am Tage darauf, nachdem er das Flugblatt seiner „Kollegen“ unterschrieben hatte, die Forderungen anerkannt. Die Baumeister und Bauunternehmer haben sich schon in großer Zahl an das Bureau gewandt, um Kohler zu bekommen. Sie wollen gerne noch mehr zahlen, als im Tarif verlangt wird, und haben die Firmen, welche bewilligt haben, schon sehr viele Aufträge erhalten, so daß täglich eine Anzahl der Streikenden in Arbeit gehen. Die isolierten Kohlebedarfsfabrikanten versuchen nun mit aller Kraft, den Firmen die bewilligt haben, das Material abzuschneiden. Dadurch aber schneiden sie sich ins eigene Fleisch. Es entstehen täglich neue Firmen, welche die Forderungen anerkennen und auch so kapitalistisch sind, das Material von etwas weiter her in genügender Menge beziehen zu können, zum Teil sogar zu billigeren Preisen. Die Lohnkommission sieht diesen Firmen mit Vorbehalt bereitwillig zur Seite, so daß manche von den halbtägigen Herren überhaupt nicht mehr zu bewilligen brauchen, weil sie überflüssig werden. — Mit großer Mühe suchen die Herren in Stettin Arbeitswillige. Doch vergebens. Einer der nach hier verlockten „Arbeitswilligen“, der gestern angekommen ist, erwidert im Streitbureau und warnte von hier aus selbst seine Kollegen, welche am Sonntag nachkommen wollten, durch ein Schreiben. Er selbst fährt heute noch nach Stettin zurück, ohne auf das Reisegeld zu warten, welches ihm die Firma Juliusberg nach 14 tägiger Arbeit zurückerstattet wollte.

Deutsches Reich.

Die „erhobene Hand“. In der Jahrtabfabrik Brandenburgia zu Brandenburg hatten seinerzeit die Arbeiter gemeinschaftlich die Ueberstunden verweigert, weil ein Aufschlag von 30 Prozent für Ueberstunden nicht zustanden wurde. Darauf wurden die Arbeiter ausgesperrt. Als dann mit einer Anzahl älterer Arbeiter und der Lehrlinge der Betrieb unregelmäßig fortgeführt wurde, versuchten die Aussperrten, jene Leute zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Infolge einiger Szenen, die sich dabei abspielten, wurde der Arbeiter B. in zweiter Instanz wegen Ueberretung des § 153 der Gewerbeordnung und wegen Körperverletzung zu indolent 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Stille unserer Schouerrromantik schilderte das Landgerichtliche Urteil, daß die Streikposten in drohender Duldung die lieben Arbeitswilligen von Strafe zu Strafe verfolgt hätten, bis der moralische Widerstand der Arbeitswilligen zu einer Schlägerei geführt habe, bei der man auch den Angestellten B. habe die Hand erhoben sehen. — Auf die vom Rechtsanw. Dr. Heinemann eingeleitete und vom Rechtsanw. Ruhn am 6. Oktober vor dem Kammergericht vertretene Revision hob der erste Strafsenat das Urteil hinsichtlich der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht. Begründet seien die Äußerungen der Revision mit insofern, als der an sich tätige § 240 des Strafgesetzbuches (Nötigung) in Betracht käme, dessen Nichtberücksichtigung den Angestellten deshalb beschwere, weil er im Gegensatz zum § 153 der Gewerbeordnung auch Geldstrafe zulasse. Im übrigen seien aber die Tatbestandsmerkmale des § 153 der Gewerbeordnung richtig festgestellt, insbesondere sei mit Recht eine Vereinerung als Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen angenommen worden, da feststände, daß die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit von der Bedingung eines 30prozentigen Lohnaufschlages für Ueberstunden abhängig machten. — Gegen die Feststellung einer Körperverletzung durch B. lasse sich nichts einwenden. Es genüge die Feststellung, daß B. bei der ganzen, in einer Schlägerei endenden Affäre „bewußt mitwirkte“ und daß ein Zeuge sah, daß B. die Hand erhob und niederfallen ließ.

Zum Kampf im Vangewerbe in Königsberg. Kürzlich meldeten wir, daß der Zentralverband der Maurer, um endlich den Frieden im Vangewerbe herbeizuföhren, an den Arbeitgeberverband für das Vangewerbe ein Schreiben gerichtet hat, in dem er sich mit der Bildung einer Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten ein-

verständnis erklärt und nun — nachdem der Streitpunkt beseitigt ist, den Vertrag auf fünf Jahre schließen wollte. Der Arbeitgeberverband ist aber jetzt auch darauf einverstanden, da er das so späte Einlenken als nicht ganz einwandfrei ansah. So geht der Kampf weiter. Daß diese Einigung nicht zustande gekommen, daran sind am meisten die „christlich“ organisierten Maurer schuld. Diese haben dem Arbeitgeberverband, ihrem Vormund und Beschützer abgeraten, auf die Einigung einzugehen, da sie bei der gegenwärtigen Situation am meisten profitieren. Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Königsbergs hat auch in einer Verlautbarung Stellung zu dem Vorgehen des Zentralverbandes genommen und dasselbe scharf verurteilt. Wie verfahren die Bewegung der Maurer in Königsberg ist, kann man am besten an der Resolution sehen, die der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer angenommen hat. Sie lautet:

„Die heutige Versammlung protestiert gegen das arbeiterverräterische Vorgehen des Zentralverbandes der Maurer Westfalens (Zweigverein Königsberg) und erblickt hierin eine die Arbeiterinteressen schädigende Erniedrigung vor dem Arbeitgeberverband. Sie erklärt ferner, von einem Zusammengehen mit dem christlichen Verbands nach wie vor Abstand zu nehmen.“

Wenn sich die Bruderorganisationen so zerfeilschen, dann muß ja das Unternehmertum davon nur gewinnen.

Der Konflikt in der thüringischen Textilindustrie.

Gera, 5. Oktober. (Sig. Ver.) Die Geraer Weber und Weberinnen hatten vorige Woche beschlossen, die Fabrikanten um erneute Verhandlungen über den Lohnstatus zu ersuchen, was diese mit dem Bemerkten ablehnten, wenn die Weber das Gebotene nicht annähmen, sie gar nichts zugelegt bekämen. Das hat große Erregung hervorgerufen. Heute wurde in einer Versammlung der Streik im Prinzip fast einstimmig beschlossen. Morgen, Freitag, sollen die Arbeiter der drei Firmen Weißflog, Münch sowie Bardagi u. Deser die Kündigung auf 20. Oktober einreichen. Die Kündigungsscheine wurden von fast allen Anwesenden unterschrieben. Die fehlenden Arbeiter sollen um ihre Unterschrift zur Kündigung morgen vormittag ersucht werden. Es soll dann von der Verbandsleitung geprüft werden, ob die Beteiligung genügt, um die Kündigung tatsächlich einzureichen und dann am 21. Oktober den Streik zu beginnen. Der anwesende Vertreter des Zentralverbandes des deutschen Textilarbeiter-Verbandes erklärte zu diesem Vorgehen und zu dem Streik das Einverständnis des Vorstandes, was jubelnd begrüßt wurde. Die Arbeiter der übrigen Fabriken werden vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen.

Eine Privatdepeche meldet uns:

Gera (Reuh), 6. Oktober. In vier Webereien kündigten von 1095 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen 917.

Damit hat der Kampf begonnen!

Aus der Frauenbewegung.

Deutscher Verband für Frauenstimmrecht.

L. H. D. Mit der öffentlichen Abendversammlung am 5. Oktober erreichten die Veranstaltungen der bürgerlichen Frauen ihren Abschluß. Der geräumige Saal in der „Resource“ war überfüllt, aber die Teilnehmerinnen der Versammlungen waren übermüdet, abgespannt; Hel. Heymann, die als dritte Rednerin vorgesehen war, konnte wegen Erkrankung gar nicht erscheinen. Die Tagesordnung sollte lauten:

„Männerpolitik und Frauenkritik.“

Fraulein Dr. Schirmacher sprach als erste Rednerin über die ganz spezielle Erscheinung der Dismarktenpolitik und zog den Schluß, daß die Einseitigkeit der deutschen Männer, die im Gegensatz zu den Polen ihre Frauen von der Arbeit für die nationalen Interessen eugherzig fernhalten, während jede Polin eine feurige Agitatricin ist, in den Dismarken eine Quelle der nationalen Schwäche für uns wird. — Um unsere Meinung zu diesem Referat zu sagen, genügt es, hier zu bemerken, daß Fraulein Schirmacher ihr gesamtes Material nur vom Dismarkenverein bezogen und ihre Meinung ganz den Polakistenbestrebungen angepaßt hatte. Was Fraulein Dr. Schirmacher im radikalen Flügel der deutschen Frauenbewegung noch will und soll, ist uns unverständlich. Im Gegensatz zu Fraulein Schirmacher, in deren Kopfe zuweilen radikale neben viel reaktionären Ideen friedlich beieinanderhausen, ist Schirmacher durchaus und konsequent reaktionär in allen ihren Anschauungen und Äußerungen. Wie sie vor zwei Jahren im Falle der Einführung des Stimmrechts für die Frauen dies nur beanspruchte für die Besitzenden und gebildeten Frauen, also ein unerbittliches Klassenwahlrecht, so bekamte sie sich gestern rückwärts zu der von allen Seiten als verfehlt beurteilten Ausnahmepolitik gegen die Polen. Und als Herr v. Gerlach in der Diskussion sich bemühte, ihr das einseitige Moment nachzuweisen, das darin liegt, daß sie ihre Meinung nach der offiziellen Parole des Dismarkenvereins sich gebildet habe, trotz all dem eskalanten Mißerfolge dieser Politik, berief sie sich in ihrem Schlusswort auf — Eismord und war unartig genug, dem besten und geduldigsten, unermüdbaren Freunde der bürgerlichen Frauenbewegung zu sagen: „Herr v. Gerlach ist ein großer Mann, aber Eismord war größer!“ Hel. Dr. Augsburg als zweite Rednerin des Abends wollte das allgemeine Gebiet der Männerpolitik behandeln und Frauenkritik daran üben. Es sei aber im voraus gesagt, daß ihr dies in keiner Weise gelungen ist. Sie unterzog das Schulwesen eingehender Betrachtung, die Rechtszustände, das Kultuswesen, die Wirtschaftspolitik, die auswärtigen Beziehungen, und abte daran Kritik. Aber sie brachte dagegen nichts vor, was nicht schon von unseren Politikern in tausend Zeitungsartikeln, Broschüren, öffentlichen und parlamentarischen Verhandlungen viel besser und viel schärfer gesagt worden wäre und was namentlich von der Sozialdemokratie jeden Tag und jede Stunde besser und einseitiger in allen seinen wechselseitigen Beziehungen und Beziehungen dargelegt wird. Daß unsere Schule eine Klassen- und nicht eine Volks- und eine freie Schule sei, daß sie nicht imstande ist, selbständige, geistig freie Menschen für das Leben zu bilden, wird von keinem Einsichtigen bestritten; daß die Verquickung von Staat und Kirche eine Vergeudung des Geistes ist, darunter feuchten wir seit Jahrhunderten; daß unsere Klottenpolitik das Volk wie eine Nitrone ausgepreßt, daß unsere Kolonialpolitik eine unfruchtbare, zweifelhafte, kulturwuchernde ist, dagegen lämpfen unangelegentlich alle unsere Politiker, die sich ihre unabhängige Meinung bewahren konnten; daß unsere auswärtige Politik von Grund aus verfaulicht ist und der östlichen Barbarei Zukunftsdiene leistet, während sie sich konsequent mit der Zivilisation des Westens verfeindet, wissen wir alle nicht erst seit Marokko. Und geradezu großartig wirkten in der Versammlung noch dem hier angebotenen Aufbau des Referats die von Dr. Augsburg gezogenen Schlußfolgerungen. Sie erinnerte daran, daß wir eine Volkspartei seien, daß wir Parteien hätten und daß die Frauen, wenn sie in der Politik Wandel schaffen wollten, sich auch mit den Parteien beschäftigen müßten. Konservativ und Zentrum lehnte sie glatt ab, ebenso die Sozialdemokratie, trotzdem „wir“ dieser Partei großes verdanken und es eigentlich nur ihr schulden, wenn wir als Nation nicht noch tiefer gesunken seien, als es der Fall ist; aber sie treibe eine unerbittliche Klassenpolitik, mit der die Frauen unzulänglich überkommen können. Sie sei dann noch der Liberalismus von all den Nebeln das kleinste schallende Getöse aus dem Publikum, das diesmal auch eine ansehnliche Zahl von Männern enthielt, wenn er auch immer noch ein großes Uebel sei. Wohl sei der Liberalismus nicht mehr liberal, wohl habe er alle freirechtlichen Ideale verleugnet, alle seine Verheißungen konsequent nicht gehalten, seine Interessenpolitik zu treiben begonnen, seine Aufgabe ganz vergessen — aber die Frauen müßten hier ihre Ideale hochhalten, sie seien konsequenter als die Männer, sie müßten, in die alten Fehler der Männerpolitik zu verlassen, dann werden sie ihrer Heberzeugung nach wirklich dazu beitragen können, den Liberalismus zu regenerieren und seinen ursprünglichen, kulturellen Bestrebungen wieder zuzuföhren.

In der Diskussion verteidigte Fräulein Schnee-Bromberg die Vollpolitik, die ihre Verehrung habe, verteidigte das Schultwein, das nicht so sehr an den Persönlichkeiten fräulein, und wendete sich gegen den von Dr. Kugspurg ausgesprochenen Gedanken einer Mutterkassierente statt der gewöhnlichen Mutterkassierententwertung. Gerade dagegen, daß die Frauen nur in ihren Funktionen als Mütter eingeschätzt würden, kämpfte doch die Frauenbewegung, und deshalb sei der Gedanke der Mutterkassierententwertung verfehlt.

Herr v. Gerlach bemühte sich wieder mit viel Geduld, aus dem bisher Gesagten das Positive herauszufinden, ins richtige Licht zu setzen und zu ergänzen. Er erhofft speziell von der Beteiligung der Frauen am Strafrecht, von der Rhythmisierung ihrer pflanzlichen und pädagogischen Talente reformierende Wirkung. Schließlich warnt er noch vor einem Bündnis mit dem Liberalismus schlechthin und empfiehlt als einzig mögliche Parole für die Frauen: Mit der Linken gegen die Rechten. Nach verschiedenen anderen Diskussionen über Frau Wegscheider-Ziegler Prinzipien, aber durchaus wohlwollende Kritik an dem verfehlten System der Referate, die durchaus keine spezifische besondere Frauenkritik an Männerpolitik zutage gefördert hätten. Eine solche Frauenkritik sei aber wohl möglich und könnte nur Nutzen stiften. Die Frauen, nicht gebunden an die historische Entwicklung des geltenden politischen Lebens, könnten diesem neuen Blut zuführen, sie könnten den Wahlspruch: „Die Politik verdirbt den Charakter“ zunichtem machen, sie könnten für die gestaltende Politik neue Maßstäbe zeigen, aber sie dürfen nicht in den Fehler verfallen, die bisherigen ausgefahrenen Gleise der Politik mit zu betreten, sondern müßten von Grund aus neue Wege bahnen. Leider wurde diese Kritik von Fräulein Maria Ziegler-Hamburg sehr schroff und hochmütig zurückgewiesen, womit sich im Schlußwort Anita Kugspurg ausdrücklich identifizierte — ein neuer Beweis für unsere stets vertretene Anschauung, daß es unmöglich, ja zwecklos sei, die bürgerliche Frauenbewegung auf ihre fortwährenden Inkonsequenzen und die sich daraus ergebenden Fehler hinzuweisen, Fehler, die umso verhängnisvoller für sie werden müssen, je mehr und je eifriger sie sich in die politischen Kämpfe einmischen.

Weisensee. Der hiesige Frauen-Vereinsverein hielt Montag, den 2. Oktober, eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Herr Schumy hielt einen Vortrag über das Interesse der Frauen an der Armen- und Waisenpflege. Referent erklärte in kurzen Umrissen die Armen- und Waisenpflege in der Gemeinde und führte unter anderem an, daß durch Krankheit und Todessfall in der Familie des Arbeiters sehr leicht die Not eintreten kann, und daß gerade hier die Frau am besten geeignet ist, tröstend und helfend einzugreifen. Redner begrüßte es mit Freuden, daß in der letzten Gemeinderats-Sitzung in Anregung gebracht wurde, von jetzt ab auch Frauen als Armenpfleger zu verwenden, bemängelte aber, daß die Frau nur mit beschränktem Recht als Beihilfe fungieren soll. Es wurden 14 Deputierten in Vorschlag gebracht. Gleichzeitig wird noch bekannt gegeben, daß am 16. Oktober eine Wanderversammlung im Café Reitz, Berlinerstr. 11, stattfindet. Herr Dr. Mauerbrecher spricht über Frauengeld.

Ein Sittenbild aus dem Gegenwartstaat.

Aus Offenbach a. M. schreibt man uns: In Offenbach am Main ereignete sich am 28. Mai eine furchtbare Tat: beim Einholen von Beiträgen für den Verein „Ceres“, eine Organisation zum gemeinsamen Kostenbezug, wurde ein zwölfjähriges Mädchen namens Rosa Härdert ermordet. Als Täterin wurde noch am selben Tage die Ehefrau des Glasergewerks Lohn verhaftet, die auch alsbald die Tat eingestand. Am Dienstag ist das Weib von den Geschworenen in Darmstadt zum Tode verurteilt worden, die Ergebnisse der Prozessverhandlung haben aber einen jähen Umkehrpunkt der Stimmung gebracht, die im Publikum gegen die Mörderin herrschte; wurde das Weib erst als Bestie verurteilt, so gilt sie jetzt mehr als Opfer, als Opfer der Brutalität und Selbsthüte ihres Gatten!

Die Ehe der zwei ist feinerzeit durch den Stuppelmarkt der bürgerlichen Presse zustande gekommen. Lohn war Witwer und brachte aus erster Ehe drei Kinder mit, drei gebar ihm auch die zweite Frau, alle leben, das jüngste ist ein Säugling. Die Frau war als Mädchen immer „in besseren Häusern“ bedient, mit dem kleinen Einkommen des Arbeiters verstand sie schwer zu wirtschaften. Der Mann hielt aber auch die Frau knapp: er verdiente wöchentlich 25 bis 30 Mark, davon erhielt die Frau 10,50 Mark für Fleisch, Gemüse und Materialwaren; Brot, Kohle, Miete, überhaupt fast alles andere bezahlte der Mann. Immerhin: mit 10,50 M. bei acht Köpfen auskommen, ist in der teuren Stadt Offenbach ein Kunststück, zwar viele Arbeiterfamilien haben noch weniger, doch die Lohn kam nicht aus und machte Säulden. Deswegen und aus anderen Ursachen Jervollnisse, schließlich Drohung des Mannes: wenn die Frau nicht binnen drei Tagen eine Schuld von 10 M. bezahlt, gibt es Prügel. Am Ernst der Drohung konnte die Frau nicht zweifeln, sie ist von ihrem Gatten wiederholt mißhandelt worden, hat allerdings auch selbst schon eine gerichtliche Bestrafung wegen Mißhandlung eines ihrer Stiefkinder erlitten.

In ihrer Ratlosigkeit, woher das Geld nehmen, wurde das Weib Mörderin. Als die kleine Härdert ins Bett kam, hat die Lohn sie abgewürgt, hat die Geldsacke mit 81 M. Inhalt ihr abgenommen und dann die Leiche in eine Bodenlampe geschickt. Unmittelbar vor der Tat hatte das Weib noch den eigenen Säugling getränkt! Die Tat wurde, wie gesagt, sofort entdeckt, und die Mörderin gestand alles. Zur Verhandlung gewaltiger Andrang des Publikums, elegante Damen hielten auf den Tribünen vom Morgen bis zum Abend aus —, in demselben Darmstadt, dessen Theater so schlechten Besuch hat, daß es sich kaum halten kann. Die Sensationslust war aber auch Lohn der bürgerlichen Presse vorher zum höchsten Punkt geschrieben worden: brachte doch die „Kleine Presse“ in Frankfurt, ein Ableger der großen „Frankfurter Zeitung“, Bilder des Opfers, der Mörderin mit ihrem Kinde und ein Bild von der Mordstätte. Die Bilder der Mörderin und ihres Kindes hat der Gatte der Mörderin der „Kleinen Presse“ unmittelbar nach der Tat verkauft, und er hat demselben Blatte gegen Bezahlung erlaubt, eine Photographie der Mordstätte (Rüde der Kojischen Wohnung) aufzunehmen und zu publizieren. Geschäftlich stützte sich auch die „Kleinen Presse“ auf die Industrie über den Stoff her und vervielfältigte die Bilder der „Kleinen Presse“ nochmals als „Groß aus Offenbach!“ Die große „Frankfurter Zeitung“ reißt nun den armen Teufel Lohn moralisch herunter, daß aber die Schuld des Ablegers der „Frankf. Ztg.“ viel schwerer wiegt, wird nicht gesagt. Und doch, der Lohn hat ein Paar Mark gefressen mit den Bildern aber wurde in der „Kleinen Presse“ auf schändliche manier Sensation gemacht, der Neherung des Verlagskapitals zu lieb!

Allerdings weiß der Charakter des Lohn noch andere gleichartige Taten auf. Hat der Mann es doch fertig gebracht, am Tage nach der Mordtat zum Bureau eines Versicherungsbereichs zu rennen und befragt zu fragen, ob er die Summe, mit der das Leben seiner Frau versichert ist, erhalten wird, sobald seine Frau eingestiegen sei! Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Frau nicht zur Mörderin geworden wäre, hätte sie in günstigeren sozialen Verhältnissen gelebt. Die kleinlich-austreibende Sorge, die völlige Ausichtslosigkeit, zurecht zu kommen, hat sie zur Verbrecherin gemacht. Freilich wäre die Tat doch nicht geschehen, hätte nicht der Ehegatte die Miere durch seine Knauerei der Frau gegenüber verschlimmert und ihr auf mancherlei Weise das Leben erschwert. Das hat der Verteidiger der Mörderin, Rechtsanwält Dr. Dopp, Darmstadt, sich nicht entgehen lassen — und er ging noch ein Stück weiter und appellierte gleichsam an den poli-

tischen „Ordnungssinn“ der Geschworenen. Wörtlich heißt es in seiner Rede:

„Die Angeklagte ist stillschweigend in die Ehe gekommen, und sie hat viele Beweise von Herzengüte gegeben. Mit ihrer Ehe begann für sie eine Leidenszeit; sie wurde die Magd, die Elavin ihres Mannes. Immer die Sorgen um die Kinder, um den Haushalt, und das alles mit 10 M. in der Woche! Was hat sie ausstehen müssen! Was ist von den Frauenrechten, welche die Genossen des Herrn Lohn so viel im Munde führen, für diese Frau übrig geblieben? Ihr hat er alle Sorgen überlassen. Er hat sie nicht im mindesten geachtet, sondern auf den Klatsch anderer mehr gegeben als auf sie. Dazu kommen die Meinungsverschiedenheiten in politischer und religiöser Beziehung, die häufigen Mißhandlungen nicht nur körperlich, sondern auch moralischer Art, und schließlich die fortwährenden Duldereien mit der Erziehung der 10 M., die sie sich von der „Fortuna“ entziehen hatte, nicht um sich Mißereien zu verschaffen, sondern um Anschaffungen für die Familie zu machen.“

„Die Genossen des Herrn Lohn“. Und bürgerliche Mütter schmähen schnell einen Begriff auf die Sozialdemokratie daraus: Seht den Sozialdemokraten Lohn, der moralisch die Schuld an der Mordtat trägt! Die „Frankfurter Ztg.“ allerdings bedächtig ausdäunernd, wenn sie sagt, dieser Mann, der moralische Genossenschaft seiner Frau, erdreiste sich, eine Rolle in derjenigen politischen Bewegung zu spielen, die für sich in Anspruch nimmt, die Befreiung der ganzen Menschheit von Unterdrückung und Ausbeutung jedweder Art zu erstreben.“

Nun denn: das „Offenbacher Abendblatt“ hat jetzt gesagt, was Gutes in dieser Angelegenheit selber Frau ist. Es stellt fest: Lohn ist eines der unentbehrlichen, für den Staat so nützlichen Elemente, die in hohem Maße Verdienstleistungen geleistet haben und denen der Schutz und das Lob der Ordnungsparteien gilt, denen zuliebe ein Justizhausgesetz gegen Arbeiterorganisationen erlassen werden sollte. Er ist ehemaliger Arbeiterführer. Wenn Offenbacher Glasergewerk vor drei Jahren wurde Lohn Streikbrecher und er ist damals wegen dieser Handlung aus der Organisation ausgeschlossen worden. Allerdings hat man wohl geduldet, daß er wieder in Genossenschaft sich mischte; man hoffte, er werde unter sozialdemokratischem Einfluß allmählich einen Begriff bekommen von dem, was sich für ehrenhafte Arbeiter geltend; doch zeigte sich: der Streikbrecher ist und er bleibt fast immer ein moralisch brüchiges Subjekt, er ist wie zum Verbot der Kameraden so zu anderen Schandtat bereit, wenn es Geld bringt.

Dieser Lohn ist Fleisch von der bürgerlichen Gesellschaft und zu allererst ist die Sensationspresse berechtigt, ihm Vorwürfe zu machen, diese selbe Presse, die um schändlichen Geldgewinn alle Gräben des Volksgewissens vergräbt!

So ist diese traurige Sache, dieses furchtbare Drama in allen Einzelheiten ein getreues Abbild der Verderbnis, die der Kapitalismus im stillen Empfinden anrichtet.

Gerichts-Zeitung.

Ein Bankswindel, bei welchem mehrere kleine Handwerksmeister ihr sauer erworbenes Geld verloren, bildete gestern den Gegenstand einer Anklage wegen Betruges, die sich gegen den Mauerpolier Richard Veder richtete. Mit ihm machte sich der Engroschlichter Max Gesehly wegen Beihilfe vor der Strafkammer verantworten. — Der Erschlagene, Veder, der bisher einfacher Mauerpolier gewesen war und sich schlecht und recht ernährte, fühlte plötzlich den Drang in sich, „Vomunternehmer“ zu werden. Die Tatsache, daß er selbst über kein Vermögen verfügte, konnte ihn nicht von seinem Entschluß abbringen. Mit Hilfe der Rheinischen Bank, die die Vangeder vorstreckte, avancierte Veder plötzlich zum Baumeister und baute auf dem Grundstück Michelsstr. 12 nun mit einem wahren Feuerwerk drauflos. Die Handwerker wurden anfänglich auch prompt bezahlt. Als aber die Vangedertraten immer geringer wurden und schließlich die von der Bank vorzustreckende Summe erreicht war, blieb der Angeklagte den Handwerkern das Geld schuldig, ließ aber trotzdem ruhig weiter arbeiten. Die Bauhandwerksmeister vertrösteten sich auch auf die unvollständigen Angaben des V. hin und bezahlten aus ihrer Tasche Arbeiter und Material. Das Haus war schließlich fertig. Die Forderungen der Meister beliefen sich auf Kaufende. Als sie den Angeklagten energisch mahnten, vertröstete sie dieser vorläufig damit, daß er das Grundstück verkaufen wolle und dann am Tage der Auktion den Handwerkern 14000 M. zur Verfügung stellen werde. Veder suchte in der Person des Mißangestellten Gesehly, der Kauf wurde perfekt; Gesehly zahlte am Tage der Auktion an Veder den Rest des Kaufgeldes, das dieser schließlich beibrachte und andere Säulden, die ihm beim Bau eines Hauses in der Kaiser Friedrichstraße in Rixdorf entstanden waren, damit bezahlte. Die Handwerksmeister gingen vollständig leer aus. Ein Zimmermeister hatte allein 6000 M. zu fordern. — Vor Gericht bestritten beide Angeklagte jede Schuld. Der Vertreter der Anklagebehörde hielt in dessen Veder des Betruges, Gesehly der Beihilfe dazu für überführt und beantragte gegen V. neun Monate, gegen leihgenannten sechs Monate Gefängnis. Justizrat Bronker hielt bezüglich des Angeklagten Gesehly dessen Verdacht der Beihilfe keinesfalls für festgestellt und beantragte dessen Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich auch den längeren Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung bezüglich Gesehly. Gegen Veder lautete das Urteil auf sechs Monate Gefängnis. Es geht hier wie in ähnlichen Fällen, daß die Bank, die den Mauerpolier zum Bankswindel verleitet hat, nicht gefast wird und gar ihr glänzendes Geschäft macht, während der arme Teufel im Gefängnis sitzen muß.

Unangenehme Erfahrungen mit Berliner „Ziehleuten“ mußte der Rentier Ludwig machen, der am 1. Oktober v. J. von außerhalb nach Berlin gezogen war. Schwere Herzen und nur dem Drängen seiner „besseren Hälfte“ folgend, hatte es D. über sich gebracht, sein trauliches und ruhiges Heim weit draußen in der Mark zu verlassen und fortan in der Großstadt zu leben. Am meisten fürchtete sich D. vor dem Umzuge: dreimal umgezogen, gleich einmal abgebrannt, sagte er mehr wie einmal. Inmitten des furchtbaren Wirrwarrs, den jeder Umzug mit sich bringt, ahnete D. schon wiederholte Schwermutsgebanen, die wohl daraus entstanden, daß er zwar den wohlgefüllten Tabaksbeutel, nicht aber seine schöne Meerlammfelle befah, die nach dem Umzuge vielleicht in dem Topf mit eingemachten Preiselbeeren wiedergefunden wurde. — Endlich waren alle Sachen in Berlin auf dem Nordbahnhofe angelangt. Um ganz sicher zu gehen, hatte D. bei einer der bestenrenommierten Expeditionsfirmen Berlins einen Möbelwagen bestellt, der seine Sachen vom Bahnhof nach der Klosterstraße schaffen sollte. Nicht wenig erstaunt war D., als statt der verordneten vier „Ziehleute“ deren acht anrückten, die anscheinend schon genügend für des Leibes Nahrung und Notdurft in der nächsten Desinfektion gefordert hatten. Der Umzug ging auch glatt vonstatten. Die Möbel wurden wieder abgeladen und einweilen teils im Haus, teils auf der Straße unter freiem Himmel aufgestellt. Ludwig glaubte schon erleichtert aufatmen zu können, als ihm eine neue unangenehme Überraschung bereitet wurde. Der Vorarbeiter der Ziehleute trat plötzlich an D. heran und fragte mit einer nicht mißzuverstehenden reißenden Bewegung des Daumens und Zeigefingers, wie es mit dem Trinkgeld stehe. Als D. ihm die vorher verabredeten fünf Mark ausstrecken wollte, wies er das Geld zurück und verlangte zwölf Mark Trinkgeld, anderenfalls sei alles stehen lassen und nach Hause gehen würden. Da es zu allem auch noch zu regnen anfing, so daß die auf der Straße stehenden Möbel vollständig ruiniert worden wären, zahlte D., dem Zwange gehorchend, die verlangten zwölf Mark. Ungleich aber erleichtert er gegen den Vorarbeiter, der das Geld von ihm erpreßt hatte, Strafanzeige. Unter der Anklage der Erpreßung mußte sich der Vorarbeiter Georg Müller nunmehr gestehen vor der 3. Strafkammer verantworten. Der Gerichtshof hielt mit Rücksicht darauf, daß dergleichen Erpreßungen angezeigter Ziehleute in letzter Zeit ziemlich

überhandnehmen, eine exemplarische Strafe für angemessen und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Vermischtes.

Perückenmacherzunft und Perückenträgerzunft. Die zünftigen Barbier in Königs-Hütte und Umgegend wollten sich gegen die Konkurrenz der Kur-Häufcher schützen und zugleich gegen die Kassauer, die einen Wochenbart noch keinen Groschen wert halten. Sie erließen ein Inzerat, in dem es hieß: „Vom 1. April 1905 bis zum 1. April 1910 kostet bei uns das Rasieren von Perionen, die länger als eine Woche nicht rasiert sind, 20 Pfennige.“

Am Schluß aber hieß es, daß alle Perionen, die ohne polizeiliche Anmeldung das Barbiergeerbe ausüben oder auch dadurch pfänden, daß sie einer den anderen rasierten oder ihm die Haare schneideten, sei es auch gratis und selbst in der eigenen Familie, strafrechtlich verfolgt werden würden.“

Diese radikale zünftliche Strafandrohung, die selbst vor der hiesigen Perückenmacherzunft nicht Halt macht, regte nicht bloß das Kassauer Publikum auf, sondern auch die zünftigen Juristen. Ein Protest entstand gegen den Führer der zünftigen Barbier und gegen den Mediateur der Zeitung, die das Inzerat aufgenommen. Das Publikum soll durch das Inzerat belästigt und somit grober Unfug verübt worden sein. Der Redakteur war wichtig genug, zu behaupten, das Publikum sei nicht belästigt, sondern belustigt worden. Darüber haben sich nun schon Schöffengericht, Landgericht und Oberlandesgericht die gelehrten Köpfe zerbrochen und noch ist das zünftige Stück nicht aus. Das Oberlandesgericht fand zwar die verhängte Bestrafung noch nicht genügend begründet, erkannte aber nicht einfach auf Freisprechung, sondern auf Zurückverweisung an das Landgericht in der Erwartung, daß es noch bessere Gründe beibringen könne.

Man soll also die zünftigen Perückenmacher nicht tadeln, sie haben an den zünftigen Perückenmacher zünftige Würde.

Unterzahlungen eines Bürgermeisters. Aus Offenbach wird berichtet: Der Bürgermeister in Kappelrodt, Hermann Haas, hat sich gestern abend der Staatsanwaltschaft mit 25000 M. Anschuldigung gestellt, daß er als Kassierer des Volkshausvereins etwa 30000 M. unterschlagen und für etwa 60000 M. Wechsel gefälscht habe. Die Unterschlagungen habe er seit etwa 15 Jahren betrieben.

Das Eisenbahnenetz der Erde hat in Jahresfrist wiederum 2139 Kilometer zugenommen, es umfaßt am Schluß des letzten Jahres nicht weniger als 859355 Kilometer. Die meisten Eisenbahnen hat Amerika (432018 Kilometer), Europa besitzt „nur“ 300420 Kilometer, Asien 74546, Australien 26723 und Afrika 25039 Kilometer. Die Reihenfolge der wichtigeren Staaten nach der Ausdehnung des Eisenbahnenetzes ist folgende: Vereinigte Staaten von Amerika 334034 Kilometer, Deutsches Reich 54426, europäisches Rußland 53258, Frankreich 45226, Britisch-Indien 43372, Oesterreich-Ungarn 38818, Großbritannien 36148 Kilometer. In der Dichtigkeit des Eisenbahnenetzes, d. h. dem Verhältnisse der Eisenbahnkilometer zur Fläche der Länder, steht das industriereiche und dichtbevölkerte Belgien von jeher obenan; ihm folgen das Königreich Sachsen, Baden und Elsaß-Lothringen. Das Archiv für Eisenbahnen hat sich auch der Nähe unterzogen, die Anlagelängen aller Eisenbahnen der Erde auszurechnen. Danach stellt sich der Kilometer Bahnlänge in Europa durchschnittlich auf 292998 M., in den übrigen Erdteilen auf nur 149200 M. Unter Zugrundelegung dieser Werte ergeben sich als Anlagelapital für die Eisenbahnen Europas 88,01 Milliarden, für die übrigen Erdteile 88,89, insgesamt für das ganze Eisenbahnenetz der Erde rund 171 1/2 Milliarden Mark.

11 Personen ertrunken. Laut Meldung aus Reykjavik (Island), ist am 16. September bei Akranes ein Segelboot gefahren und die ganze aus 11 Personen bestehende Besatzung ertrunken.

Petroleumquellen in Afrika. Wie die Times aus Kapstadt berichtet, ist im Nordwesten der Hochebene Karoo Erdöl entdeckt worden. Ein einheimisches Syndikat hat die Option auf drei Millionen Acres Land in diesem Distrikte erhalten, wo es weitere Nachforschungen vornehmen will.

Die Pest in Ostafrika. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Dantyre von gestern: Die Pestepidemie ist in Ostafrika (Port-Ostafrika) ausgebrochen. Mehrere Personen sind bereits der Krankheit erlegen.

100 Arbeiter verschüttet. Aus Petersburg kommt folgende entsetzliche Meldung: Freitag morgen ist in der Wesschankafaja ein im Bau befindliches fünfstöckiges Gebäude eingestürzt. Unter den Trümmern sind 100 Arbeiter begraben; bisher sind nur sieben schwerverletzt geborgen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Abstinenz. Alkohol ist — ein schuldiger Sie die Härte des Ausdrucks — eine Weiterläufe: zuerst Freund, dann Feind. — Quadratmeter. Ein Quittung. Frage wiederholen. — Weisensee. Sache der Gewerkschaftskommission, Engel-Wer 15. Wo Quittung? — Bierlachs. Briefkasten müssen grundsätzlich uneröffnet bleiben. — Zirkelismus. Wissen wie nicht. Gatten Sie sich davon fern. Beste Auskunft erteilt immer noch der gelungene Bekand. — G. G. Rein. — N. B. 100. 1. Ja, aus Berliner. 2. 3 Prozent. 3. Friedrich Karl-Wer 6. — A. B. 1. Ja. 2. Kart der sogenannten Große. — Pantow. A. B. „Angefahr“, also ohne Gefahr. — Ziegler. B. H. Der letzte Teil der Frage ist unklar. Annahme von Preußen 16-17 Millionen Mark. Andere sehr erhebliche Remuneration von Kontorwärter. — Rüdiger. Rüdiger durch die Hoch- und Hauschule hier, Kreuzbergstr. 77. — Ried. Danzigerstraße. Kalender Sache der Geschäftsstelle, nicht der Redaktion. — R. Erlangen. Tagebuch einer Berlinerinnen von Margarete Böhm. Verlag J. Fontane u. Co. Berlin-Grüneburg. Rüdiger über Preis, Bezug usw. durch jede Buchhandlung. — S. Spandan. Die Nummer kann leider jetzt nicht festgestellt werden. — W. 225. Solche Empfehlungen vermeiden die Redaktion grundsätzlich. Senden Sie sich an eine treue Buchhandlung. — S. G. Gold darin bel. welchem überlegend. — Relling. Das Alter ist unbekannt. Fragen Sie daher direkt an. — N. B. 101. Dem Intendanten, Direktor oder Kassierer eines Theaters mit einem geeigneten Begleichschreiben zu überreichen; vielleicht auch persönlich zu übergeben. Wo Quittung? — 1885. Rüdiger durch Herrn Lamm, Belehender der Arbeiter-Bildungsschule, Kreuzbergstr. 36. — O. Rein. Braunschweig. 1. Der preussische Staat. 2. Durch die Berliner Oberstaatsanwaltschaft zu erfahren. 3. Wenden Sie sich selbst an den Herrn Grafen Hestor. 4. Richtig. Die Feste zählt bei solchen Gelegenheiten immer der Steuerzahler. — Gabel. Andrea liegt im Salon mit Strindberg am 11. Juli 1897 auf; seitdem verstorben. — N. B. 2. Fahren Sie eine Besondere ruhig und langsam durch: zunächst bei dem Refektor, sodann bei dem Schulinspektor und Schulkart; schließlich bei der Schuldeputation. Notfalls geht man energisch weiter. — W. S. Kolbergerstraße. Wir bitten Sie, die Angelegenheit zunächst der Gewerkschaft zu unterbreiten.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Besuche: abends 7 Uhr. — N. B. 21. Das Mädchen konnte sich nur blickverwehrend an das Gericht wenden. — W. B. 31. Vor Eingehung der zweiten Ehe muß eine Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern stattfinden. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie S. 224 Nr. 19 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Antrags. Wahrscheinlich ist der Nachlass (zur Zeit des Todes des ersten Ehemannes) und das damals gültige Gesetz. Für die Ehe bestand Gütergemeinschaft, und zwar, wie es scheint, nach Stettiner Statuten, nämlich auch nach üblichem Recht oder der Bauernordnung, ergänzt durch die Gütergemeinschaft des Landrechts. Welche Art Gütergemeinschaft bestand, hängt nun dem ersten nach dem Ehevertrag gememorten Wohnort ab. Das Gericht berücksichtigt bei der Auseinandersetzung von Vermögenswerten das in Betracht kommende Recht. Soweit Ihre Angaben erkennen lassen, stellt der Witwe das Recht auf die Hälfte der Gütergemeinschaftsmasse zu. Die Kosten für Erziehung und Unterhalt der Kinder kann die Mutter keineswegs anrechnen. — N. B. 117. 1. Kinder sind ihren Eltern gegenüber gesetzlich nur soweit untertänig, als sie bei Verschickung ihrer sonstigen Verpflichtungen durch die Unterhaltsverpflichtung Eltern und der übrigen Familienmitglieder Unterhalt nicht gebühren. 2. Eine Frau besitzt nicht. Sie können nur Ihre Forderung einbringen und dann Verkauf des Kleides durchsetzen lassen. — N. B. 112. Trotz des Ausschusses der

Zwölfte Generalversammlung des Tabakarbeiter-Verbandes.

Dienstagnachmittag-Sitzung.

Heising gibt zunächst noch einige Aufklärungen über die Sortierfrage, aus denen er folgert, daß die Schuld doch bei den leitenden Personen der Sortierer liege.

Clement-Dresden: Wenn in Dresden von den Zigarettenarbeiterinnen die Lohnforderungen nicht gestellt worden wären, so hätte der Trußt eben eine andere Gelegenheit zur Erprobung der Macht gesucht.

Auch eine weibliche Delegierte aus Dresden tritt der Sektionsbildung entgegen. Die Fabrikanten wollten bloß die Sektion, weil sie glauben, in der Sektion mit den noch unerfahrenen, zu wenig vorgebildeten Arbeiterinnen allein besser fertig zu werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In seinem Schlussworte bespricht Deichmann zunächst die einzelnen zum Vorstandsbericht gestellten Anträge. Dann kommt er noch einmal auf die Zentral-Krankenkasse, die in einigen Gegenden ein großes Hindernis für den Verband sei.

Reiser will in seinem Schlussworte der irrigen Auffassung vorbeugen, daß er der Meinung sei, durch die faulen Elemente, die dem Verbande nur der Unterstühtungen wegen beitreten, sei das Anwachsen des Verbandes zu erklären.

Nach dem Austausch von persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung über die Anträge 1-24 geschritten. Als von allgemeinerem Interesse seien aufgeführt: Antrag 2, die Herausgabe einer Informationschrift für die Zahlstellen, wird angenommen; Antrag 9 und 10 wird durch einstimmige Annahme der Resolution hienke erledigt, die besagt, daß die Generalversammlung in der Resolution der Sortierer, nach der die Tabakarbeiter alle ihrem Verbande angehörenden Sortierer dem Sortierer-Verbande zuzuführen sollen, eine Animosität gegen die dem Tabakarbeiter-Verbande angehörenden Sortierer erblickt.

Antrag 11, der den Zigarettenarbeitern die Sektionsbildung versagt, wird angenommen; Antrag 13, Erhebungen zu veranstalten, an wie viele Invaliden Krankengeld gezahlt wird und ob die Einführung eines besonderen Invalidengeldes nötig ist, dem Vorstande überwiesen; Antrag 14, ein einheitliches Unterstützungsrecht gegenüber ausländischen Verbänden durch Verträge zu schaffen, der Siebenerkommission überwiesen; Antrag 15, ein Verzeichnis der Minimallohn zahlenden Fabriken allen Konsumvereinen zuzustellen, wird ebenfalls dem Vorstande überwiesen; der Antrag 16, der den Vorstand mit dem Ausbau des Arbeitsnachweises beauftragt, und 17, der den Arbeitsnachweis so organisiert wissen will, daß alle Zahlstellen am Schluß der Woche dem Vorstande ihre Mitteilungen zugehen lassen, werden angenommen, dagegen die Anträge 18-24, welche die Wiederaufnahme von Arbeitsgesuchen in den „Tabakarbeiter“ fordern, abgelehnt.

Darauf wird die Sitzung auf Mittwoch vormittag vertagt.

Mittwochvormittag-Sitzung.

Da Punkt 2: Beratung der auf Statutenänderung abzielenden Anträge einer Siebenerkommission überwiesen wurde, so geht die Generalversammlung zu Punkt 3 über: Vorortskommis-sionen oder Gauleiter.

Referent Deichmann: Wenn der Verband mit Erfolg die Lage der Tabakarbeiter verbessern wolle, dann müsse die Organisation eine andere werden. Unter den 105 000 Organisationsfähigen nach der Gewerbezählung von 1895 seien im Verbande nur 25 000

organisiert, dazu 1500 bei den Sortierern; rechnet man noch die 2000 Christlichen und 1500 Griech-Dunderschen hinzu, so kommen doch nur 30 000 Organisierte heraus, wobei zu berücksichtigen, daß die Zahl der Tabakarbeiter seit 1895 noch gestiegen ist. In einzelnen Distrikten gebe es allerdings gute Organisationen, wie in Hamburg und Bremen, aber der Einfluß des Verbandes sei doch nicht groß, weil die dortigen Unternehmer auch in anderen Gegenden Fabriken haben, in denen unorganisierte beschäftigt werden. Wenn daher in guten Bezirken etwas unternommen wird, so halten im Reiche viele Kollegen nicht zum Verbands, und da die Unternehmer meist vorgeschobene Kommissionäre haben, so verdrängen oft selbst Organisierte Streikarbeit, ohne es zu wissen. Deshalb muß der Tabakarbeiterverband intensiver agitieren als andere Gewerkschaften. Seit 1894 habe man Vorortskommis-sionen; aber diese haben in den wenigsten Fällen ihre Aufgabe erfüllt, weil sie keine Verantwortung hätten. Es müßten also Personen angestellt werden, von denen verlangt wird, daß sie am Schlusse eines Jahres Rede und Antwort stehen über ihre Tätigkeit: das sind die Gauleiter. Freilich kommt der Kostenpunkt in Frage. Man werde sich für den Anfang wohl auf drei Beamte beschränken müssen, zwei für Baden und Elsaß-Lothringen, und einer für Westfalen oder Schlesien. Da der Vorstand 13 Gaus vorsehen habe, so müßten die übrigen vorläufig unbefolgt bleiben, einige würden es immer bleiben, weil in den betreffenden Bezirken nicht genug Arbeit für eine volle Kraft da sein werde. Die Gauleiter seien unbedingt nötig, um den Vorstand in den Stand zu setzen, daß er alle Tabakarbeiter Deutschlands in die Hand bekomme.

Frau Jähnichen: Von 70 000 Arbeiterinnen der Tabak-industrie seien nur 12 000 organisiert. Das sei der Grund der Schmuglerkurve, die gerade in der Tabakindustrie von der Frau dem Manne bereitet werde. Daher müssen die Männer mehr über den Wert der Agitation unter den Frauen aufgeklärt werden.

Dieter-Herzheim: Die Agitation muß intensiver werden, deshalb sei er für Gauleiter, nicht nur in Baden, sondern in ganz Süddeutschland. Den Vorortskommis-sionen fehle dazu die Zeit und die Unabhängigkeit. Die Gauleiter werden besonders von Erfolg sein im Kampfe gegen die Christlichen, die ihren Kampf mit Verbädigungen und Verleumdungen führen; und die unangefällige Masse glaube das alles, besonders wenn es von der Kanzel kommt.

Eberle: Die Kantabakarbeiter sind für Gauleiter in den zurückgebliebenen Gegenden, vor allem in Westfalen. Die Kosten werden durch die Erfolge ausgewogen werden, wenn diese Erfolge auch nicht sofort sich zeigen werden. Die Gauleiter werden auch den Abfall von Tarifverträgen und den günstigen Verlauf von Lohnbewegungen fördern können.

Krause-Rüsterwalde kann die Gauorganisationen nicht als das Allheilmittel anerkennen. Höhere Beiträge würden sich durchaus nötig machen, und die schwächeren Zahlstellen würden durch nicht tragen können. Auch würde die Anstellung der Gauleiter das Interesse der einzelnen Mitglieder für die Teilnahme an der Agitation einschläfern, sie würden sich auf die Gauleiter verlassen.

Anne: In Speyer sei man ursprünglich gegen besoldete Gauleiter gewesen, ebenso in Mannheim, weil ihnen die Kosten zu hoch erschienen und weil eine Beitragserhöhung unvermeidlich sei. Die Vorortskommis-sionen müßten für die Agitation unbedingt bleiben.

Uhlrig: Mit den Gauleitern werde die Planlosigkeit der Agitation verschwinden. Auch zwecklose Streiks können durch sie vermieden werden. Gerade Sachsen und Schlesien könnten einen Gauleiter sehr gut gebrauchen. Eine Erhöhung der Beiträge werde nicht nötig sein, da die Kosten für zwecklose Streiks durch sie geringer werden.

Esser-Minden: In Westfalen verlangt man dringend besoldete Agitatoren, damit die fremdhaftige Agitation seltener werde. Auch für den Ausbau des Arbeitsnachweises seien die Gauleiter nötig.

Seibt-Göschl tritt für einen schlesischen Gauleiter ein, da in Schlesien, selbst in Breslau, die Verhältnisse ebenso schlechte sind wie in Süddeutschland.

Müller-Dresden kann sich für versuchsweise Anstellung von Gauleitern nicht erwärmen, da man dann keine tüchtigen Kräfte bekommen werde. Für die Zigarettenindustrie wären die Gauleiter von größter Bedeutung. In Breslau z. B. sehe es in der Zigarettenindustrie wegen der Heimarbeit ganz schlimm aus, da wäre ein Gauleiter für Schlesien und Sachsen sehr am Platze.

Lehmann-Weipzig: Die unbefolgteten Gauleiter würden unter der gleichen Abhängigkeit und dem gleichen Zeitmangel leiden wie die Vorortskommis-sionen. Es wäre vielleicht besser, nur 8 Gaus zu schaffen und alle mit besoldeten Beamten zu besetzen. Wenn höhere Beiträge dabei sich nötig machten, so würden die Tabakarbeiter auch diese ertragen können.

Buth-Weidau empfiehlt die Verlegung des Vorstandes nach Süddeutschland, weil auch die Fabrikanten Neigung haben, dorthin zu gehen.

Vanj-Lübeck hält 3 bis 4 Gauleiter für genug. Es sei zweifelhaft, ob bei Lohnbewegungen die Unternehmer mit den Gauleitern werden verhandeln wollen.

Diele-Frankenbergl glaubt nicht, daß die Gauleiter das, was sie kosten, einbringen werden. Höhere Beiträge werden die Mitglieder in Baden und Schlesien sicher nicht leisten können.

Schmidt-Rauen und Lenj-Hamburg empfehlen den Vorstandsbeschlusse.

Wilde-mann empfiehlt, an Stelle der Vorortskommis-sionen einzelne Personen zu setzen, die eine größere Verantwortlichkeit hätten. Daneben empfehle er die Anstellung von 3 besoldeten Gauleitern für Baden und Hessen. Damit erübrige sich die Verlegung des Vorstandes nach Süddeutschland.

Es tritt die Mittagspause ein.

Mittwochnachmittags-Sitzung.

Kraus-Pippstadt ist der Ueberzeugung, daß die Tabakarbeiter in erster Linie der Gauleiterorganisation bedürfen.

Hofmann-Weipzig: Die Vorortskommis-sionen taugen nichts, weil sie Zufallswahlen unterliegen. Aber für Gauleiter könne er nur stimmen, wenn dadurch eine Beitragserhöhung nicht nötig werde.

Haberer-Offenburg will, wenn eine Verlegung des Vorstandes nach Süddeutschland unmöglich sei, für Gauleiter nach Süddeutschland und Schlesien stimmen. Höhere Beiträge seien aber nicht zu empfehlen.

Meiser: Die Frage der Anstellung von Gauleitern sei eine drängende. Obgleich ähnliche Versuche schon unter Feilsche immer fehlgeschlagen seien, müsse man es doch wieder mit besoldeten Agitatoren versuchen. Auch weibliche Gauleiter würde er empfehlen. Die Personen müssen natürlich vor allem organisatorisch qualifiziert sein. Außer Süddeutschland sei vor allem Westfalen zu berücksichtigen, für das er, reichlich die Mittel dazu aus, am liebsten auch zwei Gauleiter hätte. Aber erkenne man die Notwendigkeit von Gauleitern an, dann müsse man auch für eine Beitragserhöhung stimmen, die eben trotz aller schlechten wirtschaftlichen Lage getragen werden müsse.

Hauptkassierer Rieder-Welland hält die Verlegung des Vorstandes nicht für nötig, wenn dort Gauleiter angestellt werden.

Rädel-Nahm ist auch nur für Gauleiter ohne Beitragserhöhung. Es möge Kollegen geben, die höhere Beiträge zahlen können, aber man müßte auf die Gegenden mit den erbärmlichsten Löhnen Rücksicht nehmen.

Rieder-Welland: Auch früher habe man sich mit Beitragserhöhungen gut abgefunden, das werde wohl auch jetzt der Fall sein, wenn sich eine solche nötig mache.

Vogel-Kottbus hat bei einer Lohnbewegung in seiner Gegend gefunden, daß die Kollegen ganz unvorbereitet in eine solche eintraten. So etwas könne der Gauleiter verhüten. Eine Beitragserhöhung sei unmöglich.

Frau Behnert: Die Fabrikanten, besonders in Dresden, verlegen ihre Filialen immer mehr in Gegenden mit billigen Löhnen. Da wären Gauleiter von Nutzen. Auch weibliche Gauleiter werden sich nötig machen.

Gräbner-Hanau: Die Vorortskommis-sionen geben zwar oft zu Eifersüchteleien Anlaß, trotzdem werden auch die Gauleiter ohne sie nicht auskommen. Beide müßten zusammen wirken. An Stelle der Beitragserhöhung empfehle er Reduzierung des Krankenzuschusses.

Rieder-Welland hält die Vorortskommis-sionen für überflüssig, wenn die Gauleiter ihre Schuldigkeit tun.

Hartmann-Delitzsch zweifelt daran, daß durch die Gauleiter die Agitation besser werden werde. Auch mit der Gauenteilung ist er nicht einverstanden. Provinz Sachsen und der ganze Leipziger Bezirk gehören wegen der Hausarbeit unbedingt zusammen.

Kunze-Peterwaldau kann nicht für Gauleiter stimmen, da der Hauptkassierer erklärt habe, es gebe nicht ohne Beitragserhöhung.

Sodzicka-Breslau: In Schlesien sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Arbeiterkategorien sehr schlecht, weshalb so viele Frauen zu Hause durch Zigarettenmachen den Verdienst des Mannes zu erhöhen suchen. Dabei fehle das Interesse am Verbands. In Breslau sei es oft nicht möglich gewesen, einen Bevollmächtigten zu finden. Mit der Agitation bei den Breslauer Zigarettenarbeiterinnen sei trotz aller Mühe ein Resultat nicht zu erzielen gewesen. Er bestrafte einen Gauleiter für Schlesien und einen für Süddeutschland, aber ohne Beitragserhöhung. Zu der Zigarettenarbeiterinnen-Agitation bemerke er noch, daß auch der Tabakarbeiter-Verband sich vergeblich bemüht habe, Erfolge zu erzielen.

Aus der weiteren Debatte, die wesentlich neue Momente nicht mehr zutage fördert, ist zu bemerken, daß die Notwendigkeit von Gauleitern im allgemeinen anerkannt wird, daß aber eine Beitragserhöhung wenig Beifall findet. Wiesen-Erfurt meint, man solle lieber noch zwei neue Beamte im Vorstande anstellen, dann werden die Gauleiter sich erübrigen.

Wilde-mann-Stuttgart gibt nun einen Rückblick auf die ganze Debatte. Er empfiehlt noch einmal die Anstellung von drei Gauleitern. Dem Breslauer Delegierten empfehle er, wegen des Verhaltens des Fabrikarbeiterverbandes an das dortige Kartell heranzutreten, helfe das nichts, dann an die Generalkommis-sion.

Vorsitzender Deichmann empfiehlt im Rahmen der Siebener-Kommis-sion folgende Resolution:

Die XII. Generalversammlung erklärt sich mit der vom Vorstande beantragten Gauenteilung mit Gauleitern einverstanden und gibt der Verbandsleitung die Befugnis, in Gegenden mit hervorragender Tabakindustrie, vor allem in Baden, Schlesien und Westfalen, besoldete Gauleiter anzustellen; die Anstellung hat nach erfolgter Aufschreibung im Verbandsorgan durch die Verbandsleitung zu geschehen.

Meiser ist der Ansicht, daß diese Resolution die ganze Debatte des Nachmittags überflüssig gemacht habe, ihr könnten alle zustimmen, höchstens die nicht, die eine recht baldige Einstellung von Gauleitern wollen; denn ohne Beitragserhöhung werde mit dieser Resolution die Anstellung von besoldeten Gauleitern auf den Rimmerleinstag vertagt.

Die namentliche Abstimmung über die Resolution ergab, daß 50 Stimmen für, 10 gegen den Antrag waren bei einer Stimmenthaltung. Damit ist die Gauorganisation im Prinzip angenommen, mit der Maßgabe, daß damit die Vorortskommis-sionen wegfallen.

Darauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag früh vertagt.

Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66

Sonnabend Montag Dienstag Extra-Angebot

7. Oktober

9. Oktober

10. Oktober

solange Vorrat.

Fleischwaren.

Table with 3 columns: Product Name, Price per unit, and Price per unit. Includes items like Thüringer Landleberwurst, Prima Zungenwurst, Stettiner Salami, etc.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkules** tragen.
Wein-Verlauf. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-
nähte. Haltbarste **Blot-Lederhose**.
Große Hüften umfassen. Die Hose

bei Entnahme von
6 Stück 50 Mk. 50

- Manchester-Jose Marke Gam-
brinus, Jackette . . . 5 Mk. 50
- Gefütterter Manchester-Jackett 14,50, 8,75
- Schblaue Monteur-Jackett 1 Mk. 90
- Schblaue Monteur-Jose . . . 1 Mk. 50
- Schblaue Monteur-Jackett,
prima Köper-Gewebe . . . 2 Mk. 50
- Schblaue Monteur-Jose,
prima Köper-Gewebe . . . 2 Mk. 10
- Weiße Jockey-Jacketts 3,50, 2 Mk. 75
- Ronditor-Jacken, weilig . . . 4 Mk. 50
- Waler-Mittel . . . 3, 2,50, 2 Mk. 25
- Reichhalter-Mittel (Braun) 3, 2 Mk. 40
- Weiße Leder-Jacketts, weilig
7,50, 3 Mk. 75
- Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 Mk. 90
- Kesselfreier-Anzüge, blau,
nach Kochführer . . . 5 Mk. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En détail.
Chansestr. 21a/25, Brückstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 30.

Das 25. Haupt-Festbuch 1905 wird
kostenlos und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schnittlänge, bei
Jacketts und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 45482*

— Versand von 20 R. an franco. —

beabsichtige ich
Nachdruck verboten!



Einzelverkauf
zu sehr niedrigen Preisen, ca. 100 ver-
schiedenen Sorten Colliers u. Stolas in
allen modernen Pelzarten. Grosses La-
ger in Muffen, Kinder-Garnituren, Herren
u. Knaben-Kragen u. Pelzmützen

Gscar Arnold
Hüte, Mützen und Pelzwaren
Engros Export

Dresdenerstr. 116 Kein Lad.

Zigarren!
Billigste Bezugsquelle
für Händler:
ab Mk. 18.—
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.

Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen
mit Abzahlungs-Geschäften
welche auch Konfektion
führen. 43961*

Extra-Abteilung
verliehen gewesener
Möbel
wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!
Kein Abzahlungs-Waren-
haus, sondern nur
Spezial-Möbel-Geschäft.

H. Esders & Dyckhoff

Oranienstr. 48. Leipzigerstr. 50a.

Spezial-Geschäft für
Herren-, Knaben- und Berufsbekleidung.

Für die bevorstehende Winter-Saison empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Sacco-Anzügen modernster Façons.

Mark 12,50, 17.—, 21.—, 25.—, 29.—, 35.—, 42.—, 50.—, 58.—

Winter-Paletots in ein- u. zweireihiger Façon.

Mark 12,50, 17.—, 21.—, 27.—, 35.—, 42.—, 52.—, 60.—, 70.—

Knaben- u. Kinder-Anzüge, sowie Paletots u. Pyjaks in größter Auswahl u. allen Preislagen.

Als ganz besonders empfehlenswert verweisen wir auf unser enormes Lager in
Winter-Loden-Joppen mit Lama- oder Seehund-

Abfütterung.

Mark 6,50, 7,90, 9,90, 12,50, 17.—, 23.—, 25.—, 29.—

sowie auf unser **großes Hosen-Lager in modernsten u. solidesten Dessins**

Mark 2,75, 3,90, 5,25, 6,90, 8,50, 9,90, 12,50, 15.—, 17.—

Größtes Lager in Fantasie-Westen modernster u. elegantester Ausführung. $\Delta \Delta \Delta \Delta \Delta$
 $\Delta \Delta \Delta \Delta \Delta$ Anfertigung nach Maß, vorzügliche Stoffe, tadelloser Sitz garantiert.

Bekanntmachung.

Mein seit vielen Jahren bestehendes

Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft

1 Dresdener Straße 1

am Kottbuser Tor — Ecke Skalitzerstraße

gänzlich aufzulösen
und gelangen daher die gesamten Warenbestände zu
bedeutend herabgesetzten Preisen

zum
Ausverkauf.

Adolph Wormann

1 Dresdener Straße No. 1 Ecke Skalitzerstraße
Kottbuser Tor

Hochbahn-Haltestelle.

Uebervorteilung ausgeschlossen!

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Nervenleiden.
10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 2—4

Stuhlflecht-
rohr in vorzüglicher Qualität.
Stuhlrohrlager Wallstr. 16.

PROBLEM
Cigaretten
übertreffen Importen

Beste
deutsche
Fabrikate
Überall
zu
haben.

Arbeiter!

Raucht
Fellow-Zigaretten!

In allen Preislagen.
der Brutto-Einnahmen für Fellow-
Zigaretten hat jeder Zigarren-
Händler abzuliefern
Abrechnung erfolgt öffentlich!

10% für den Streik!
Preise und Qualitäten bleiben unverändert.
Die Verkaufsstellen sind durch Extra-Plakate gekennzeichnet.
General-Vertreter: **S. Rund,** Marsilius-Straße 23. Amt VII, 1924.

Jeder Leser!!! des „Vorwärts“,
welcher Wert darauf legt,
zum Herbsteinen eleganten

Anzug, Paletot, Joppe

fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Mass.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgetriebene Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Original-Insert!
Nachdruck
verboten.

Herren- und Knaben-Garderobe

Vollständiger Ersatz für Maßanfertigung.

Jackett-Anzüge ein- und zweireihige Form, elegant und tadel-
los sitzend, vornehme, chicke Verarbeitung,
in allen modernen Farben und Stoffarten, kariert, gestreift,
gesprenkelt oder meliert,
15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 u. 55 Mark.

Jackett-Anzüge ein- oder zweireihige Form, von schwarzem
oder blauem Cheviot,
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Jackett-Anzüge einreihige Form, in polnisch sauberer Aus-
führung von schwarzem Twill, Diagonal oder
Rips-Kammgarn,
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Schwarze Rock-Anzüge in bester Verarbeitung, von Satin-
Rips od. Tuch-Kammgarn, Diagonal
oder Twill,
27, 33, 38, 43, 48 u. 53 Mark.

Farbige Rock-Anzüge einreihige, moderne Form, von nur
modern gemusterten Stoffen,
30, 35, 40, 45, 50 u. 55 Mark.

Schwarze Gehrock-Anzüge zweireihige Form, in bester Ver-
arbeitung, vollständiger Ersatz
für Maßarbeit, von Satin-Kammgarn, Rips-Kammgarn, Tuch-
Kammgarn oder Tuch,
30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 Mark.

Farbige Gehrock-Anzüge schicke, moderne Form, feinste
Verarbeitung, von melierten oder
gemusterten Cheviot- oder Kammgarnstoffen,
26, 42, 48, 54 u. 60 Mark.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Herbst-Paletots einreihige Form, von Covert-Coat, Satin oder
Cheviot, mittel- oder dunkelfarbig, kariert,
gestreift oder meliert, elegant und tadellos sitzend,
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Mark.

Winter-Paletots ein- und zweireih-
Form, von Eskimo,
Cheviot od. Foulé, einfarb., meliert,
gestreift oder kariert, auf Plaid-
futter, Seide oder Plüsch gearbeitet,
tadelloser Sitz und beste Verarb.,
vollständiger Ersatz für Maß-
anfertigung, 20, 22,50, 25, 30, 35,
40, 45, 50, 55, 60, 65 u. 70 Mark.

Winter-Ulster aus modernen engl.
Fantasiestoffen, auf
gutem Plaidfutter, 30 u. 40 Mark.

Havelocks von wetterfestem Loden,
einreihige Form, ohne
Aermel, mit voller, vorn ganz ab-
gefütterter Pelerrine und Tail-
lenriegel, 8,50, 12, 15, 18, 20, 22,50, 25,
30 u. 35 Mark.

Pelerinen-Mäntel zweireih. Form,
mit langer, ab-
knöpfbarer Pelerrine und Tail-
lenriegel, von gutem Loden, dunkel-
grau, bräunlich oder grünlich,
25, 35 u. 40 Mark.

Große Weiten für extra starke
Herren stets vorrätig.

Kaiser-Mäntel zweireihige Form,
mit breit umklapp-
baren, Mufftaschen und Tail-
lenriegel, von schwerem Loden, grau,
marengo oder grünlich meliert,
20, 25, 30 u. 40 Mark.

Winter-Joppen zweireihige Form, von Loden, mit warmem
Futter, dunkelgrün, bräunlich oder oliv
meliert, 7,50, 9, 10,30, 12, 14, 15, 16,50, 18, 20 u. 25 Mark.

Falten-Joppen einreihige Form, Brust und Rücken mit Sattel
u. Falten, der Taillengürtel ringsherumgehend
u. Mufftaschen, aus Loden gearbeitet, grau, bräunlich oder
grünlich meliert, 9, 12, 15, 18 u. 22,50 Mark.

Beinkleider von elegantem, vornehmem Schnitt und guter
Paßform, aus Buckskin, Cheviot oder Kammgarn,
mittel- oder dunkelfarbig gestreift oder meliert,
3,50, 4,50, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13,50, 15 u. 16,50 Mark.

Sämtliche Artikel sind für

jede Figur passend
auf Lager und werden etwaige kleine Aenderungen, da solche
nicht immer ausgeschlossen, kostenlos von sachkundigen
Personen ausgeführt.

Knaben- und Burschen-Anzüge

Paletots, Joppen und Hosen in größter Auswahl zu
billigsten Preisen.

Die Abteilung für Maßanfertigung ist mit allen
Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison

ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet
schöner Ausführung unter Garantie für guten Sitz zu
billigsten Preisen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin 50., Berlin W.,
Oranienstr. 166 Potsdamerstr. 113a
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Illustrierten Katalog u. Muster versende franko und kostenlos.

Wir wollen sehen, wer stärker ist, die Denunzianten oder wir, unser Warenlager hat einen ungefähren Verkaufswert von zirka

1/4 Million!

250 000 Mark!

1/4 Million!

Herren- und Knaben-Konfektion!

bestens sortiert, prima Ware, neuester Schnitt, tadellose Paßform!

Drei Ausnahmetage!

Sonnabend, den 7. Oktober cr.

Sonntag, den 8. Oktober cr.

Dienstag, den 10. Oktober cr.

Drei Ausnahmetage!

Herren-Anzüge im

Total-Ausverkauf.

- Herren-Anzüge, Stoff, einzig dastehend Stück 6.75 M.
- Herren-Anzüge, Buckskin, sehr haltbar Stück 10.50 M.
- Herren-Anzüge, Cheviot, elegantes Tragen Stück 15.75 M.
- Herren-Anzüge, Kammgarn, prima Ware, sehr schick Stück 18.50 M.

- Herren-Anzüge, englische Dessins, äußerst haltbar Stück 22.50 M.
- Herren-Anzüge, hochelegant, neueste Muster Stück 25.00 M.
- Herren-Anzüge, einziger Ersatz für Maß Stück 29.00 M.
- Herren-Anzüge, aus prima Maßstoffen, extra gefertigt Stück 36.00 M.

Alle anderen Artikel wie Herren-Paletots, Hosen, Joppen, Knaben-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen ganz enorm billig.

Ecke August-Straße.
Rosenthaler-Straße 9.

E. Süsskind & Co.

Ecke August-Straße.
Rosenthaler-Straße 9.

Montag bleibt unser Geschäft bis 6 Uhr abends geschlossen.

Jedes 5 Pfennig.
Das erste Wort 10 Pfg. Wort mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 60 bis 8 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Garbinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11

Deckbett, Unterbett, Stiften mit glattem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pflandische) Andreasstraße 38. *

Wohlfühlendes Deckbett, Unterbett, zwei Stiften, 18,00, Andreasstraße 38. 8173*

Pommesches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Stiften, 27,00. Großes Kafes, Stück 1,00. Pflandische Andreasstraße 38. Elektrische nach Bedarf. 8182*

Wettlagererl. Brautleite, Privatleite, Ausnahmepreise. Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Brautbetten, Bettleite, Ausnahmepreise. Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Garbinenverkauf. Steppdecken, Tischdecken, Teppichverkauf, Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Bekanntmachung. Spiegelverkauf, Regulatoren, Freilichtlampen, Taschenlampen, Uhrenten. Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Garberoben. Verschiedenes, verfallene Händer spottbillig. Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Bermittlungsbett neun Mark. Möbelverkauf, Pflandische Haus, Weidenweg neunzehn. 730*

Teppiche! (selbststoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Postfach Markt 4, Dahlhof Böfje. 254/12*

Fahrräder. Teilzahlungen. Rudolfsstraße 148 (Eingang Bergstraße). Große Frankfurterstraße 50, Stallgerstraße 40. 8895*

Sprechmaschinen. Grenzauerstraße 42. 8888*

Garbinen, Stores, Bettdecken, enorm billig. Reste 1 bis 3 Fenster. Extraermäßigung. Garbinen-Verkaufshaus Jerusalemstraße 11/12. 8873*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00 an. Joppen von 4,50 an. Hosen von 1,50 an. Gebirgsanzüge von 12,00 an. Fracks von 2,50 an, sowie für populäre Figuren. Neue Garberoben zu unannehmlichen Preisen, aus Pflandischen verfallene Sachen, kauft man am billigsten und ersten Male direkt nur beim Schneidermeister-Fürstentell, Rosenthalerstraße 15 nur 3. 255/17*

Schneiderei Herrenanzüge, Paletots, feinste Maßstoffe herrlich, 18-38,00. Täglich, Sonntagverkauf. Deutsches Verkaufshaus, Jägerstraße 63, 1. Trepp. 2250*

Steppdecken billig! Federt Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

Leibhaus Küstnerplatz 7, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art, großes Lager in Wäde, Betten, Uhren, Goldschmied, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Joppen, Anzüge etc. *

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 8908*

Neue elegante Ruhbaumöbel, Garnitur, Ledersofas, Chaiselongue, Büchertische, Spottpreis. Pantom, Brechtstraße 52, Hauswirt. 7137*

Kohlrübe. Wäfen, von 2 Mark an, direkt Fabrik Blumenstraße 9. *

Betten, Stand 11, zweifach, 16 Mark, Gubenstraße 3, Pflandische. 732*

Bronzeastronen! dreifach, 6,00! Gaslaternen 17,1! Gaszuglampen 9,00! Salongastronen 15,00! Schaulaternen! Gaslaternen! Gaswandarmen! (spottbillig! Wohlfühl, Wollentheaterstraße 32 (Gasocherhaus am Schiller-Theater!). 9218*

Gänge! Gänge! feinstgeschliffen, in großer Auswahl verlässlich Sommerstraße 21, Bettfedernverkauf, Paul Hoff. 42/10*

In der idyllisch gelegenen Villenkolonie Vorkloster, 21, Meilen von Berlin, sind noch Parzellen, Quadratmeter 7 Mark, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Schulz, Niddorf, Rembrandtstraße 12/13. 7119*

Wäffelschiffen-Sofa 35, Kleiderständer, Pflandische, Trübenau 30, Schindlerallee 55, parterre. 2515*

Kanarienvögel, Kohl, Anore, Ringelcolier, spottbillig Schloßplatz 2.

Grünen, Paarpazellen ohne Anzahlung, bester Qualität, Lagerpläne gratis und franko. Def, Fischerstraße 7. Sprechzeit Sonntag vormittags. 42/13*

Edelholz, Vereine, Jageländer, verlässlich, billige Preise 1300,00. Brauterei Billi; erfragen Beije, Bienenstraße 41/42. 781*

Fertige Paletots und Anzüge von 20 Mark an, nach Maß von 25 Mark an, kauft man direkt beim Schneidermeister Andersson, Rosenbaldstr. 15. I.

Teppiche mit Farbenfeinern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 41

Betten umhändelbar 17,00. Michel, Dresdenerstraße 33. 2299*

Kinderwagen, Kinderbettschalen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeforderte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 22536*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Illusionen. 9182*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik Osniesenstraße 15, am Kottbuschen Tor, stehen viele Wohn- und Einrichtungsgegenstände, welche gewohnt und neue Anstellungen zu sehr billigen Preisen. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 1000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verleiher gewohnter und zurückgeforderte Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderplatz 24, Kommode 18. Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Aufschlupf, Vertikales 30, Salonjarmila, Pflandische 105, Aufschlupfbetten mit Matratzen 40, gefüllte Säulen, Bäckerspinde, Panzerelofas mit Aufschlupfen 88, Scherenschnitt 30, englische Schlafzimmern, Speisezimmer, Salons, auch Jugendzimmer. Gefüllte Möbel werden drei Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Wäffelschiffen gratis. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. 7998*

Rahmmaschinen, hohe Vergütung, wer kauft oder nachweilt Ringelstücken, Bobbin, Schnellnäher, Bohe 1,00, Voltarie genügt. Ködnerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Grenzauerstraße 59/60. 788*

Schleifenger. Turmstraße 85, ist der billigste und reellste Lieferant für Herrenanzüge. 8068*

Verkauf gangbarer Kolonialwaren, Gemüse, Obstgeschäfte. Weinstraße 2. 23205

Rosenberg, Kottbuscherdamm 98. Wäffelschiffen, Wäffelschiffen, Kleiderauswahl, Spottpreise. 9132*

Rosenberg, Kottbuscherdamm 98. Knaben-Anzüge, Knaben-Paletots, Joppen, Kleiderauswahl. Spottpreise. 9132*

Rosenberg, Kottbuscherdamm 98. Damenanzüge, Damenpaletots, Damenröcke, Damenblusen, Kleiderauswahl. Spottpreise. 9132*

Rosenberg, Kottbuscherdamm 98. Reste Wäffelschiffen, Lammfell zu Kinderjahren, Reste Kleider, Brautkleid, Stoffe zu Damenanzügen, Reste zu Anabenanzügen und Wäffelschiffen, Kleiderstoffe, Fußsüß gratis. Kleiderauswahl. Spottpreise. 9132*

Praktische. Wegen Räumung großer Wohnung verkauft junge Frau sämtliche Möbel. Köpferstraße 126a I. 22645

Fein Fein Eugenstraße 15. Paul Richter, Ufermacher. 781

Kanarienvögel, Vorkloster, Weibchen, Weiß, Ravensstraße 2. 781

Zentralleihenhaus, Abteilung Damenkonfektion, Jägerstraße 70 (Aden). Große Auswahl in Paletots, Jacketts, Röcken, Blusen, Pelzstücken zu sehr billigen Preisen. 23445*

Kolonie Alpenberge bei Puch, Route von 15 Mark an; beste Anstaltungsanlage, gesunde hohe Lage, herrliche Aussicht über Riesententhöhe, Schneesport und Reiten bis hinauf an Schneehöhe bei Puch, dann durch Dorf ganz gerade aus bis zur Alm, ich oder mein Vertreter anwesend. August Jores, Schloßmeister, Berlin W., Joachimshofstraße 25. 22633

Junge verkauft Arbeitskleider, große Auswahl Anabenanzüge sehr preiswert. Kettlerhandlung, Turmstraße 81. 772*

Kanarienvögel, Seiserlamm, Selbstkauf, billige, Rohke, Grolherstraße 32, II. Handstr. 79*

Franklin verkauft elegante Salongarnitur 58,00, Pflandische 38,00, Spielzeug 5,00, Kleiderauswahl, Berlin, Stühle 3,00, Steppdecken, Bilder 5,00, Uhr, Verschiedenes. Köpferstraße 20a, I. 22655

Zigarrengeheimnis wegen anderweitigen Engagements zum Spottpreis veräußert. Niddorf, Kaiser Friedrichstraße 24. 7119

Teppichgeschäft, gut eingerichtet, billig zu verkaufen. Buchholzerstraße 8. 730*

Pianino (braunes) 100,00 Turmstraße 8, parterre. 43/3

Möbelverkauf in meiner Möbel-Fabrik Kottbuscherdamm 98/99, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgeforderte und verleiher gewohnter Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Vertikales 27,00, Anstaltungs 16, Aufschlupf, Bettstelle mit Federmatratze und Kleiderständer 36, Taschenlampen 50, Pflandische 70, Kleiderständer 20, Kleiderständer 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 43/1*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark. Dresdenerstraße 33, vorn II. links. 43/2*

Teppiche, Gardinen, Portieren, Diamentdecken, Wäffelschiffen, Zellvorlagen, Steppdecken, Möbelstoffe, Kleiderstoffe, spottbillige Räumungspreise. Fabriklager Conrad Richter, Potsdamerstraße 100. 8618*

Steppdecken. Gelegenheitskauf. (Seidenstoff) statt 8 Mark durchweg 3,75. Vorken hocheleganter Damenanzüge, Paletots durchweg 8 Mark. Resten eleganter Kleiderstoffe. Julius Kottmann, Belle-Alliancestraße 105. *

Sofa wie neu 21,00. Weide, Große Hamburgerstraße 18/19, 255/20

Wasch- und Bringmaschinen, beste Qualität, billigste Preise. Bei Anzahlung kulant Bedingungen. O. Hellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 9038*

Verschiedenes.

Pflandische Heimerdortstraße, Ecke Großmalerstraße. 7135*

Pflandische, Bringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 9228*

Handpolierung! Sofa 50, Matratze 4,00, auch auserm Hause. Bachmann, Andreasstraße 38. 8918*

Kunstschere von Frau Kottsch, Charlottenburg, Grolherstraße 84, I. *

Belebung, allerhöchste, Möbel, Tischdecken, Planinos, Fahrräder, Nähmaschinen, Barockspinn, Lagerleischer, Schwedlerstraße 11. 8865*

Wohne jetzt Türschloßstraße 27, neben dem Rathaus. Frau Wäffelschiffen, Hebamme. 7130*

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots und Herrenanzüge mit Futterlacken 15,00. Wagner, Schneidermeister, Niddendorferstraße 9 (Pflandische). 42/1*

Tanzunterricht! Gruppe, Amnestraße 16. Jucimonallische Sonntagstanz (Roman 4,00) beginnt Sonntag nachmittags 4 Uhr. Prospekt gratis.

Vereine! Saal, Vereinszimmer, Sonnabend fest. Klubhaus (Weißbier) Amnestraße 16. 23545

Gänseausfischen jeden Sonnabend bei Benoit, Kottbuscher Platz 8.

Bücherantau und Bücherbeilegung Köpferstraße 56, I. Am 1. 8831.

Vereinszimmer 25, 40, Saal 150 Personen, Piano, zwei Regelmäßig, dergibt Ladewig, Alte Pflandische 83. 7928*

Feder Großen Hill. Verkauf abfälle kauft zu hohen Preisen. Litzdener, Kleiderhändler, Kleiderstraße 40, Def 4. Aufschlupf erldige prompt.

Wäffelschiffen wird noch sauber und schonend gemahlen, im Freien getrocknet. Bettwäsche, Leibwäsche 0,10, drei Handtücher, vier Taschentücher 0,10. Frau Lorenz, Köpferstraße 23. 9253*

Parteifekretär gesucht!

Für die Wahlkreise Neuh. a. L., Neuh. j. L. und Sachsen-Altenburg wird ein Parteifekretär gesucht. Gehalt vorläufig 2200 M. Bewerber müssen organisatorische, sowie rednerische und schriftstellerische Fähigkeiten besitzen und mit der Parteigeschichte genau vertraut sein. Bewerbungen sind unter „Parteifekretär“ bis zum 20. Oktober zu richten an Emil Vetterlein, Gera, Alte Schloßgasse 11.

Lehrling

mit guter Schulbildung und kaufmännischen Sinnen per sofort gesucht. Offerten unter O. V. 252 an Daube & Co., m. b. H., Berlin SW. 12.

Vermietungen.

Laden mit Wohnung 720 Mark Schlemmerstraße 8. 228/12

Die Beleidigung gegen den Herrn Weinhold Dammereow, Grolherstraße 2, nehme ich zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Robert Müller, Grolherstraße 1. 781

Wohnungen.

Kleinvohnungen, gesunde, allerbillig, sofort, später, Niddorf, Köpferstraße 15, Bangstraße 12 (Hermann-Platz). 40/15*

Soldinerstraße 16 an der Prinzenallee: Wohnungen von 2 Zimmern sofort zu vermieten. 732*

Zimmer.

Vorderzimmer, zwei Fenster, mit oder ohne Balkon, ist an Herrn zu vermieten. Kamerunerstraße 53, Eingang Niddendorferstraße, 4. Etage, geradeaus links. 781

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Köpferstraße 25, III. 8208*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kollektanten-Gesellschaft Levanowsky, Beuelstraße 28. 772*

Kollektanten-Gesellschaft, jetzt Brangelstraße 22. 79*

Binder Tischlecher bietet um Arbeit. Städte werden abgeholt und zurückgeschickt. U. Götter, Niddendorferstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Rebwerdienst für jedermann. Kaufkraft kostenlos. O. Wolf, Niddendorferstraße 40. 8813*

Schlössergesellen auf Daubeck, verlangt bei hohem Verdienst Schlösserei A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 22728*

Bauanschläger für die Beamten-Wohnhäuser in Charlottenburg verlangt Schlösserei A. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 22718*

Lehrlinge sucht Kunstschmiede und Schlösserei Köpferstraße 25. 22145

Monteur, tüchtig und selbständig, für elektrische Licht- und Kraftanlagen auf sofort gesucht. Landwehr u. Schulz, Cohn. 202/13*

Wärter, Monteur auf Kronen verlangt Wohlheit, Niddendorferstraße 32.

Tüchtige selbständige Monteur für Stadtstrom verlangt Paul Rehner, Streubergstraße 30. 23595

Wäffelschiffen Jannaussteller werden verlangt. Hugo Wolff u. Paul Friedrich, Drahtzahnfabrik, Niddendorferstraße 30.

Tüchtiger Schlosser als Zuschneider und Stanger wird verlangt. Prinz-Luiseallee 34. 202/14

Tüchtiger Freiberger, geübt auf Lederwaren, bei dauernder Beschäftigung verlangt Julius Schloß, Niddendorferstraße 55. 23706

Selbständige Schlosser auf bessere Schmelzarbeit verlangt Gabel, Niddendorferstraße 2. 25625

Zeitungsfrauen sofort verlangt Kronenstraße 65. 9278

Goldflecken - Farbmacherinnen werden verlangt Köpferstraße 109a.

Im Arbeitsmarkt durch befördernde Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Holzfarber.

Ein in der Holzfarberei, besonders im Färben schwarzer Holz durchaus geübt, zuverlässiger Mann, welcher für tadellose schwarze Farbe garantieren kann, findet bei hohen Lohn angenehme und dauernde Erlebung. Offerten mit Lebenslauf unter F. H. 4688 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 41/19*

Tüchtige Versilberer

finden dauernde Beschäftigung A. Rechtenbach, Etzdal, Grolherstraße 40. 40362*

Stuisarbeiter u. Arbeiterinnen

nach Frankreich gesucht per sofort. Gute Zahlung, dauernde Beschäftigung. Reisevergütung nach drei Monaten. Off. unter F. St. 4914 an Rudolf Mosse, Straßburg i. E.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Tischler, Klavierarbeiter!

In der Piano-Fabrik Bell & Co., Niddendorferstraße und Grüner Weg, befinden sich die Arbeiter im Streik.

Zugung ist fernzuhalten.

Parkettbodenleger!

Der Bau Grunau in Steglitz, Berlinstraße 14/15, ist gesperrt.

Tischler u. Einsetzer!

Die Tischlerei Schneider, Grolherstraße 11, und der Bau Schneider in Zöden, Lichterfeldestraße, Ecke Köpferstraße, sind wegen Differenzen gesperrt.

Kammacher, Schnitzer!

In der Norddeutschen Kammfabrik, Köpferstraße 128 (Niddendorfer u. Köpfer), bestehen Differenzen. 93/10

Zugung ist fernzuhalten. Die Krisenverwaltung.



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 235. Sonnabend, den 7. Oktober 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Sonntag, 8 Uhr vormittags, Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Damit um 9 Uhr die Arbeit vollendet ist. Es treffen sich die Genossen des 1. Bezirks bei Pasche, Potsdamerstr. 44; für den 2a. Bezirk bei Bode, Rehringstr. 25; für den 2b. Bezirk bei Fuhrmann, Kaiser Friedrichstraße, Ecke Vestalozzistraße; für den 3a. Bezirk bei Müller, Rosinenstraße 8; für den 3b. Bezirk bei Keil, Dönhofsstraße 4; für den 3c. Bezirk bei Lindstedt, Erasmustr. 5; für den 4. Bezirk bei Dörre, Wallstraße 90; für den 5. Bezirk bei Barisch, Selenheimerstr. 11; für den 6. Bezirk bei Sellin, Krummecke 40; für den 7. Bezirk bei Grafunder, Weimarerstraße 4; für den 8. Bezirk bei Hoffmann, Kleiststr. 15. Ganz besonders werden die neu hinzugezogenen Genossen ersucht, sich in eins dieser Lokale pünktlich einzufinden. Dienstag, den 10. Oktober: Mitgliederversammlung.

Schöneberg. Am kommenden Sonntag beginnt die Wahlarbeit zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Die Mitglieder werden ersucht, sich zahlreich früh 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: der 1., 2. und 3. Bezirk bei Krüger, Vorbergstr. 8, der 4. und 5. Bezirk bei Obst, Weiningerstr. 8, der 6. und 8b. Bezirk bei Horlemann, Kaiser Friedrichstr. 8, der 7. und 8a. Bezirk bei Reimer, Hohenzollernstr. 26, der 9. und 10. Bezirk bei Mahrow, Menzelstr. 4.

Die allgemeine Flugblattverbreitung betr. die Fleischverküperung findet in Schöneberg am Dienstagabend von den bekannten Bezirkslokalen aus statt.

Tempelhof. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt; für das Dorf versammeln sich die Genossen bei Rosch, Berlinerstr. 9, für Neu-Tempelhof bei Müller, Berlinerstraße 41/42. Die Parteigenossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Mariendorf-Marienfelde. Sonntag ist Flugblattverbreitung. Treffpunkt für Mariendorf um 7 Uhr bei Reichardt, Chaussee 16; für Marienfelde 8 Uhr bei Dittmann, Berlinerstr. 48. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Schmargendorf. Den Genossen zur Kenntnis, daß am Sonntag früh 7 Uhr eine Flugblattverbreitung vom Restaurant Sanssouci, Ruhlaerstr. 221, aus stattfindet. Des weiteren findet die nächste Mitgliederversammlung am 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Café Rein, Hubertusdammstr. 8, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Unfall-, Alters- und Invalidengesetz, Genosse Bräuner-Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Alt-Hienide. Sonntag früh 7 1/2 Uhr ist Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Sah. Die Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Generalversammlung findet umfänglich erst am 29. Oktober statt.

Pantow-Nieder-Schönhagen. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich an der Flugblattverbreitung am Sonntag zu beteiligen. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Abendroth, Pantow, Mühlenstr. 26.

Lichtenberg-Wilhelmsberg. Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich vollzählig in den bekannten Bezirkslokalen einzufinden.

Groß-Lichterfelde. Am Sonntag, den 8. Oktober, findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt: Restaurant Meisen, Chaussee 104, 8 Uhr morgens.

Teltow. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet in Teltow bei Widenhagen eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Vogtmeier-Groß-Lichterfelde erörtert den Bericht vom Parteitage. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Spandau. Sonntag findet bei Kuntze, Schönwalderstr. 80, eine öffentliche Versammlung statt, in der Schriftsteller A. Stern einen Vortrag über „Das Recht auf Glück“ hält. Arbeiter, Parteigenossen, erscheinen zahlreich zu dieser Versammlung.

Steglitz. Zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr von sämtlichen Bezirkslokalen aus werden die Genossen um rege Beteiligung ersucht.

Waidmannslust. Sonntag früh 8 Uhr in allen Ortshäusern Flugblattverbreitung.

Romans-Neuendorf. Eine öffentliche Wahlvereinsversammlung findet Donnerstag bei Junger, Neuendorf, Großbeerstraße 100, statt. Gen. Käfer-Schöneberg spricht über die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.

Weißensee. Der Sonntag früh stattfindenden Flugblattverbreitung wegen werden die Parteigenossen ersucht, sich pünktlich 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen einzufinden.

Der Parteipeditur für Tegel, Vorkogelwalde, Waidmannslust, Hermsdorf, Wittenau und Westmündendorf ist Paul Kienast, Vorkogelwalde, Schubarthstr. 48.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volkshöhe Charlottenburg. Durch neuere Vereinbarungen ist es zu unserer Freude ermöglicht, den Mitgliedern noch in diesem Monat (27. Oktober) anstelle des zunächst in Aussicht genommenen Dramas „Kodmersholm“ von John Gorkis viel gerühmtes Werk „Wacht am Rhein“ bieten zu können. Da zu erwarten steht, daß die willkommenen Gelegenheiten ereignen werden, die eindrucksvolle Dichtung des russischen Poeten durch die Hilfe des Vereins kennen zu lernen, wollen man seine Mitgliedschaft baldigt bei einer der nachstehenden Jahrestellen anmelden: E. Müller, Rosinenstr. 8, Volkshaus. A. Will, Kirchstr. 30, Paesler, Schillerstraße 8. P. Schmidt, Wilmersdorferstr. 130, Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27, Wigalle, Schloßstr. 26a, Wilmersdorf; Müller, Hohenstr. 14, und Käster, Lauenburgerstr. 20.

Zu den Stadtverordnetenwahlen machen die bürgerlichen Parteien mobil, sie rufen zum Kampfe, allerdings zu einer Art des Kampfes, wie sie bisher einzig dastehen dürfte.

Zum Verständnis der Situation sei vorausgeschickt, daß bis vor zwei Jahren die sogenannten Unpolitischen die absolute Mehrheit im Stadtparlament bildeten. Im Jahre 1903 gelang es den Liberalen, den Unpolitischen eine Anzahl von Mandaten in der ersten und zweiten Klasse abzurufen, so daß nunmehr beide Fraktionen etwa gleich stark waren. Durch diesen Erfolg, der nicht zum wenigsten durch die bekannte Stroblers-Affäre herbeigeführt war, ist den Liberalen der Stimmgewaltig geschwollen. Nicht nur, daß sie im Stadtparlament sich völlig als Herren fühlen, die nur den Magistrat als ihren Gebieter anerkennen, die Wünsche der Bevölkerung aber mit Füßen treten, haben sie auch vor einigen Monaten den feierlichen Eid geleistet, in diesem Herbst der Sozialdemokratie und den Unpolitischen vollends den Garaus zu machen. In einem von vier liberalen Vereinen und der gesamten liberalen Fraktion unterzeichneten Flugblatt heißt es: „Wir werden bei den bevorstehenden Wahlen daran festhalten: Wahlen unter „unpolitischer“ Parole zu bekämpfen, denn für uns gilt nach wie vor die Auffassung: unpolitisch ist insofern unanständig, als unter dieser Flagge das offene Bekenntnis der Zugehörigkeit zu irgend einer Partei verdeckt wird. Die Wahlen von 1903 waren nur ein Vorspiel, welches keinen sicheren Rückschlag auf den diesmaligen Erfolg zuläßt, denn gerade die damalige Niederlage unserer Gegner (gemeint sind die Unpolitischen) wird sie diesmal um so energischer in den Wahlkampf führen. Der eigentliche Entscheidungskampf wird daher bei den Wahlen im kommenden Herbst geschlagen werden. Größere Bedeutung hat deshalb der bevorstehende Wahlkampf als irgend einer seiner Vorgänger. Größere Anstrengungen bedarf es diesmal als je zuvor.“

In den wenigen Monaten, die seit Veröffentlichung dieses Flugblattes verlossen sind, ist nun den liberalen Mannesgeiern das Herz in die Hosen gefallen. Sie haben es sich überlegt, daß ein Kampf Opfer erfordert, die zu bringen sie nicht fähig und willens sind und daß es eine bequemere Art gibt, Mandate zu ergattern. Mit denselben Leuten, denen sie vor wenigen Monaten den Krieg erklärt, denen sie den Entscheidungskampf angedroht haben, haben sie jetzt ein schimpfliches Schachergeschäft abgeschlossen.

Am 2. Oktober fand nämlich eine Konferenz statt, an der als Vertreter der „Unpolitischen“ Delegierte des Kommunalvereins für die städtischen Charlottenburger Stadtbezirke und des Nationalliberalen Ortsvereins, als Vertreter der „Liberalen“ Delegierte des Liberalen Vereins und zweier freisinnigen Bezirksvereine teilnahmen. Es wurde vereinbart, daß diese fünf Vereine als zwei Gruppen zu betrachten seien, von denen die eine aus dem Kommunalverein und dem Nationalliberalen Verein, die andere aus den drei übrigen Vereinen gebildet wird. Von den 29 zu belegenden Mandaten sollen auf die erste Gruppe 9, auf die zweite 15 entfallen, während die übrigen Mandate zunächst freibleiben und später weitere Bestimmungen darüber getroffen werden sollen. Die fünf Vereine haben sich verpflichtet, ihre Kandidaten gegenseitig zu unterstützen.

Das ist die Art, wie die Bourgeoisie den „Entscheidungskampf“ führt. Begreifen denn die Herren, die erst ein solches Flugblatt erlassen und hinterher dies Schachergeschäft abschließen, gar nicht, wie lächerlich sie sich dadurch in den Augen der Bevölkerung machen? Sehen sie nicht ein, daß sie dadurch den letzten Rest ihrer politischen Ehre aufs Spiel setzen? Freilich, was gilt dieser Gesellschaft politische Ehre, was gilt ihr die Achtung ihrer Mitmenschen? Um ein Stadtverordnetenmandat üben sie den schimpflichsten Verrat. Nebenbei bemerkt entfallen von den 29 Mandaten 10 auf die dritte Wählerklasse. Auch diese Mandate scheinen die Herren bereits verteilt zu haben, sie haben aber die Rechnung ohne die Sozialdemokratie gemacht. Noch fähig sich die Sozialdemokratie kräftig genug, um die Mandate der dritten Klasse zu behaupten und neue hinzuzuerobern. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Schachern haben die Sozialdemokraten durch Kampf in wenigen Jahren die Zahl ihrer Sitze im Stadtparlament von 2 auf 12 vermehrt, und sie werden auch aus dem diesmaligen Wahlkampf wieder gefehert hervorgehen. Leichtert wird ihnen der Kampf dadurch, daß sie nun statt mehrerer Gegner einen geeinigten Gegner zu bekämpfen haben, der die Waffen zu seiner Vernichtung selbst geschmiedet hat. Wägen die Privilegierten der beiden ersten Klassen schachern, so viel sie wollen, in der dritten Klasse wird gekämpft werden.

Die Charlottenburger Volksversammlung zugunsten der Ausgesperrten in der Elektro-Industrie erstreute sich eines enormen Erfolges. Schon lange vor Beginn der Versammlung mußten die Tische entfernt werden, um den zumtrotenden Massen Platz zu schaffen. Referent war der Genosse Siering vom Schmiedeverband, der den Versammelten eine genaue Schilderung des gewaltigen Kampfes gab. Die Nachforschungen der Polizeibehörde und namentlich die der Charlottenburger, die sich in besonderer Schärfe erkennen macht, unterzog der Referent der gebührenden Kritik. Mit der Aufforderung, die Ausgesperrten in jeder Weise zu unterstützen, schloß Redner unter stürmischem Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Brandt, Habicht und Flemming. Auch diese traten in heroischen Worten für die Ausgesperrten ein. Die Resolution der Streikleitung wurde einstimmig angenommen und die Zellerammlung den Ausgesperrten überwiesen.

Sammelstellen sind, wie der Ausschuss der Gewerkschaftskommission mitteilt, bei Franz Jost, Grünstr. 23, vorn 8 Tr., zu haben.

Schöneberg.

Nach langen Erwägungen und Beratungen hat der Magistrat von Schöneberg endlich dem Stadtverordnetenbeschluss vom 3. Juli d. J. betr. die auf Antrag unseres Genossen Käfer vorgeschlagenen Lohnerhöhungen der städtischen Arbeiter zugestimmt. Ohne verschiedenartige Änderungen und Streichungen ist es hierbei natürlich nicht abgegangen. Eigentümlicherweise hat sich der Magistrat plötzlich auf den ihm scheinbar liebgewordenen „gerechten Ausgleich“ berufen. Da er selbst zugibt, daß die Verhandlungen vom 3. Juli keine Schlüsse über die Gründe (1) zulassen, aus denen in den einzelnen Fällen die Löhne gerade so, wie gefordert, erhöht worden sind, so hat er nicht etwa die beteiligten Arbeiter oder ihre Vertreter im Austausch darüber ersucht, sondern — die Erfahrungen und Kenntnisse der einschlägigen Verhältnisse der betreffenden Dezernten entscheiden lassen. Dadurch sind dann auch die Abweichungen von dem bekannten Stadtverordnetenbeschluss in der letzten Sitzung vor den Ferien entstanden.

Das für uns hierbei nicht in Betracht kommende finanzielle Ergebnis ist trotzdem nur unwesentlich geändert, der Einführung am 1. Juli d. J. stand also — die Sozialdemokraten hatten rückwirkende Kraft bis zum Beginn des Etatsjahres (1. April) beantragt — nichts im Wege, und der Magistrat hatte dem ersten Termine zugestimmt. Die Höhe der Summe dürfte sich auf etwa 87 000 M. belaufen, bei einem 20 Millionen-Etat gewiß kaum ins Gewicht fallend.

Eine Reduzierung des Anfangslohnes hat der Magistrat zunächst bei den Stadtgärtnern eintreten lassen, und zwar entgegen dem Stadtverordnetenbeschluss um 25 Pf., also 4 M. statt 4,25 M. Das Bedürfnis nach einer stärkeren Lohnerhöhung will er ja anerkennen, um aber zu verhindern, daß die Gärtner sich durch die „hohen Sommerlöhne in den Privatbetrieben“ verleiten lassen, den Dienst bei der Stadt häufige zu unterbrechen, soll die Erreichung des Höchstlohnes (5 M.) von einer längeren Dienstzeit abhängig gemacht werden. Er hat deshalb seiner Forderung von der ausgleichenden Gerechtigkeit die Krone aufgesetzt und in väterlicher Fürsorge eine von zwei zu zwei Jahren um zwanzig Pfennige steigende Lohnerhöhung beschlossen, wodurch in zehn Jahren treuer Pflanzenerfüllung endlich das Höchstgehalt von fünf Mark erreicht wird. — Mit verdoppeltem Eifer werden nun die Gärtner ihrer Arbeit obliegen. — Der Stadtverordnetenbeschluss wies nach unserem Vorschlage auf: Anfangslohn 4,25 M., nach sechs Monaten 4,50 M., nach zwei Jahren 5 M.)

Auch den bei der Kanalisation Beschäftigten sind bedeutende Abstriche gemacht worden, was diese auch nicht zu besonderer Arbeitsfreudigkeit anspornen dürfte. Die Löhne der Spülmeister und Arbeiter sind härter erhöht als die der entsprechenden Klassen bei der Straßenreinigung. Gerade mit Rücksicht auf die Gefahren der ersten Kategorie sind bei ihnen von der Stadtverordnetenversammlung die erhöhten Forderungen als berechtigt anerkannt, was der Magistrat — pardon, die Dezernten — bei seinen „Erfahrungen und Kenntnissen“ nicht anerkennen kann. Er hat daher in weisem Ausgleich die Löhne der Spülmeister und Kanalarbeiter nur in demselben Umfange erhöht wie bei der Straßenreinigung. — (Vorarbeiter: Anfangslohn 4,25 M., steigend nach zwei Jahren auf 4,50 M.; Straßentreiber: Anfangslohn 3,50 M., steigend nach sechs Monaten auf 3,75 M., nach einem Jahre auf 4 M.)

Begünstigt der Keinemachefrauen glaubte der Magistrat ebenfalls nur einer Steigerung bis 40 M. monatlich zustimmen zu können, weil erst vor zwei Jahren der Lohn von 30 auf 37,50 M. erhöht worden ist.

Wie die Stadtverordneten-Versammlung, welcher der so abgeänderte Beschluss am Montag vorgelegt wird, darüber denkt, läßt sich freilich nicht voraussagen.

Weißensee.

Die Parteigenossen werden ersucht, dem Beschluss der letzten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung nachzukommen und sich nur dort bedienen zu lassen, wo die Forderungen der Parliergehilfen bewilligt sind; ebenfalls muß jeder Parteigenosse nach der grünen Kontrollkarte fragen, welche sichtbar am Spiegel angebracht und laufend abgeimpft sein muß. Bewilligt haben folgende Barbierherren: 1. Hermann, Sedanstr. 73, neue Nummer 82; 2. Heilig, Langhansstraße 151; 3. Simon, Strahburgerstr. 24; 4. Junke, Streustr. 4; 5. Dilsch, Lehderstr. 23; 6. Koch, Gustav-Adolfstr. 24a. Das Gewerkschaftsstell.

Rixdorf.

Ein allgemeiner Mundharmonikabund ist zu anderen schon bestehenden Bänden in Rixdorf gegründet worden. Der Bundesvorsitzende Herr Wilhelm Bratow in Rixdorf, Emserstr. 91, und der Bundesführer Herr Paul Kasse, Ebersdorf, Kassestr. 103, ersuchen uns, die Öffentlichkeit von dieser Gründung in Kenntnis zu setzen.

Der Verein geistlich tätiger Frauen und Mädchen in Rixdorf hielt bei Thiel seine Generalversammlung ab, die leider nur schwach besucht war. Genosse Böse hielt einen Vortrag über die Frage: „Die Frau ins Haus, der Mann in die Fabrik.“ Der Referent erhielt vielen Beifall für seine sehr verständnisvollen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich einige Genossinnen. Hierauf gab die Kassiererin den Kassenbericht, worauf sie entlastet wurde. Dann wurde zur Wahl geschritten, in der Frau Koch Vorsitzende, Frau Schulte Schriftführerin, Frau Liebenau Kassiererin, Frau Heidemann und Klapha Beisitzerinnen und Frau Lehmann Revisorin wurde. Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Transportarbeiterverband (Zahlstelle Rixdorf) am 12. November einen Kunstabend bei Thiel veranstaltet, in der Genosse Wallotte „Das verlorene Paradies“ von Ludwig Fulda registrieren wird. Es wurde gebeten, daß sich der Verein recht rege daran beteiligen möge.

Steglitz.

In einem Brunnen gestürzt sind gestern zwei Pferde eines Arbeitshewers. Auf dem Grundstück Schloß- und Ahornstraßen-Ecke werden Abrubarbeiten ausgeführt und mehrere Fuhrwerke sind mit Schuttabfahren beschäftigt. Zum nicht geringen Schaden des Autors eines solchen Wagens verlor plötzlich auf dem Hofe seine Pferde den Boden unter den Füßen und verschwanden im nächsten Augenblick in der Tiefe. Rummel gewahrte man, daß das geheimnisvolle Grab der Tiere ein alter Brunnen war, von dessen Vorhandensein niemand etwas wußte. Wie der Augenzeugen lehrte, war die Deckung nur schwach übermauert, und die dünne Decke konnte den darüber bewegten schweren Lasten auf die Dauer nicht standhalten. Erst nach stundenlangen Bemühungen gelang es den vereinten Anstrengungen von hiesigen und Schöneberger Feuerwehrmannschaften, die Tierkadaver aus dem tiefen Brunnen herauszuschaffen.

Friedrichshagen.

Die Aussperrung. Auch bei uns nahm eine sehr gut besuchte Volksversammlung im Gesellschaftshaus Stellung zu dem brutalen Vorgehen der Kapitalmagnaten in der Elektro-Industrie. Metallarbeiter Hermann Schulz, Berlin referierte unter lebhaftem Beifall der Versammlung. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von mehreren Rednern noch ergänzt. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß für die im Orte wohnhaften Streikenden und Ausgesperrten eine Kontrollstelle im Restaurant Feynid, Friedrichstr. 114, eingerichtet ist. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

„Die Forderungen der Freizeutgehilfen und das Verhalten der hiesigen Barbierstubeninhaber“ lautete das Thema einer gut besuchten, vom Gewerkschaftsstell eberufenen Volksversammlung. Niemand schilberte in eingehender Weise die Lage der Freizeutgehilfen. Er begründete die von der Organisation aufgestellten Forderungen und verurteilte das Verhalten der Barbierstubeninhaber sowie deren Gehälts auf das Schärfste. Es entspann sich eine recht lebhaft Diskussion. Das Wort wurde beantragt, sich mit der Frage der Errichtung einer Barbiergenossenschaft näher zu beschäftigen. Nach dem Schlußwort des Referenten fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die am 4. Oktober bei Bag Verhe tagende Versammlung erkennt die traurige Lage der

Freiungsbefreiung an. Die Anwesenden beurteilen das Verhalten der hiesigen Barbierstubeinhaber auf das schärfste und verpflichten sich, nur die fliegenden Barbierstubeinhaber in Anspruch zu nehmen und allen weiteren vom Kartell getroffenen Maßnahmen sich anzuschließen.

Notwendes.

Das dem Bauunternehmer Schultheiß gehörige Restaurant gegen dessen Eröffnung die Behörde im baupolizeilichen Interesse eingeschrieben ist, wird jetzt abgerissen, nachdem die Klage ein volles Jahr gedauert hat und Schultheiß in allen Instanzen abgewiesen worden ist.

Lichtenberg.

Der Neubau einer Gemeindefaule mit 24 Klassen auf dem Terrain der Scharweberstraße in Lichtenberg soll so gefördert werden, daß im April 1907 die Schule in Benutzung genommen werden kann. Auch soll die Errichtung einer höheren Schule demnächst die Gemeindevertretung beschäftigen. — Die Erbauung des Krankenhauses im nächsten Jahre scheint ausgeschlossen, das Grundstück ist wieder auf ein Jahr verpachtet worden. — Der Wiesentweg an der Gasanstalt soll nun endlich in eine anbaufähige Straße und zwar im öffentlichen Interesse hergestellt werden. — Die Verbreiterung der Bürgersteige auf der Ostbahnbrücke lehnt die Eisenbahndirektion ab.

Ober-Schöneweide.

Die Besammlung, welche aus Anlaß der Ausdehnung in der Elektrizitäts-Industrie in Ober-Schöneweide stattfand, war lange vor ihrer Eröffnung überfüllt. Etwa 2000 Personen waren anwesend. Der Redner, Genosse Drey vom Verband der Fabrikarbeiter, schilderte den Verlauf des Kampfes und stellte die Beihilfe, welche die Behörden auch in diesem Falle dem Kapital mit Feuer eifer leisten, ins rechte Licht. Die Entrüstung der Anwesenden gab sich in lebhaften Rufungen kund und wohl keiner der Anwesenden verließ sich der Notwendigkeit, an der Beseitigung des Klassenstaates mitzuarbeiten und die Arbeiter in ihrem Kampfe nach Kräften zu unterstützen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Berliner Nachrichten.

Bahnspitze in der Volksschule.

Geradezu triumphierend klingt eine Notiz der bürgerlichen Presse, daß die Berliner städtische Schuldeputation das „sonderbare Gesuch“ eines Dentisten abgelehnt habe, sämtliche Kinder der Volksschulen zwangsweise zu Zahnuntersuchungen zu veranlassen. Der Antrag wurde abgelehnt, „zumal der Antragsteller nicht angegeben hatte, wie er sich die Durchführung der Kinder denkt, und ob er eventuell die Untersuchung der 300 000 Schulkinder allein übernehmen will. Das wären ja ausgerechnet 9 Millionen 600 000 Zähne, die zu untersuchen wären.“ Wir können bei allem Mißtrauen gegen die Mehrheit in den städtischen Deputationen, nicht wohl annehmen, daß sich die Schuldeputation dieser geradezu lächerlichen Begründung bei der Ablehnung des Antrages bedient habe; sie ließe jedenfalls auf einen geistigen Tiefstand schließen, der gemeiniglich als „Furcht“ bezeichnet werden müßte. Mit Redensarten, wie die oben zitierten sind, läßt sich jede, auch die allernotwendigste Reform schon im ersten Stadium totmachen.

Und zu den notwendigen Fortschritten auf dem Gebiete der Gesundheitspflege erlauben wir uns — trotz der Berliner Schuldeputation — die zahnärztliche Ueberwachung der Volksschuljugend zu rechnen. Erst seitdem wir in den meisten größeren Gemeinwesen, und zwar auf Veranlassung der Sozialdemokratie in allererster Linie, die Anstellung von Zahnärzten erreicht haben, besitzen wir wenigstens einigen Aufschluß über den Umfang der Zahnkrankheiten bei den Schulkindern. Wie wichtig die Fürsorge für ein gesundes Gebiß ist, beweist die Tatsache, daß einmal kranke Zähne und Zahnerkrankungen die ihnen benachbarten gesunden unfehlbar zerstören, und daß ferner eine Reihe von mehr oder minder schweren Krankheiten, z. B. des Magens, direkt von kranken Zähnen ihren Ausgang nehmen; Dr. Petruschky lieferte auf dem ersten internationalen Kongreß für Schulhygiene in Nürnberg den Nachweis, daß kariöse d. h. angefallene Zähne im Kindesalter eine der Haupterkrankungsformen für den Tuberkulobazillus bilden. Jedem Lehrer ist ferner bekannt, daß die spezifischen Schulkrankheiten, wie Kopfweh, Schwindel, Appetitlosigkeit, Blutarmut und Nervosität sehr oft in einer Erkrankung der Zähne ihren letzten Grund haben.

In Berlin wirken die Zahnkrankheiten gerade besonders verheerend; die sogenannten Krophulösen Halslymphdrüsen, die bei 90 Proz. der Berliner Volksschulkinder gefunden wurden, entstehen meist aus der ausgefallenen Zahnkaries. Ist diese Tatsache der Berliner Schuldeputation vollkommen unbekannt geblieben? Es wäre wahrlich traurig um sie bestellt!

So verheerend die Zahnfäule aber auch wirkt, so leicht ist sie bei rationeller Behandlung zu bannen. Es liegt nicht an einer mangelhaften Ausbildung der zahnärztlichen Kunst, daß so viele Menschen mit schlechten Zähnen herumlaufen, sondern an der Nachlässigkeit und Unvernunft der Menschen selbst; allerdings darf man nicht außer acht lassen, daß viele Proletarier auch dann nichts für die Erhaltung ihres Gebisses tun können, wenn sie seine Bedeutung begriffen haben. Es fehlt noch die Gelegenheit, sich billig eine zweckmäßige Erhaltung der natürlichen Zähne oder ihren Ersatz durch künstliche zu verschaffen. Dazu reicht die kümmerliche Universitäts-Zahnklinik in der Dorotheenstraße bei weitem nicht aus.

Hier müßten die Krankenkassen und in erster Linie die Gemeinde eingreifen. In jedes Stadtviertel gehört eine große Zahnklinik, in der kostenlos die Zahnspitze nach besten Methoden betrieben wird. Mindestens müßte je eine solche Anstalt mit den städtischen Bädern verbunden sein.

Da aber aus leicht begreiflichen Gründen die Erhaltung der Zähne weit wichtiger und besser ist als ihr noch so guter Ersatz, so muß mit der Zahnspitze schon in der Volksschule begonnen werden. Anstatt der massenhaft verzapften Religion und Hohenzollerngeschichte sollte jede Klasse jede Woche eine Stunde „Zahnspitze“ haben, das heißt, einem gut ausgebildeten Zahnarzt zur genauen Untersuchung vorgeführt werden, an die dann die entsprechende Behandlung anzuknüpfen hätte. Für die 300 000 Berliner Volksschulkinder würden 300 fest angestellte Zahnärzte völlig genügen; und diese Männer täten uns mehr not, als — Schulleute, die auf Streikposten Jagd machen. Wenn die Stadtgemeinde Berlin alljährlich nur eine Million Mark für die Zahnspitze in ihren Gemeindefaulen ausgeben würde, so vollbrächte sie dadurch ein Kulturwerk, dessen Bedeutung geradezu unschätzbar ist. Das sollte selbst eine deutsch-freisinnige Schuldeputation einsehen!

Die Stadt und die Große. Die Pläne der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft bezüglich der Untertunnelung der Leipzigerstraße beschäftigen den Magistrat, der nach längerer, eingehender Erörterung der ganzen Sachlage beschloß, der Stadtverordnetenversammlung das gesamte Material zugehen zu lassen.

Aus der letzten Sitzung der städtischen Verordnetenversammlung ist noch nachzutragen, daß die Anträge der Kontinentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg wegen der Herstellung einer Schwebebahn vom Gesundbrunnen nach Nitzdorf und der Firma Siemens u. Halske wegen Verlängerung der Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt bezw. dem Alexanderplatz einer Unterkommission zur Berichterstattung überwiesen worden sind. Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft hat dem Magistrat Spezialpläne und Querschnitte für den Bau eines Tunnels von der Potsdamer Brücke bis zum Spittelmarkt auch heute noch nicht überreicht. Auch dem Polizeipräsidium lagen bis jetzt solche Entwürfe nicht vor.

Die „Große Berliner“ und die Vororte. In den Berliner Vororten wird gegenwärtig wieder lebhaft über das geringe Entgelt, welches der Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft gezahlt, und es besteht die Absicht, für die Zukunft gemeinsame Maßnahmen in Straßenbahnangelegenheiten zu ergreifen. Besonders rigoros ist, wie eine Lokalkorrespondenz mitteilt, der Standpunkt der Gesellschaft gegenüber Lichtenberg und Friedrichsfelde. Durch ein Verbot der Stadt Berlin ist für die Strecke Spittelmarkt-Friedrichsfelde nicht der 10 Pfennigtarif festgesetzt worden, und alle Vernehmungen der Gemeinde und Vereine, die Straßenbahn-Gesellschaft zur Aufgabe des Ausnahmetarifs von 15 Pf. für diese Strecke zu bewegen, sind bisher vergeblich gewesen. In einer Antwort, die vor wenigen Tagen dem Lichtenberger Grundbesitzerverein zugeht, erklärt die Straßenbahn-Gesellschaft nun, daß der 15 Pfennig-Tarif beibehalten werden müsse, weil „die Vorortlinien zu wenig Ueberschüsse bringen“. Diese Antwort erregte lebhaften Unwillen, weil daraus hervorgeht, daß die Straßenbahn-Gesellschaft eine moralische Verpflichtung, dem Vorortverkehr in jeder Beziehung Rechnung zu tragen, nicht anerkennt. Auch in anderen Vororten herrscht lebhafter Unwille gegen die Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, und es verläutet, daß die Gemeinden, sofern Berlin Maßnahmen gegen Uebergänge der Straßenbahn ergreift, bestimmt die Reichshauptstadt unterstützen würden. Ein Zusammengehen der Stadt mit den Vororten wird auch deswegen als dringend notwendig bezeichnet, weil die Gesellschaft sonst selbst mit einzelnen Vororten Verträge schließen kann, als sie mit Berlin bestehen. So ist in der vorigen Woche von der Großen Berliner Straßenbahn bei der Gemeinde Nieder-Schönhausen ein Antrag auf Vertragsverlängerung gestellt worden.

Landgerichtsrat Braun.

Der älteste Richter des Landgerichts I, Landgerichtsrat Braun, scheidet nunmehr nach mehr als 50jährigem Dienst aus seinem Beruf. Er hat einen längeren Urlaub angetreten, an dem sich die Pensionierung schließen wird. Landgerichtsrat Braun ist über ein Menschenalter hindurch am Berliner Kriminalgericht tätig gewesen und hat in früheren Jahren vielfach große Schwurgerichts-Verhandlungen geleitet. Seit Jahren war er Besucher in der vierten Strafkammer und führte abwechselnd mit dem Landgerichts-Direktor Dr. Doppermann den Vorsitz.

Landgerichtsrat Braun gehört zu jenen Richtern, denen die deutsche Justiz ihren gegenwärtigen Ruf mit verdankt. In frischer Erinnerung ist der seltsame Fall, den er in dem Polizeiskandal der „Planen Höhle“ dem zu Unrecht sistierten Angeklagten gab. Er hätte, so lautete die vom Landgerichtsrat Braun zum besten gegebene Ansicht, die Unbill, die ihm vermeintlich widerfahren sei, nicht, wie ordnungsgemäß geschehen, der Presse unterbreiten, sondern sich in der Angelegenheit beim Polizeipräsidenten beschweren sollen, wo er dann vielleicht Recht bekommen hätte. Wir erinnern bei der Mitteilung dieses Falles an eine frühere Gerichtsaffäre. Als in einem der landesüblichen Streitprozesse gegen ehrenhafte Arbeiter die Rede darauf kam, daß der Angeklagte, Former Jonk, als Streikposten einen Kollegen gefragt hatte, ob er Former sei, bemerkte Landgerichtsrat Braun in fröhlicher Sprache: „Wie kommen Sie dazu, den Mann nach seinem Beruf zu fragen? Wenn mich einer auf der Straße fragt, wer oder was ich bin, gebe ich ihm einen Tritt vor den Bauch, daß er auf's Pflaster fliegt.“ Ein Mann mit solchen Anschauungen dürfte jahrzehntelang an hervorragender Stelle das Richterhandwerk üben!

Das neue Tuberkulose-Heilmittel. Professor Dr. von Behring erklärte einem sachmännischen Berichterstatter des „Figaro“, daß seine Aeußerungen über seine neue Heilmethode in dem gefirgten Artikel des „Matin“ in bedauerlicher Weise entstellt worden seien. Er führte weiter aus, daß es ihm durch ein neuartiges Verfahren gelungen sei, die grauen, mikrobefreien sogenannten Bapleischen Granulationen zu benutzen, um die Entwicklung der eigentlich gefährlichen käsig-bazillenhaltigen Tuberkulose zu hemmen.

Schlächtermeister und Fleischer-Magnaten. Gestern hielt die Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und der Umgegend eine Versammlung ab. Wie die „Allg. Fleischer-Ztg.“ meldet, wurde auf die Schädigungen hingewiesen, die das Berliner Fleischergewerbe durch den großen Streik in der Elektrizitäts-Industrie erleidet. Durch die Politik der Regierung, welche zur Verteuerung des Fleisches und aller anderen Nahrungsmittel führe, seien die Arbeiter veranlaßt worden, höhere Löhne zu fordern, die nun zu dem Streik führten. Im letzten Grunde sei also die Regierung verantwortlich für den schweren Kampf, den jetzt eine große Industrie mit ihren Arbeitern ausfichte. Auch von diesem Gesichtspunkte aus sei es endlich Zeit, daß die Regierung mit ihrer bisherigen Politik, der einseitigen Bevorzugung eines einzigen Gewerbes, der Landwirtschaft, breche und allen Gewerben, sowie auch dem konsumierenden Publikum, zu ihrem Recht ver helfe. Wenn 40 000 Arbeiter keinen Lohn bezögen, so müßten sie für sich und ihre Familien die Fleischnahrung einschränken. Viele Fleischermeister in den Arbeitervierteln würden die Wirkung bald zu spüren bekommen. Die ohnedies so schwierige Lage werde also eine weitere Verschärfung erfahren.

Wir wollen mit den Fleischermeistern nicht weiter über den Nertum rechten, daß kein Streik, sondern eine vom Unternehmerübermut ins Werk gesetzte Aussperrung vorliegt. Es freut uns vielmehr, daß auch endlich einmal kleinere Geschäftskreise zu erkennen scheinen, daß ihnen nicht von der angeblich durch die Sozialdemokratie „verbeugten“ Arbeiterschaft Gefahren drohen, sondern daß sie durch das Schlot- und Kroutjunkturum und durch die volksfeindliche Politik der mit diesen Mächten innig verbündeten Regierung aus Mangel geliefert werden. Uns soll verlangen, ob diese Erkenntnis auch zu den Kommunal- und Reichstagswahlen standhält.

Unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestanden ist gestern die 34 Jahre alte Tochter Marie des Zimmermanns und Hausbesitzers Hildebrandt aus der Liegnitzerstr. 24. Das Mädchen wohnte mit einem erwachsenen Bruder und einer erwachsenen Schwester bei den Eltern im ersten Stock des Vorderhauses und beschäftigte sich zu Hause mit der Anfertigung von Puffsedeln. Sie war bisher niemals krank. Vorgeigtern ab sie in der Wohnung Pflaumen. Gestern morgen um 5 Uhr erkrankte sie plötzlich an heftigem Durchfall, zu dem nach einigen Stunden Erbrechen hinzukam. Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr starb sie, bevor noch ein Arzt zu Rate gezogen war. Auf Anordnung des Kreisarztes wurde die Leiche beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht, weil Choleraverdacht, vielleicht aber auch Dsivergiftung

vorliegt. Die Wohnung und die Leichentransporteur sowie der Wagen wurden vorrücksichtigt desinfiziert.

Straßensperrung. Die Marlagrafsenstraße von der Linden- bis zur Zunkerstraße wird behufs Beseitigung der Kanäle für die ehemalige unterirdische Stromzuführung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Straße Am Weidendamm von der Friedrich- bis zur Prinz Louis Ferdinandstraße behufs Lagerung von Materialien für die auf der Weidendammer-Brücke auszuführende Erneuerung des Holzpflaster-Belages.

Die Aussenliste 1718 ist verloren gegangen. Es wird gebeten, sie bei Trobach, Calvinstraße 28, abzugeben.

In der Angelegenheit des räuberischen Ueberfalls auf die Verkäuferin Bräulein Drescher verfolgt die Kriminalpolizei jetzt zwei Spuren. Zuerst kam, wie schon mitgeteilt, als mutmaßlicher Täter ein junger Mann in Frage, der sich tagelang auf dem Petersburger Platz umhergetrieben hatte. Jetzt wird noch auf einen zweiten, etwa 20jährigen Burschen mit gewinnendem Benehmen, sympathischer Stimme und garten Händen gefahndet. Der Verdächtige soll viel in den Kreisen von Schlägern verkehrt und die Angehörigen des Jrl. Drescher gut gekannt haben. Der Räuber hat sich bei dem Ueberfall auf die Dame möglicherweise mit Blut bedeckt, denn unter seinen Faustschlägen blutete das Gesicht der Ueberfallenen. Vor dem Angriff hatte der Bursche dem wegen der angeblichen Krankheit ihres Vaters bekümmerten Jrl. Drescher gut zugeredet und sie getröstet. Blödsinnig wandte er sich auf der Treppe des Hauses Jorndorfer Straße 31 um, sah die Begleiterin an, berief sie an, daß sie nicht weinen solle, und versetzte ihr gleich darauf den Schlag. Hierauf schüttelte er sie heftig, damit sie die Tasche fallen lasse, und ergriff schließlich die Flucht.

Ein gefährlicher Fabriksbrand kam gestern mittag in dem Kartographischen Institut Beske & Co. m. b. H. in der Lindenstraße 70 zum Ausbruch. Er entstand im dritten Stock des zweiten Ouergebäudes in der Bekerei und ergriff dort Terpentin, Salpetersäure und andere leicht brennbare Stoffe, so daß in kurzer Zeit der ganze Raum in Flammen stand. Bald machte sich eine starke Verqualmung geltend, weshalb das Fabrikpersonal schleunigst die Flucht ergriffen mußte. Brandmeister v. d. Schulenburg, der von der nahen Hauptwache mit seinem 17. Löschzuge schnell zur Stelle war, ließ sofort über eine mechanische Leiter vorgehen; es gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen. Die Bekerei ist völlig ausgebrannt. Eine Betriebsstörung tritt nicht ein.

Im Eisenbahzug vergiftet. Als gestern abend Arbeiter den um 8 Uhr 40 Minuten von Königs-Wusterhausen aus dem Grlitzer Bahnhofe angekommenen Zug reinigen wollten, fanden sie in einem Abteil dritter Klasse ein bildhäßliches junges Mädchen sitzen, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Bald stellte es sich heraus, daß die Unbekannte Lysol getrunken hatte. Zwei Flaschen lagen neben ihr, die eine war noch gefüllt, die andere leer. Auf der Sanitätswache am Grlitzer Bahnhof starb die Verunglückte nach zehn Minuten. Die Verstorbene, die einen Strauß künstlicher Blumen bei sich trug, mag etwa 18 bis 22 Jahre gewesen sein. Sie ist unterseht, hat blondes Haar, blaue Augen, ein volles rundes Gesicht von frischer roter Farbe, eine kleine Nase und an der rechten Seite der Nase sowie am linken Ohr knospenartige Warzen. Die Kleidung bestand aus einem schwarzen Zudrock, einer weißen seidenen Bluse, einem schwarzen Jackett mit hohem Besatz und Treffen, einem roten Hut, schwarzen Strümpfen, grauen Schürschuhen, einem hellroten, einem hellgrauen und einem weißen Unterrock, der ebenso wie das weiße Hemd R. S. gezeichnet ist. Ein Taschentuch trägt ebenfalls das Zeichen R. S., ein anderes C. F. Ein halbrunder Knopf aus Glas, der im Portemonnaie gefunden wurde, ist R. S. 15. 7. 84 gezeichnet. Im Schmutz trug die Unbekannte unter anderem ein Armband mit drei Smaltsteinen und einem Herzchen als Anhänger, eine Halskette, Ohringe, eine silberne Kette mit einem medaillonartigen Frauenkopf und einen gefesselten Ring mit zwei Herzchen. Die Fahrlaste lautete Friedrichs-dorf-Niederschöneweide.

1000 M. Belohnung. Der Papiergeldbiefbstahl in der Damen-Luitabteilung eines Geschäftshauses in der Spandauerstraße ist noch nicht aufgeklärt. Die Bestohlene setzt jetzt auf die Ermittlung der Diebin eine Belohnung von 1000 M. aus, außerdem 10 Proz. des Geldes, das bei ihr noch gefunden wird. Der kleine Begleiter der verdächtigen Frau scheint deren Sohn zu sein, wenigstens nannte er sie wiederholt Mutter.

Vermischtes.

Bei einem Gewittersturm, der seit 24 Stunden in der Umgebung von Bamberg herrschte, wurden, wie von dort gemeldet wird, zwei Personen vom Blitze erschlagen und eine Person bedaubt.

Ein entwischter Sittlichkeitsverbrecher. Ein reicher Engländer, der seit einiger Zeit zur Kur in Aachen weilte, wurde kürzlich wegen verschiedener an kleinen Mädchen und Knaben verübten Sittlichkeitsverbrechen verhaftet, jedoch nach Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 3000 M. vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Verbrecher, ein schon bejahrter Mann, hat jetzt die Kaution im Stich gelassen und das Weite gesucht.

Ein heftiger Erdbeß wurde, wie aus Bologna gemeldet wird, heute früh 2 Uhr 26 Minuten dort verspürt. Die Erschütterung, die zwei Sekunden dauerte, war von hartem Getöse begleitet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Oktober, vorm 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Bürgerpale des Rathauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Am 10 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrke: „Das Sittliche in den Religionen“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 9. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, päpstlich im großen Saale von S. Franke, Sebastianstr. 39: Beschlüssende Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen sämtlicher vollberechtigter Mitglieder ist dringend notwendig.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinerstr. 29. Geöffnet täglich von 9 $\frac{1}{2}$ -10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 65-71 Pf., 100 Pfund, IIa 55-63, IIIa 52-57, IVa 43-50. Kalbfleisch Ia 86-93, IIa 75-85, IIIa 62-72. Hammelfleisch Ia 66-76, IIa 52-64. Schweinefleisch 68-75. Rindfleisch Stück 60-80 Pf. Rohwul 40-47 Pf. Rehbohrer, junge Ia 1.00 bis 1.80, junge IIa 0.90-0.90, junge kleine 0.00-0.00, alte Ia 0.70-0.80, alte IIa 0.00-0.00. Gähner, alte 1.25-1.50, junge 0.50-1.20 das Stück. Lenden, junge 0.85-0.80, alte 0.00-0.00. Enten, junge 1.20-2.50. Gänse, junge Ia, 3.50-4.20, IIa 2.50-3.00 per Etzel. Ia 0.55-0.62, IIa 0.48-0.52 per Pfund. Decke 100-113 Pf., Schale 110-126 Pf., Kase, groß 80-82, mittel 78 Pf. Rindern 51 Pf. Karpfen 72-74, Zehrs —, Schellfische 34-33, Rumber 29 Pf. pro 100 Pfund. Schottische Bohnentinge (gerahen) 40-44 Pf. Krebse, kleine, Schod 2.80, unfortiert —, Eier, Schod 3.50-4.00. Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 1.60-2.00, Rosen 1.50-1.75, blaue 0.00-0.00, runde weiße 1.50-1.75. Wirsingbohnen pr. Schod 4.00-5.00, Weißkohl 2.00-3.00, Kohlfohl 4.00-6.00, Saure Gurken, neue Schod 2.—.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 7. Oktober 1905. Kühl und veränderlich, vorwiegend noch trübe mit geringeren Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 5. Oktober. Elbe bei Ruffig - 0.14 Meter, bei Dresden - 1.58 Meter, bei Magdeburg + 1.30 Meter. — Uckerath bei Straußfurt + 1.20 Meter. — Oder bei Rathow + 0.96 Meter, bei Brieslau Oberpegel + 4.84 Meter, bei Brieslau Unterpegel - 1.60 Meter, bei Frankfurt + 0.96 Meter. — Weichsel bei Przembinde + 2.34 Meter. — Warthe bei Kosen + 0.20 Meter. — Rege bei Wis + 0.99 Meter.